

Arzt Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1

Belgien 35,00 sfr, Dänemark 8,00 sfr, Frankreich 6,50 sfr, Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 25,00 frf

TAGESSCHAU

POLITIK

Italien: Die Regierung steckt wieder in einer Krise. In Rom wird nicht ausgeschlossen, daß die Koalition aus Sozialisten, Christdemokraten, Republikanern, Liberalen und Sozialdemokraten noch im Juni auseinanderbricht. (S. 10)

Flughafen: Die geplante Planung für München II ist genehmigt. Die Regierung von Oberbayern erklärte in ihrem Änderungsplanfeststellungsbescheid, den Bau des umstrittenen Flughafens in Erding/Nordflughafen für sofort vollziehbar. Die neue Anlage soll wesentlich kleiner werden.

China: Parteichef Hu Yaobang hat Zweifel am Zustandekommen eines Rüstungsgeschäfts mit Amerika geäußert. Er glaube nicht, daß die USA den Chinesen ihre neuesten Waffensysteme verkaufen werden, und sehe andererseits keinen Sinn darin, veraltete Waffen zu kaufen.

Frankreich: 86 Senatoren und Abgeordnete haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der wirtschaftlichen Freiheiten und Rechte der ausländischen Dirigenten gewährt. Der Entwurf ist in der Verfassung zu verankern. (S. 9)

Sikh-Führer gefallen: Die blutige Schlacht zwischen indischen Soldaten und extremistischen Sikhs um den Goldenen Tempel von Amritsar ist mit dem Tod des Sikh-Führers Bhindranwale zuende gegangen. Insgesamt starben rund 900 Mann. (S. 10)

Nahost: Der Palästinenser Abu Nidal, dessen Terrororganisation für zahlreiche Attentate verantwortlich ist, hat in Irak Asyl erhalten. Angeblich wird er in einem Bagdader Hospital wegen einer Herzerkrankung behandelt.

Küng kontra Papst: Kritik an der regen Reiseaktivität von Papst Johannes Paul II. hat der Tübinger Theologe Hans Küng geübt. In einem Interview der Londoner "Times" sagte Küng, die Reisen des Papstes hätten wenig dazu beigetragen, die Dinge zum Besseren zu wenden. Im gesamten ökumenischen Feld habe sich nichts Positives getan.

Olympia: Nach dem Boykott der Sommerspiele hat sich die UdSSR aus den internationalen Spielen für Behinderte zurückgezogen, die Mitte Juni in der Nähe von New York beginnen.

ZITAT DES TAGES

„Jeder Tag bedeutet für uns einen neuen Ausfall von rund 2200 Pkw und 700 Nutzfahrzeugen und einen Umsatzverlust von etwa 140 Millionen Mark“

Der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Professor Dr. Werner Breithardt, zu den Folgen des Tarifkonflikts in der Metallindustrie.

FOTO: KLAUS MEYER

WIRTSCHAFT

Krupp Stahl: Der Konzern rechnete damit, 1984 aus den Verlusten herauszukommen. Der Betriebsverlust 1983 wurde mit 344 Millionen DM ausgewiesen. (S. 15)

Photo-Port: Firmengründer Hanns Port ist im Alter von 88 Jahren in Nürnberg gestorben.

Elektroindustrie: Trotz des Arbeitskampfs wird für 1984 ein Produktionswachstum von gut vier Prozent erwartet. In den ersten vier Monaten wurde ein Zuwachs von zehn Prozent erzielt. (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten kam es wegen divergierender Tendenzen zu einer uneinheitlichen Kursentwicklung. Der Rentenmarkt war ruhig. WELT-Aktienindex 147,7 (147,2), Dollarmittelkurs 2,6849 (2,6847) Mark. Goldpreis pro Feinunze 392,20 (391,65) Dollar.

KULTUR

Frankfurter Oper: Der Dirigent Professor Gary Bertini wird voraussichtlich heute zum neuen Opernchef ernannt. Bertini soll Michael Gielen ablösen, der nach der Spielzeit 1985/86 ausscheidet.

Kulturstiftung: Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben sich über eine gemeinsame Kulturstiftung von Bund und Ländern geeinigt. Ihre Aufgabe soll es unter anderem sein, den Erwerb für die deutsche Kultur bewahrungswürdiger Kunstwerke zu fördern. (S. 21)

WELT-Serie: Hinter der „DDR“-Fassade

Die „Nationale Volksarmee“ in der „DDR“ wird auf Angriff gedrillt. Ihr wird ein totales Feindbild über die Bundesrepublik Deutschland anernzogen. Das sagte Bernd Macke, der in der NVA gedient hat, der WELT. Mit dem Gespräch wird die WELT-Serie über das Lebensschicksal zweier Deutscher, die ihre Ausreise aus der „DDR“ erzwangen, beendet. S. 6

SPORT

Olympia: Peter Ueberroth, Chef des Organisationskomitees von Los Angeles, ist überraschend zu einem Treffen mit Kubas Staatschef Castro geflogen. Cuba gehört zu den Ländern, die die Sommerspiele boykottieren.

Tennis: Die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd hat in Paris zum siebten Mal das Finale der internationalen Meisterschaften von Frankreich erreicht. Sie besiegte ihre Landsmännin Camille Benjamin mit 6:0, 6:0. (S. 20)

AUS ALLER WELT

Forschung: Mit 61 Millionen Mark will Bonn ein Forschungsprogramm fördern, bei dem die Vorbeugung gegen Herz-Kreislauferkrankungen erprobt werden soll. Herz-Kreislauferkrankungen stellen nach wie vor an der Spitze der Todesursachen in der Bundesrepublik. (S. 22)

Barnard-Nachfolge: Einer der erfolgreichsten Herzchirurgen der Bundesrepublik, Professor Bruno Reichart vom Münchner Universitätsklinikum Großhadern, hat einen Ruf an die Universität Kapstadt angenommen. Er soll den Lehrstuhl von Professor Christian Barnard übernehmen. (S. 22)

Wetter: Weiterhin bewölkt und regnerisch. Um 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Mehrungen: Wörterns Schlußfolgerungen. M. Schell zum Bericht der Höcker-Kommission S. 2

Analysen: Ein Jahr nach der Wahlniederlage hält der damalige Parteichef Foot Rückschau S. 7

Donau schwaben: Mütter Deutschland müßte sich mehr um die Kinder kümmern S. 3

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 9

Berlin: Der Reichstag - Schicksalsbau der Deutschen; Grundsteinlegung vor 100 Jahren S. 3

Fußball: Die Rangordnung im Nationalteam; Lothar Matthäus schleppt brav die Bälle S. 20

Rheinland-Pfalz: WELT-Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Bernhard Vogel S. 4

Fernsehen: Arabische Hochzeit; Liebe ist Nebensache, der Bruder paßt genau auf S. 20

Südafrika: Im Anstand bleibt die Apartheid die achte Todesunde der Buren S. 6

Biese-WELT: Stockholm und Värmland - schwedischer Sommer zu Wasser und zu Lande S. 1

Börner mit Stimmen der Grünen gewählt. Brandt: Gut für SPD

Spekulationen über farbige Stimmzettel / CDU: Geheimhaltung verletzt?

D. GURATZSCH/DW, Wiesbaden

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat gestern die - mit den Stimmen der Grünen ermöglichte - Wiederwahl Holger Börners als hessischer Ministerpräsident ausdrücklich eine gute Voraussetzung für die Stabilisierung und den Ausbau sozialdemokratischer Positionen bei künftigen Wahlen genannt. „Auf Bundes- und Landesebene, in den Ländern und Gemeinden“, Brandt würdigte in seinem Glückwunsch an Börner den „Mut und die Beharrlichkeit“ des hessischen Regierungschefs. In den Unions-Parteien wird davon ausgegangen, daß das Bündnis zwischen SPD und Grünen in Wiesbadener Landtag für den SPD-Vorsitzenden eine Art „Probelauf“ für die Bundestagswahl 1987 sein könne (WELT v. 7. 6.).

Börner war mit 57 Stimmen der 110 Abgeordneten wiedergewählt worden. 52 Abgeordnete (das entspricht der Zahl der Mandate von CDU und FDP) stimmten gegen ihn, ein Stimmzettel war ungültig. Die Wahl Börners ist das Ergebnis monatelanger Verhandlungen zwischen SPD

und Grünen über die Tolerierung eines SPD-Minderheitskabinetts. Eine Koalition schlossen sowohl Börner als auch die Grünen aus.

Nachdem die Grünen am 19. Mai auf einer Landesmitgliederversammlung die Vereinbarungen mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt hatten und die SPD 14 Tage später mit 203 gegen 17 Stimmen dem Kompromiß zustimmte, schien der Weg für eine klare Mehrheit bei der Ministerpräsidentenwahl frei. Dennoch kam es unmittelbar nach der Wahl zu Spekulationen

kritisch zu Börners Bündnis mit den Grünen geäußert hatten, wiesen damals jegliche Spekulation über ihr Abstimmungsverhalten zurück.

Dasselbe gilt für den amtierenden Wirtschafts- und Finanzminister Herbert Reitz, der die in Hessen eingeschlagene Entwicklung für „verhältnismäßig“ hält.

Dennoch wurde die Vermutung geäußert, daß der weiße Zettel, den die Zählkommission als ungültige Stimme wertete, nur von einem mit dem Börner-Kurs unzufriedenen SPD-Abgeordneten abgegeben worden sein könne. Hätten zwei weitere Abgeordnete ebenfalls weiße Zettel abgegeben, hätte Börner die nötige Stimmenzahl verfehlt. Bei der Auszählung waren ein Stimmzettel mit rotem und ein zweiter mit grünem Kreuz gefunden worden. Die CDU sieht darin die Geheimhaltung der Wahl in Frage gestellt, weil kritische Abgeordnete aufgefordert worden seien, ihre Loyalität nachprüfbar zu dokumentieren. Oppositionsführer Milde (CDU) kündigte eine Überprüfung der Rechtslage an.

SEITE 3:

Die Grünen wählten Börner

nen über die Herkunft der ungültigen Stimme und über die Bedeutung der farbigen Kennzeichnung von Stimmzetteln. Die SPD hat 51 Sitze. Für die Wahl des Regierungschefs waren 56 Stimmen erforderlich. Die sieben Abgeordneten der Grünen hatten nach dem Abschluß der Verhandlungen mit der SPD angekündigt, daß sie Börner ihre Stimme geben würden. Auch SPD-Abgeordnete, die sich auf dem SPD-Sonderparteitag

Bei Metall rückt Schlichtung näher

Arbeitgeber gegen „Katastrophenweg“ / Union: Nachdenken über Verbändegesetz

GÜNTHER RADING, Stuttgart

Im Tarifkonflikt der Metallindustrie rückt die Notwendigkeit der „besonderen Schlichtung“ näher. Die Tarifparteien sind auch gestern nach dreitägigen Verhandlungen in der entscheidenden Frage nicht weitergekommen, ob eine generelle Wochenarbeitszeitverkürzung - wie sie die IG Metall will - oder nur eine partielle Verkürzung, etwa für alle Schichtarbeiter, wie von den Arbeitgebern vorgeschlagen, vereinbart werden soll. In der Frage des Lohnes ist man sich weitgehend einig; hier fordert die Gewerkschaft sogar weniger als die Arbeitgeber zu geben bereit sind.

Die IG Metall hatte gestern einen dritten „Lösungsvorschlag“ vorgelegt. Er bestätigt im wesentlichen die bisherigen Stufenpläne, die die Gewerkschaft zur Einführung der 35-Stundenwoche vorgeschlagen hat. Allerdings sieht er nach zwei ersten Schritten der Verkürzung - 1985 auf 38, 1986 auf 37 Wochenstunden - 1987 als „verkürztes Jahr“ vor. Von der Einführung der Arbeitslosen zahlen im Jahre 1987 soll dann abhängig gemacht werden, ob in den beiden

folgenden Jahren die Arbeitszeit weiter verkürzt wird bis auf 35 Wochenstunden, oder ob die 37 Stundenwoche bleiben wird.

Der Verhandlungsführer der baden-württembergischen Metallarbeiter, Hans Peter Stihl, bezeichnet diesen Vorschlag in einer teilweise laute Diskussion hinter verschlossenen Türen als „Katastrophenweg“. Nach der Verhandlungsrunde mit dem IG-Metall-

SEITE 10:

IG Metall: Maximalforderungen

Bezirksleiter Ernst Eisenmann vertragen sich beide Kommissionen am Nachmittag, um zunächst in den Vorständen und danach in der Großen Tarifkommission der IG Metall für das Tarifgebiet Nordbaden/Nordwürttemberg die neue Lage zu überprüfen.

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, erklärte der WELT, es komme jetzt darauf an, „der IG Metall klar zu machen, daß sie einen generellen Einstieg in die Wochenar-

beitszeitverkürzung auf unter 40 Stunden Regelarbeitszeit nicht bekommen wird“. In der Vergangenheit hätten die Arbeitgeber immer wieder in Tarifrunden nachgegeben um den Arbeitsfrieden zu wahren. Dies aber sei diesmal nicht der Fall, weil ein volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch falscher Weg auch nicht mit einem Schritt betreten werden dürfe. Die Arbeitgeber seien sich in dieser Frage einig.

Er warf der IG Metall außerdem vor mit „Rohfäustchericks“ zu versuchen, die Kostenbelastung „billig zu rechnen“. Die IG Metall gibt an in den kommenden beiden Jahren würden die Gesamtkosten für Lohn- und Arbeitszeitverkürzung nach ihrem Vorschlag nur 8,5 Prozent ausmachen; die Arbeitgeberseite hat dagegen errechnet, daß diese volle 13 Prozent wären. Sieger und Besiegte werde es in diesem Arbeitskampf keinesfalls geben, sagte Kirchner in seinem Gespräch mit der WELT. Denn selbst wenn die IG Metall den Weg der Vernunft bestreiten wollte und sich dem Arbeitgeberangebot der Fie-

Fortsetzung Seite 10

Hochzinspolitik bereitet Sorgen

Kohls Mahnungen an die Adresse der USA fanden Echo / Wirtschaftsgipfel eröffnet

Co./gl./sbt, London

US-Präsident Ronald Reagan kann den europäischen und japanischen Forderungen nach Abbau der zinstreibenden Rekordhaushaltsdefizite der USA einwilligen nicht entgegenkommen. Das wurde in den Gesprächen zur Eröffnung des 10. Weltwirtschaftsgipfels in London deutlich. Überraschend nutzte der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone die Konferenz zu einem Vorstoß in der Sicherheitspolitik.

Das Treffen der „Großen Sieben“ - USA, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Japan und Großbritannien als Gastgeber - steht zwar im Zeichen einer konjunkturellen Belebung, aber die Sorgen konzentrieren sich auf das Problem dreieckiger Hochzinspolitik-Schuldenkrisen. Handelt es sich um den Punkt, wurde die expansive Haushaltspolitik der USA begriffen, weil hohe oder gar steigende Zinsen den Aufschwung behindern, die Schul-

denkrise verschärfen und zu mehr Protektionismus verführen.

Die Vorhaltungen von Bundeskanzler Kohl an die amerikanische Adresse, einen Tag vor dem Gipfel im deutschen Bundestag abgegeben, haben in London ein großes Echo gefunden. Der deutsche Regierungschef hat damit die Kritik der Mehrheit der Konferenzteilnehmer artikuliert. Frau Thatcher gab zu verstehen,

soll, wie verlautete, eine raschere Rückführung der riesigen Defizite zugesagt haben. Sie schlugen in diesem Finanzjahr, einschließlich der außerordentlichen Etats, mit mindestens 190 (188,3) Milliarden Dollar zu Buch. Einzelheiten über Umfang und Zeitfolge nannte er jedoch nicht, wofür Frau Thatcher mit Blick auf den amerikanischen Wahlkampf Verständnis signalisierte.

Präsident Reagan traf gestern zu nächst mit Nakasone zusammen. Tokio hatte - um den Vorwurf aggressiver Exportpolitik zu entgehen - kurz vor der Gipfelkonferenz einen Liberalisierungsmaßnahmen beschlossen, darunter die größere Öffnung der japanischen Finanz- und Warenmärkte. In der deutschen Delegation hält man diesen Schritt für ein politisches Angebot, dem die Taten noch folgen müssen. In der Residenz des amerikanischen Botschafters empfing Re-

Fortsetzung Seite 10

Medienpolitik: Zur Einigung in Klausur

GERNOT FACIUS, Bonn

„Der Einigungswille ist da“, sagt Matthias Kleimert, Lothar Späths Staatssekretär. Aber die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben sich auf ihrer jüngsten Sitzung in Bonn noch immer nicht definitiv auf gemeinsame Grundlagen für die jeweiligen Mediengesetze und ein Konzept für die Satellitennutzung verständigt. Bis Anfang Oktober, hofft der baden-württembergische Regierungschef Späth, könne ein Konsens erzielt werden. Im Juli und im September wollen die Ministerpräsidenten „bis zur Einigung“ in Klausur gehen.

Im Februar hatten die SPD-Regierungen ihren Widerstand gegen die Zulassung privater Rundfunkanstalten aufgegeben und ihren Unionskollegen eine „Bestands- und Weiterentwicklungsgarantie“ der öffentlich-rechtlichen Anstalten abgehandelt. Jetzt geht es um die Regelung der schwierigen Einzelfragen. Krite-

rien über den Empfang von Programmen, die in einem Bundesland produziert, aber auch in anderen gesendet werden, müssen gefunden werden. Wie verhält sich beispielsweise Hessen, dessen Regierung auf die Grünen angewiesen ist? Wird es private Programme abblocken? Holger Börner, der ungeachtet der sozialdemokratischen Kurskorrektur in der Medienpolitik bei seinem Widerstand gegen die Privaten geblieben ist, war nicht in Bonn.

Ins Zentrum der Diskussion rückt aber immer mehr die Frage, wie die von den Unionsländern unterstützte Forderung der privaten TV-Anbieter nach „einer echten Chance“ aussehen soll. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten, darauf wies Späth gestern hin, verfügen über Sendeeinrichtungen, garantierte Einnahmen und eine klare Werbekonzeption. Die Privaten fangen beim Punkt Null an. Kann ein gnadenloser Wettbewerb zu Lasten der privaten Programme überhaupt

vermieden werden? Die Unionsseite hat zumindest deutlich gemacht, daß eine Ausdehnung der Werbzeiten und -möglichkeiten, wie von den Anstalten gefordert, auf keinen Fall in Frage kommt. „Das wäre ein vergrößerter Vorsprung vor den neu hinzutretenden Anbietern“, begründet zum Beispiel Schleswig-Holstein sein Nein. Die Bestands- und Entwicklungsgarantie erweist sich auch in dieser Frage als eine „Art Hypothek“, wie ein Teilnehmer formulierte.

In der Satellitenfrage sieht Späth durchaus die Gefahr, daß, wenn es nicht bald zu einer Einigung kommt, private Veranstalter ins Ausland gehen. Die Technik, die es erlaubt, von dort Programme auszustrahlen, die in Deutschland empfangen werden können, ist vorhanden. Die Länder verlieren dann die „Gestaltungsmöglichkeit“. Ihnen bliebe, Späth sagte es ironisch, nur noch die Möglichkeit, den Empfang „mit Abwehrsystemen“ zu verhindern.

DER KOMMENTAR

Macht vor Moral

DANKWART GURATZSCH

Der preussische König Friedrich Wilhelm III. gab seinem Volk nach der Niederlage von 1806/07 das berühmte Wort auf den Weg, der Staat müsse „durch moralische Kräfte ersetzt werden, was er an physischen verloren hat“. Die „neue Architektur der Politik“, die der neugewählte hessische Ministerpräsident Holger Börner angekündigt hat, ist auf ein anderes Fundament gebaut. Das kann nicht nur landespolitisches Interesse beanspruchen. Denn wenn Willy Brandts Konzept von der „neuen Mehrheit links von der CDU“ noch gilt, dann sind rot-grüne Bündnisse nach dem Muster Hessens das Modell der SPD für die Übernahme der Macht auch in anderen Bundesländern.

Dieses Modell ist an die Voraussetzung einer starken SPD gebunden, die - anders als in sozial-liberalen Zeiten - gegen den potentiellen Bündnispartner auch Wahlkampf macht, weil nur so jene Wählerschichten an die Sozialdemokratie gebunden werden können, die gerade diesem neugesuchten Bündnispartner auf das tiefste mißtrauen - eben den Grünen und ihrer gegen wirtschaftliches Wachstum gerichteten Politik.

Holger Börner hat das Modell in Hessen getestet und den Se-

gen seiner Partei bekommen. Nicht nur bei der SPD in Hessen, auch bei den Vorstandsahlen der Bundespartei erzielte er hervorragende Ergebnisse. Er will dafür nach eigenem Bekunden ein „Opfer an persönlicher Glaubwürdigkeit“ gebracht haben. Aber so schnell ist es nicht abgetan.

Börner hat 18 Monate lang mit dem Notstandsparagraphen der hessischen Verfassung regiert - im Namen und auf das Konto derjenigen Partei, die das Ende der ersten deutschen Republik immer wieder auf das Regieren mit Notverordnungen zurückgeführt hatte. Er hat so dann einen Wahlkampf mit dem Versprechen geführt, mit den Grünen weder zusammenzuarbeiten noch sich von ihnen wählen zu lassen. Darauf hat er nun geüffnet.

Hier wurden moralische Grundlagen der Staatsordnung dem Machterhalt der eigenen Partei geopfert. Die Politiker dieser zweiten deutschen Republik sollten die Lektion gelernt haben, daß es in einer funktionierenden Demokratie Abkandung immer nur auf Zeit gibt; aber mit seinen moralischen Gütern muß das demokratische Staatswesen ewig leben.

Kuron warnt vor Polens Zusammenbruch

AP, Warschau

Der inhaftierte ehemalige Berater der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“, Jacek Kuron, hat in einem offenen Brief davor gewarnt, daß sich Polen einem wirtschaftlichen Zusammenbruch nähere, der zu einer sowjetischen Intervention und einer „weltweiten Katastrophe“ führen könne. In dem Schreiben appellierte Kuron zugleich an „die Friedensbewegungen der Welt“, Polen nicht seinem Schicksal zu überlassen.

An „alle friedliebenden Menschen der Welt“ gerichtet, heißt es weiter: „Der Kampf für den Frieden kann nicht nur rund um die NATO-Stützpunkte geführt werden, wo Marschflugkörper und Pershing-Raketen aufgestellt werden. Die Friedensbewegungen der Welt haben die moralische Pflicht, die in Osteuropa entstandenen Antikriegsbewegungen zu unterstützen.“ Dort „stehen die Waffen des Warschauer Paktes ständig bereit, auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt zu werden“.

Kuron, Mitglied des Komitees für Gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR), gehört zu den elf Solidarnosc-Beratern, die eine Freilassung zurückgewiesen hatten, weil sie an die Bedingung einer zweieinhalbjährigen Enthaltung jeder politischen Tätigkeit geknüpft war. Kuron schreibt, die polnischen Behörden hätten die Gesellschaft der Bürgerrechte beraubt und ruinierten das Land wirtschaftlich. Die Gesellschaft werde sich aber ihre Organisation, die „Solidarität“, nicht nehmen lassen, sie könne für ihre Rechte kämpfen und sich den Staatsorganen widersetzen.

Seite 2: Moskau mischt mit

Golf-Minister beraten Schutz der Erdölfelder

DW, Riad / Amman

Unter dem Eindruck verschärfter Spannungen in der Golfregion treten heute die Erdölminister der sechs Länder des Golfes in der Sommerresidenz Taef der saudischen Königsfamilie zu einer bislang nicht angekündigten Sitzung zusammen. Beobachter rechnen damit, daß die Minister über gemeinsame Maßnahmen zum Schutz ihrer Erdölanlagen vor iranischen Angriffen beraten werden.

„Lloyd's List“, das Mitteilungsblatt der Londoner Versicherungsvereinigung meldete gestern, Iran habe die Straße von Hormuz zur exklusiven Zone gemacht und eine strikte Kontrolle der in den Persischen Golf einlaufenden Schiffe eingelegt. Der Seeverkehr zu den irakischen Häfen solle unterbrochen werden. Von der Versicherungsgesellschaft wurde ferner berichtet, daß im Süden des Golf der unter iranischer Flagge fahrende Frachter „Dashaki“ auf eine Treibmine gelaufen sei. Es wäre der erste Fall, daß Minen außerhalb des eigentlichen Seekriegs-Sperrgebietes aufgetaucht sind.

Bei irakischen Luft- und Raketenangriffen auf fünf westiranische Städte sind gestern nach Teheraner Angaben mehr als 50 Menschen getötet worden. Der iranische Staatspräsident Khomeini sprach von der „Kraft der iranischen Streitkräfte zu Vergeltungsschlägen“. Teheran bestätigte den Abschluß eines iranischen Flugzeuges vom Typ F 4 am Dienstag durch saudische Maschinen. Dem Geschäftsträger Saudi-Arabiens wurde eine Protestnote überreicht.

Seite 2: Moskau mischt mit

Schlechte Matratzen werden zur Krankheit

Der große RVE-Betten- und Matratzenhandel hat Schlafprobleme ganz speziell.

Unzureichende Entspannung, schlechter Schlaf und allgemeinere Beschwerden haben ihre Ursache häufig in einer schlechten Matratze. Wir warnen Sie davor, die für Sie richtigen Matratzen, Feder- und Lattenmatratzen, zu verwechseln mit billigen, ungesunden Matratzen. Wir empfehlen Ihnen die RVE-Matratzen, die auf die Oberstruktur abgestimmt sind und eine gesunde, natürliche Schlafhaltung fördern. Sie sind die richtige Matratze auch für den Partner. Zwei Betten, wir helfen.

RVE

RINGELAKE VAN ENDEBT

Einrichtungsbedarf

Einrichtungsbedarf

Einrichtungsbedarf

**Von August Graf Kagenbeck**

Von Manfred Neuber

In Windhuk wachsen die Zweifel. Wer unter den Weißen sich bereits mit einem Swapo-Regime abfindet, falls Pretoria keine „Regierung der nationalen Einheit“ für den Tag der Unabhängigkeit etabliert, befürchtet einen Zusammenbruch des öffentlichen Lebens, sobald die südafrikanischen Beamten und Berater das Land verlassen. Zu wenige Namibier sind für diese Aufgabe ausgebildet. Nichts wäre leichter für die Swapo, die Schlüsselstellungen im Lande mit ihren von den Sowjets und der DDR ausgebildeten Kadern einzunehmen.



**Von Manfred Schell**

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Position bezogen. Ihre logistische Hilfe für die saudische Luftwaffe macht sie zum unentbehrlichen Gefährten Riads, auch wenn das saudische Königshaus unmittelbare Eingriffe der Amerikaner mit viel Getöse, aber ängstlich augenzwinkernd, ablehnt. Die Aufregung ist groß am Golf. Man redet laut über die Amerikaner und die Sowjets und flüstert viel über die Europäer. Eine gemeinsame Erklärung, wonach die beiden Weltmächte sich aus dem Geschehen herausziehen wollen, hat die sowjetischen Aktivitäten in den Halbschatten der Publizistik zurücktre-



**Von der Affäre überrollt: Minister  
Wörner, MAD-Chef Behrendt**  
FOTO: DIE WELT

Aber, beim MAD Ordnung zu schaffen, wird nicht genügen können. Wörner muß auch sein unmittelbares Umfeld auf der Hardthöhe neu bestellen. Fast zwei Jahre nach dem Regierungswechsel wirken noch immer Sozialdemokraten bis ins Minister-Vorzimmer hinein. „Persönlich“ deklarierte Briefe an den Minister, von Ministerpräsidenten oder Abgeordneten geschrieben, sind in dubiose Kanäle geraten. Die Tatsache, daß während einer Sitzung des Haushaltsausschusses ein vertrauliches Papier abhandeln kommt, später in der Presse erscheint und dann von der SPD zum Anlaß genommen wird, um Wörner zu kritisieren, muß den Minister alarmieren.



**Ihr Ziel ist noch immer die Finnlandisierung der Golf-Anrainer / Von Jürgen Liminski**

ten lassen. Westliche Analysen über Führungskrisen und Nachfolgekämpfe in Moskau lieferten dazu ein weiteres Argument: der Kreml sei mit sich selbst so beschäftigt und so geschwächt, daß er gar nicht einstehe, weshalb die Ereignisse im Golf eskalieren können.

Eine Weltmacht kann eine geopolitisch so bedeutsames Gebiet wie den Persischen Golf nicht einfach vernachlässigen. Und der Kreml tut das auch nicht. Seit dem Abzug der Ledernacken aus Beirut entfalten die Sowjets in der Tat eine großer angelegte diplomatische Offensive im Mittleren Orient. Erste Konturen werden nun sichtbar: Die Beziehungen zu Ägypten stehen vor dem Botschafteraustausch; König Hussein von Jordanien ist in der Frage einer internationalen Nahost-Konferenz auf die Linie Moskau eingeschwenkt und will in Moskau verstärkte Waffen einkaufen; auch die pro-syrische Regierung in Beirut fordert die internationale Nahost-Konferenz und wird sich im übrigen hüten, eine andere Außenpolitik als Damaskus

zu betreiben; Moskau Mann in Kuwait fidelit wieder mehr Kontakte als üblich ein; das Verhältnis zu Syrien ist engern denn je, seit die Sowjets zugestanden haben, die moskauer Mig-29 und Mig-31 Kampfflugzeuge zu liefern; das Syriens erstes Kernkraftwerk zu bauen; natürlich war in Moskau jüngst auch eine Fatah-Delegation zu sehen, und Arafat erhielt bereits eine Botschaft des sowjetischen Staats- und Parteichefs Tschernenko, in der die Sowjets ihre weitere Unterstützung „für die Palästinensische Befreiungsorganisation unter dem Vorsitz des Herrn Arafat“ bekräftigt. Die Syer versuchte der stellvertretende Ministerpräsident Aliew bei seinem Besuch in Damaskus davon zu überzeugen, daß die PLO ihre Rolle bei der Zerstörung westlichen Einflusses in der Region weiter spielen und deshalb wieder verrent werden müsse. Seitdem bläst Damaskus zum Angriff auf Arafat nur noch mit gedämpfter Posaune.

Mit Bagdad ist Moskau wieder gut ins Geschäft gekommen. Auch hier sollen die Sowjets ein neues

**Von Eberhard Nitschke**

Es folgten sechs Semester Rechts- und Staatswissenschaft, die Referendarzeit und die Dissertation zum Thema „Die Zulässigkeit von Individualgesetzen nach dem Grundgesetz“ bei Professor Ernst von Hippel. Der ASTA-Vorsitzende von München und Vorsitzende der „Bayerischen Studentenschaft“ (als Westfale!) war inzwischen auch im Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften – und der hatte sein Büro in Bonn. Bundespräsident Eugen Gerstenmaier kam in Kontakt mit dem jun-



Bücker wurde hintereinander und gleichzeitig wissenschaftlicher Mitarbeiter im Ausschuß für Heimatvertriebene, Familie und Jugend, Gesundheit, im Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsführung. Er übernahm dann den Fachbereich "Parlaments-Recht" und wurde Verfasser des ständig durch Nachlieferungen auf dem jüngsten Stand gehaltenen "Handbuch für die Parlaments-Praxis".

Der Mann, den man künftig bei jeder Fernsehübertragung aus dem Bundestag am Tisch hinter dem Parlamentspräsidenten sehen wird, der jede Sitzung bis ins Detail vorher auszuarbeiten hat, wird diese Praxis brauchen. Paragraphenkenntnis herrscht übrigens auch zu Hause: Frau Doris Bücker, promovierte Juristin, ist verantwortliche Redakteurin des regierungsmittlichen "Bulletin" und zwei erwachsene Kinder studieren Jura.

**LE FIGARO**

**THE NEW YORK TIMES**  
Das Blatt kommentiert das saudiarabische Eingreifen im Golf:  
Saudi-Arabien scheint durch den Erfolg seiner Flugzeuge, die einen mehr iranische F-4-Kampfflug-

zeuge abgesprochen haben, in Verlegenheit zu sein... Der Gesandte des Königsreichs in Washington äußerte sein Bedauern, daß sein Land in diesen Konflikt gezogen worden sei. Was jedoch befremdet, ist die Auffassung, die solchen Äußerungen zugrunde liegt: Saudi-Arabiens selbstgefällige Illusion, es könne den Problemen im Persischen Golf auf eine bequeme Weise aus dem Weg gehen - mit Geld. Als Irak vor fast vier Jahren Iran angriff, kam Saudi-Arabien Bagdad finanziell zu Hilfe, andere Empfänger saudischer Hilfe waren Syrien, Palästinenser und beinahe jede libanesische Gruppierung. Dies hat für die Sicherheit Riads unter arabischen Staaten gesorgt, allerdings nicht für seine Sicherheit vor dem revolutionären Zorn Irans. Die Saudis haben moderne amerikanische Waffen geordert und sie erhalten. Sie haben amerikanische Schutz gewollt, aber eine US-Präsenz, in der Furcht, ohne eine solche offene Abhängigkeit könnte ihren heiligen Balanceakt gefährden, beharrlich ausgeschlossen. Die Luftgefechte vom Dienstag zeigen, daß amerikanische Hilfe und Sympathie kein Ersatz sind für Saudi-Arabiens Entschlossenheit, seine Rechte auf hergebrachte Weise zu wahren - nämlich für eine saudische Sache das Leben von Saudis zu riskieren.

**THE GUARDIAN.**

Das Londoner Blatt schreibt zur Eröffnung des Shik-Tempels in Amritsar:

Der unvermeidliche Triumph der indischen Streitkräfte könnte sich leicht als Pyrrhussieg und Verbote weiterer Probleme erweisen. Frau Gandhi, die den Wind gesät hat, hat noch nicht die ganze Ernte des Wirbelwinds eingeatmet.

**THE NEW YORK TIMES**

**Das Blatt kommentiert das saudiarabische Eingreifen im Golf:**

Saudi-Arabien scheint durch den Erfolg seiner Flugzeuge, die einen oder mehr iranische F-4-Kampfflug-

\_\_\_\_\_

ost wieder k

## Kernkraftwerk bauen. Wir sind

unseren russischen Freunden dankbar für ihre ehrlichen und großen Anstrengungen zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen beiden Nationen". Solche Regierungserklärungen aus Bagdad und Rettungsaktionen für die PLO stiften eine Menge Goodwill in Mittelost.

Unter den Waffenlieferungen für Irak sollen demnächst sogar Raketen des Typs SS-21 und SS-12 sein. Damit könnte Bagdad die iranische Ölinsel Kharg von irakischem Gebiet aus unter Beschuss nehmen. Und schon treffen die ersten Unterhändler aus Teheran in Moskau ein, um über die beiderseitigen Beziehungen Gespräche zu führen. Moskau muß also in der Rangfolge der iranischen Satanei wieder auf weniger bemerkbare Plätze heruntergerutscht sein. Jedenfalls erschieben der Generaldirektor des iranischen Außenministeriums persönlich bei Gromyko. Übrigens sollten auch während der Zeit abgekehrte Beziehungen ununterbrochen Lebensmittellieferungen aus der

**Sowjetunion in iranische Bahnhöfe.** Der Krenl schafft sich unbemerkt ein neues Image in Nahost. Vergessen sind die schmachvollen Tage vor zwei Jahren, als die israelische Armee die sowjetischen Waffensysteme in der Hand der Syrer in Schrott verwandelte.

Heute blicken oder schießen Kaiman, Amman, Bagdad, Damaskus

Reut, Kadhafi, Bagdad, Damaskus, Beirut, Teheran und manche Scheiterung. Sie wieder mehr oder weniger offen in Richtung Moskau. Das alte Ziel, den Sowjets, den Golf zu schließen und in die Blockfriesen und im Lager der Blockfreien, des heimlichen internationalen Hausrechts Moskaus zuzuführen, scheint nicht mehr so unwirklichkeitfremd zu sein; wie noch vor wenigen Jahren.

Es sieht so aus, als sei Gromykos Arm länger geworden. Er reicht wieder bis zum Golf. Jedenfalls könnte den Sowjets, die sowohl mit Bagdad als auch mit Teheran vertraglich verbunden sind, eine Art Vermittlerrolle zwischen, mit der heute kaum jemand rechnet - von den Strategen im Krenl abgesehen.

## Mutter Deutschland mußte sich mehr um die Kinder kümmern

Vom 21. bis 23. Juni reist Bundeskanzler Kohl nach Ungarn, ein Land, in dem mehr als 250 000 Donauschwaben leben. Die Zeiten, in denen sie ihr Deutschtum verstecken mußten, sind vorbei. Mit Budapest gibt es kaum noch Probleme, aber von ihrer alten Heimat fühlen sie sich vergessen.

Von CARL G. STRÖHM

Eine Trachtenkapelle schmetterte den Bozener Bergsteigermarsch aus Südtirol. Es erklang das Lied von der „Schwäb'sche Eisebahn“. Die Zuschauer im Saal – einige hundert Menschen, zumeist ein kräftiger, bäuerlich wirkender Schlag – hatten glänzende Augen vor Begeisterung. Viele, die den Text nicht kannten, summt den Melodien mit. Für einen Augenblick mochte man meinen, irgendwo in Süddeutschland, im württembergisch-schwäbischen Ländle, auf einem Volksfest zu sein.

In Wirklichkeit waren wir fern von Schwaben – und doch im schwäbischen Land: in der „schwäbischen Türkei“, einem Landstrich im südlichen Ungarn. Hier haben sich – etwa seit 1715 – deutsche Bauern und Handwerker angesiedelt. Sie kamen aus Württemberg, Hessen, der Pfalz und Franken donauwärts auf der sogenannten „Ulmer Schachteln“ in das von Türkenherrschaft und Krieg verwüstete Land.

Der oft ahnungslose Deutsche aus der Bundesrepublik reibt sich die Augen, wenn er heutzutage in einem fernen Winkel Ungarns, unweit der jugoslawischen Grenze, auf blitzsaubere Dörfer stößt, in denen die Bewohner eine deutsche Mundart sprechen, die ein wenig an das Mainfränkische erinnert. Hellgetünchte Häuser reihen sich entlang der Straße, deutsche Inschriften sind an Geschäften und Gasthäusern angebracht. An den Einfahrten zu den Dörfern stehen zweisprachige Ortstafeln auf ungarisch und deutsch.

Hier leben die „Donauschwaben“, die sich auch als „Ungarndeutsche“ bezeichnen. Manche der Jüngeren sprechen das Deutsche nur noch gebrochen und fallen im Gespräch immer wieder ins Ungarische. Das ist eine Folge der Katastrophe von 1945, von welcher die Donauschwaben in Ungarn durch Aussiedlung, Enteignung und Ausplünderung fast ebenso schwer getroffen wurden wie die meisten anderen deutschen Volksgruppen im Osten Europas.

Jetzt aber zeigt sich bei den Überle-

benden ein neu erwachendes deutsches Nationalgefühl und der Wunsch nach „Donauschwäbischer Identität“. Im Kulturhaus des donauschwäbischen Dorfes Schomberg (Somberek), nicht weit von Mohács, gab es jetzt ein kräftiges Lebenszeichen des neuen ungarischen Selbstbewusstseins. Jung und alt war zusammengeströmt, um eine österreichische Jugendblaskapelle aus der Steiermark zu hören, die hier mit donauschwäbischen Blasmusikanten um die Wette spielte. Die Veranstaltung wurde vom österreichischen und ungarischen Rundfunk gemeinsam aufgenommen.

Der Leiter der deutschsprachigen Rundfunkprogramme am ungarischen Sender Pecs-Fünfkirchen, Lorenz Kerner – ein Donauschwabe aus der jüngeren Generation – trat vor das Mikrofon und forderte die Zuhörer im Saal und an den Radiogeräten auf: „Sei ein Deutscher, bleibe ein Deutscher, als der du geboren bist.“ Die Donauschwaben, so sagte er, sollten sich zu ihrem Deutschtum bekennen und ihre deutsche Kultur pflegen.

Fast beschwörend rief der Rundfunkjournalist in den Saal: „Pflegt eure deutsche Kultur, ihr habt sie euch über Jahrhunderte bewahrt. Seid stolz auf sie. Bewahrt euch die deutsche Muttersprache.“ Die Jugend forderte er auf, nun noch intensiver als bisher Deutsch zu lernen – denn im Herbst werde man bei den österreichischen Gästen in der Steiermark einen Gegenbesuch machen und da dürfe man sich nicht blamieren.

Später, im kleinen Kreis, bedauerte es dieser Rundfunkjournalist, daß er bei mehreren Besuchen in der Bundesrepublik bei deutschen Sendern kaum ein Interesse für das Leben und das Schicksal seiner Landsleute gefunden habe. „Als ich neulich in Sindelfingen bei Stuttgart einen Vortrag über die Ungarndeutschen hielt und mich anschließend ein Reporter des Süddeutschen Rundfunks interviewte, hat man mich öffentlich als Pangermanisten beschimpft.“ Die Donauschwaben, so Kerner, seien ein wenig verblüfft, wenn sie hörten, daß etwa die Stadt Hamburg ein kroatisches Volksensemble aus Ungarn einlade und daß ungarische Zigeuner-Blaskapellen durch die Bundesrepublik reisten – kaum jemand aber im deutschen Westen ein Interesse für die Volksgruppen und Blasmusiken der Ungarndeutschen zeige. „Dabei denke ich mir immer, Mutter Deutschland mußte sich doch ein wenig um ihre in der Welt verstreuten Kinder kümmern.“

Ein anderer Schwabe fragte uns nach dem Ende des Konzerts: „Glauben Sie, daß der Kohl sich für uns



Bekenntnis zum Deutschum: Die alten Töchter der jungen Mädchen sind für die Donauschwaben mehr als nur Bräute.

FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

interessiert? Der soll doch bald nach Budapest zum Kadar kommen. Kohl ist doch Pfälzer und viele unserer Vorfahren stammen aus der Pfalz. Also, wenn der eines unserer schwäbischen Dörfer besuchen würde, dann würden wir ihn mit Blasmusik und Blumen empfangen.“ Aber auch jetzt kam der resignierte Nachsatz: „Wer weiß, ob der für uns etwas übrig hat. Schmidt und Genscher waren wir völlig gleichgültig.“

Sogar offizielle und halbamtliche, also mit der herrschenden ungarischen KP verbundene donauschwäbische Funktionäre geben zu erkennen, daß die Bundesrepublik für sie eine besondere Bedeutung hat. „Natürlich sind wir mit der DDR politisch und gesellschaftlich verbunden“, sagt mir ein Funktionär. „Aber schauen Sie – unsere Urheimat ist nicht Mecklenburg oder Sachsen, sondern Süddeutschland, Bayern, auch Österreich. Uns liegen die süddeutschen Volkslieder am meisten. Außerdem sind viele unserer Landsleute nach 1945 in die heutige Bundesrepublik geflüchtet oder ausgesiedelt worden. Daher wird unsere menschliche und stammesmäßige Bindung stärker in diese Gebiete reichen als nach Berlin oder in den deutschen Norden.“

Dann sagt man uns: „Wir hier sind die einzige deutsche Volksgruppe in Osteuropa, die nicht ihre Heimat verlassen möchte. Wir wollen hier in unserer Heimat bleiben – und zwar als Deutsche, als Ungarndeutsche und zugleich als loyale ungarische Staatsbürger. Bei euch in der Bundesrepublik interessiert man sich für die Deutschen im Osten aber nur, wenn es Sensationen zu melden gibt: wenn sie scharenweise das Land verlassen wollen und Schwierigkeiten haben. Wir haben jetzt keine nennenswerten Probleme mehr. Die ungarische Regierung und die Partei ermuntern uns sogar, unser Deutschum zu pflegen. Aber die Bundesrepublik – die hat uns offenbar vergessen.“

In solchen Worten schwingt Verbitterung und ein wenig verletzter Stolz. Denn die Donauschwaben aus der Baranya – der deutsche Name für diese Landschaft heißt „Branau“ – haben nach dem Krieg furchtbare Zeiten durchlebt und sind fast durch ein Wunder am Leben geblieben. Ein einfacher Bauer aus dem schwäbischen Dorf Mettsche (ungarisch: Erdemeske) erzählt: „Wir waren rechtlos,

die haben mit uns gemacht, was sie wollten – nur weil wir Deutsche waren.“ Jetzt hat der Bauer sein eigenes Haus längst „zurückgekauft“ und auch seinen Weinberg hat er wieder.

Erst seit etwa zehn Jahren haben die Ungarndeutschen neue Zuversicht geschöpft, zumal das Kadar-Regime eine sehr großzügige und tolerante Haltung gegenüber den nicht-ungarischen Nationalitäten an den Tag legte. „Wir sind so jung, daß wir die schrecklichen Zeiten nicht mehr erlebt haben. Deshalb stehen wir unserem eigenen Volkstum unbefangen gegenüber“, sagt eine junge Frau. „Aber unsere Eltern – die tragen ein tiefes Trauma mit sich. Die durften jahrelang nicht wagen, Deutsch zu sprechen oder sich gar als Deutsche zu bezeichnen.“

Jetzt haben die Donauschwaben eine eigene deutschsprachige Wochenzeitung, sie haben Abgeordnete im Budapest-Parlament – vor allem haben sie dank der Agrarpolitik des Kadar-Regimes einen ausgesprochenen Wohlstand auf dem Land: Die ungarndeutschen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gehören zu den erfolgreichsten. Zugleich hat man den Bauern private Viehhaltung, privaten Weinbau und sonstige private Initiativen erlaubt – bis hin zum Besitz eines privaten Lkw.

Ideologisch werden die Menschen weitgehend in Ruhe gelassen: Nirgendwo sieht man KP-Parolen. Die deutschsprachigen Rundfunkprogramme aus Fünfkirchen bringen Sendungen über deutsches Handwerk oder Lebenshilfe und Informationen für Landbewohner, die in die Stadt gezogen sind. Zu Weihnachten werden „natürlich“ deutsche Weihnachtslieder gespielt. Ziel sei, so wird uns im Rundfunkstudio in Pecs-Fünfkirchen versichert, „die Stärkung des Nationalitätsbewusstseins“. Seit fünf Jahren gibt es auch einmal wöchentlich ein deutschsprachiges Fernsehprogramm.

220 000 Ungarndeutsche leben heute nach offiziellen Angaben in der ungarischen Volksrepublik. Dazu ein ungarndeutscher Journalist aus Fünfkirchen: „Wahrscheinlich sind es in Wirklichkeit noch mehr.“ Auch das nächste Ziel, das die Ungarndeutschen anstreben, wurde uns genannt: Man will deutsche Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache für die schwäbischen Kinder erreichen.

## Die Grünen wählten Börner, aber nur einer klatschte

18 Monate war er kein „echter“ Ministerpräsident. Fehlende Mehrheiten im hessischen Landtag ließen ihn das Amt nur „geschäftsführend“ wahrnehmen. Gestern wurde Holger Börner – mit den Stimmen der SPD und der Grünen – wieder ein „richtiger“ Regierungschef.

Von D. GURATZSCH

Als die Abgeordneten des Hessischen Landtages gestern kurz vor neun Uhr in den hell erleuchteten Plenarsaal traten, war die Spannung gedämpft. In der Mitte des Saales stand, umringt von grünen Abgeordneten und Fotografen, der Mann, dem seit 1976, seit dem schmerzlichen Abgang Albert Osswald, die Geschicke des Landes anvertraut sind und um den es an diesem Vormittag gehen sollte: Holger Börner, SPD-Landesvorsitzender und vor 18 Monaten als Ministerpräsident des Landes Hessen wegen fehlender Mehrheit im Parlament zurückgetreten, aber noch immer geschäftsführend im Amt.

Hier nun, nach monatelangen Verhandlungen mit den Grünen über die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung, wollte er sich der Wahl zum Ministerpräsidenten stellen.

Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Aber Spekulationen, daß Börner die Mehrheit trotz mancher Kritik aus seiner eigenen Partei an seinem Schwenk zu den Grünen verfehlen könnte, fanden kaum Nahrung. Zwar war die Mehrheit des rot-grünen Bündnisses mit 58 Stimmen hauchdünn (für die Ministerpräsidentenwahl waren 56 Ja-Stimmen erforderlich), aber sämtliche sieben Abgeordneten der Grünen und auch die Kritiker aus der SPD hatten versichert, daß sie Börner ihre Stimmen geben würden.

Hin und wieder war in der Plenardebatte der vergangenen Tage mit manchen Andeutungen von einer „historischen Situation“ gesprochen worden. Denn zum erstenmal in einem Bundesland sollte ein rot-grünes Bündnis installiert werden.

Den Abgeordneten im Wiesbadener Plenarsaal war gestern morgen dennoch nicht anzumerken, daß sie sich dem Hauch der Geschichte an diesem Vormittag besonders ausgesetzt fühlten. Bis nachts um 1.15 Uhr hatten sie im gleichen Saal den Haushaltsplan der Landesregierung für 1984 debattiert. Es war eine an Höhepunkten arme Debatte gewesen, deren Ausgang von vornherein feststand. SPD und Grüne würden den Haushalt am Ende mit ihrer Parlamentsmehrheit verabschieden. Die Argumente dafür und dagegen waren schon lange ausgetauscht.

CDU-Generalsekretär Manfred Kanther hatte in einer der wenigen brillanten Reden dieses parlamentarischen Marathons der SPD noch einmal den Spiegel vorgehalten, von einer „Umkehrung der Landespolitik in den wichtigsten Feldern der Politik“ gesprochen. Die Sozialdemokraten seien dabei, „wie die Lemminge alles abzubauen, was sie unter dem Einsatz persönlicher Reputation in 40 Jahren gewonnen haben“. Mit dem Verzicht auf technologische Großprojekte würden „100 Millionen Mark auf einen Schlag geopfert – geopfert für die Industriefeindlichkeit, der Technologiefreundlichkeit, der Fortschritt-

feindlichkeit der Grünen“. In dem Bündnis der beiden Parteien wedele der Schwanz mit dem Hund.

Was sei denn das für ein „Gegengewicht zu Bonn“, daß Börner mit den Grünen bilden wolle, fragte Kanther rhetorisch – „ein Fliegengewicht“. Die einst gerühmte Standfestigkeit des Ministerpräsidenten lasse sich heute auf die Formel bringen: „Hier stehe ich, ich kann auch anders.“ Die Abgeordneten aller Parteien kugelten sich bei diesem Satz förmlich vor Lachen, und Börner lachte mit.

Nur der Mann auf dem übermachten Stuhl neben ihm, Wirtschafts- und Finanzminister Heribert Reitz, der seinem Parteifreund wenige Tage zuvor die Gefolgschaft in das rot-grüne Bündnis verweigert hatte, stützte den Kopf in die Hand, blickte verschlossen und ernst. Wer freilich gemeint hatte, er werde seine Kritik an Börners Kurs auch hier vor dem Plenum der Volksvertretung wiederholen, wurde eines anderen belehrt. „Ich werde Ihnen den Lustgewinn nicht verschaffen, hier ein Spektakel aufzuführen, dessen Früchte sie ernten wollen“, rief er der CDU bei seiner einzigen Wortmeldung zu, und ging mit entschlossenen Schritten zurück zur Regierungsbank.

Seltsam blaß und etabliert wirkten in dieser Debatte die Grünen. Sie hätten bei den Haushaltsberatungen ein „etabliert funktionierendes Verhalten“ an den Tag gelegt, hatte ihnen schon Manfred Kanther vorgeworfen, und auch andere Debatteure der Oppositionsparteien bescheinigten den parlamentarischen Neulingen ein erstaunliches Maß an Routine, mit denen sie Haushaltsanträge anderer Parteien „abgebügelt“ und der eigenen Klientel „Pfunden“ zugesprochen hätten. Als dann ausgerechnet auch noch die grüne Abgeordnete Gertrud Schilling, die am längsten gezeigert hatte, Börner ihre Stimme zuzuschicken, das Rezept verkündete: „Willst du Butter von der Behörde, schicke Milch auf dem Dienstweg“, da erfaßte die Heiterkeit das ganze Plenum.

Um 9.03 gestern morgen stellte der sozialdemokratische Landtagspräsident Erwin Lang die Beschlußfähigkeit des Hauses fest und kündigte die Wahl des Ministerpräsidenten mit „versteckten“ Stimmzetteln an. Der Versprecher sollte bald so etwas wie Symbol-Charakter für diese Wahl erhalten. Börner hatte ganz hinten auf den Abgeordnetenbänken neben Reitz Platz genommen, im dunkelblauen Anzug, eine goldene Uhrkette im Knopfloch, das Brillenutui vor sich auf dem Tisch. Während oben hastig die Stimmzettel ausgezählt wurden, hatte sich schon eine Mauer von Fotografen um ihn postiert, um die erste Reaktion, das erste Lidzucken des blassen, übermühten Mannes aufzufangen.

Um 10.04 wird das Ergebnis bekanntgegeben: 57 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen, eine ungültige Stimme. Ins Klatschen der SPD, die es von den Grünen reißt, mischt sich Verunsicherung. Von wem kam die ungültige Stimme? Warum hat die Auszählung so lange gedauert? Die Grünen stehen, aber nur ihr Vornamen in den Verhandlungen mit Börner, Karl Kerschgens, klatscht für Augenblicke mit. Börner schwört den Eid auf die Verfassung. Eine Stunde später steht fest, die CDU erwägt, die Wahl zu beanstanden...

## Zonta, dahinter verbirgt sich viel Hilfe

Von GISELA KRANEFUSS

Zonta – das ist ein Name, den nur wenige kennen, obwohl er jetzt seinen 65. Geburtstag feiert. Zonta – das ist eine weltweite Vereinigung von Frauen, die in leitenden und verantwortlichen Positionen tätig sind. Sie, die Zontians, setzen ihre Zeit, ihre Energie und ihre Begabungen, aber auch ihre Beziehungen zur Verbesserung des Lebens auf kommunaler Ebene, aber auch weltweit ein. Sie sind die weiblichen Pendanten zu Rotary und Lions.

Jeder der fünf Buchstaben von Zonta steht für ein indianisches Symbol: für Licht oder Sonnenstrahlen, für den Begriff Zusammenhalten und drittens für gemeinsam tragen. Der vierte Buchstabe steht für die Eigenschaften Redlichkeit und Vertrauenswürdigkeit.

1931 kam der erste deutsche Ableger des 1919 in Buffalo/USA gegründeten Clubs nach Hamburg. Doch schon einige Jahre später, im Dritten Reich wurde Zonta verboten. Die Zontians arbeiteten aber in der Stille weiter. Daraus mag ihre große Zurückhaltung in der Öffentlichkeit resultieren.

Heute ist Zonta in 49 Ländern der Erde mit 900 Clubs und 37 000 Mitgliedern vertreten. In der Bundesrepublik Deutschland arbeiten 1230 Frauen in 39 Städten zum Wohle der Menschen.

### Sozialstationen in Bogotá

Da gibt es zum Beispiel ein Hilfsprogramm für Bogotá, das sich über vier Jahre erstreckt. In den Slums wurden zahlreiche Health Centres eingerichtet. Diese Sozialstationen werden auch weiterhin betreut und kontrolliert. Hilfe zur Selbsthilfe heißt die Lösung.

Ein weiteres Projekt, das bis 1986 geplant ist, wird zusammen mit Unicef in Sri Lanka erstellt. Die Zonta-Präsidentin, Cornelia Hodges, berichtet über ihren Besuch vor Ort: „Unser Brunnen-Service-Programm umfaßt 4000 Brunnen, von denen 1800 Zonta finanzieren will. Jeder Brunnen, der für zehn Familien ausreicht, kostet 225 Dollar. Wir haben 36 000 Meilen zurückgelegt und Gas bezahlt, in denen es kein Wasser und keine Elektrizität gab, aber dafür Krankheiten und viel Schmutz. Dort, wo wir Flachbohrer finanziert, sah die Lage sehr schnell viel besser aus. Die Eingeborenen, die ein ausgeprägtes Reinlichkeitsbedürfnis besitzen, sind sehr stolz auf ihre Brunnen und genießen das frische Wasser, dessen Reinheit vorher geprüft wurde.“

Auf nationaler Ebene geben die Zonta-Clubs, die einen Teil ihres Spendenaufkommens in die internationalen Programme eingeben, bis zu 20 Prozent der Gelder für das Aufnahmegerät Friedland und die Arbeit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung für Muskelerkrankungen aus. Veronika Carstens als Schirmherrin der Gesellschaft, arbeitet mit Zonta zusammen.

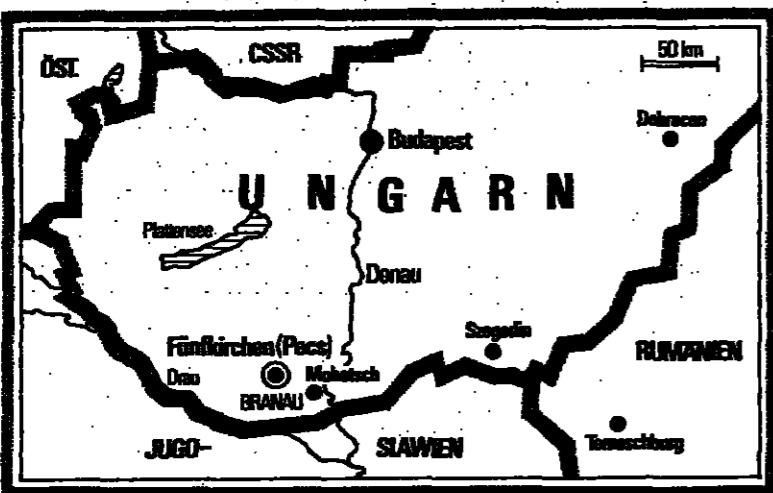
### Persönliche Betreuung steht im Vordergrund

Die deutsche Zonta-Präsidentin, Lieselotte Schellert, eine Ärztin aus Aschaffenburg, berichtet, daß die Clubs bei uns den größten Teil ihrer Einnahmen lokal verwenden. Hier spielt neben der finanziellen Hilfe auch die persönliche Betreuung sozial schwacher Menschen eine entscheidende Rolle. „Wir sehen es als unsere Aufgabe an, dort zu helfen, wo in besonderen Fällen Menschen durch die Maschen unseres Wohlfühlnetzes hindurchfallen, oder wo es um Bedürfnisse geht, die von institutioneller Fürsorge nicht befriedigt werden können.“

Die Zonta-Clubs unterhalten selten Büros. Anlaufstelle ist die Anschrift ihrer jeweiligen Präsidentin. Die Zontians sagen: „Wir erfahren, wo Hilfe dringend notwendig ist. Wir kommen von uns aus auf die wirklichen Bedürfnisse zu.“ Helfen kostet Geld, das wissen auch die Zontians. Sie taten jetzt in Hamburg einen ungewöhnlichen Schritt in die Öffentlichkeit, damit das fragende Achselzucken bei Nennung des Namens Zonta weniger wird.

Professor Frowine Leyh, leitende Oberärztin der Medizinischen Hochschule Lübeck und langjährige Zontian, schrieb eine bühnenscheit Interpretation zu Wilhelm Buschs „Die fromme Helene“. Die Aufführung im Hamburger „Amerika-Haus“ brachte das Geld für sechs Brunnenbohrungen in Sri Lanka.

Am 23. Juni findet in Sidney der Zonta International-Weltkongress statt. Cornelia Hodges, bis dahin Präsidentin, wird dann durch die Finnin Anneli Mäkinen, der ersten Europäerin auf diesem Posten, abgelöst.



## Der Berliner Reichstag – ein Schicksalsbau der Deutschen

Vor hundert Jahren legte Kaiser Wilhelm I. den Grundstein für das Reichstagsgebäude in Berlin. Für den Kaiser war es der „Reichsauffenthalt“, für die Weimarer Republik ein „Schicksalsbau“. Heute ist der Reichstag für Berlin, für Deutschland und für Europa ein Symbol der Hoffnung.

Von AXEL SCHÜTZSACK

Bei der Grundsteinlegung für das Reichstagsgebäude am 9. Juni 1884 beobachtete der Berliner Korrespondent der Londoner „Times“, daß die auf einem blauen Samtkissen liegende Mauerkrone zu Boden fiel, als Graf Lerchenfeld dem Kaiser das Kissen überreichte. „Pfeiligkeit und Gefügtheit“ was bedeutet das für die Zukunft? vermerkte der Korrespondent in seinem Zeitungsbericht.

Ein Jahrhundert später liegt die wechselvolle Geschichte dieses Bauwerks ausgedehnt vor den Augen der Zeitgenossen. Daß sie noch nicht zende geschrieben worden ist, hängt mit der Berliner Nachkriegsgeschichte zusammen. Die im sowjetischen Sektor von Berlin erscheinende „Tägliche Rundschau“ verkündete im Dezember 1947 das „Todesurteil“ für den Reichstag. Das Hauptamt für Bau- und Wohnungswesen habe den Plan, „die Konsequenzen aus der gegebenen Lage zu ziehen und den Reichstagsbau als das zu benutzen, was er in Wirklichkeit ist: als außeror-

entlich bequemen und reichhaltigen Steinbruch“. Dem Reichstag war das gleiche Schicksal zugeordnet, wie dem von den Machthabern in Ost-Berlin tatsächlich gesprengten Berliner Schloß.

Daß es nicht dazu kam, ist dem schnellen Fall des Kriegsbündnisses der Alliierten des 2. Weltkrieges, zuzuschreiben. Mit dem Beginn der sowjetischen Blockade und der damit verbundenen Trennung der Verwaltung war den Kommunisten die Entscheidung über die Zukunft des Reichstagsgebäudes entzogen. Es verdient vermerkt zu werden, daß Abgeordnete des gesamtberliner Stadtparlaments, die nicht gewillt waren, sich dem kommunistischen Terror der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Ostsektor der Stadt zu beugen, den Beschluß faßten, als freies Parlament zu tagen.

In aller Eile wurde mit der Enttümlichung und Wiederherstellung des großen Lesesaals im Reichstagsgebäude begonnen. Das die aus der Stadtverordnetenversammlung im „Roten Rathaus“ am Alexanderplatz ausgehenden Abgeordneten schließlich doch darauf verzichteten, im Reichstagsgebäude zu tagen, hatte durchaus seine Gründe. Arbeiter, die mit Aufräumungsarbeiten im Reichstagsgebäude beschäftigt waren, berichteten, daß sowjetische Offiziere uniprätig aus dem Labyrinth der Gänge aufgetaucht seien und interessiert gefragt hätten: „Hier Kongreß?“

Ganz anders als es sich die Machthaber im Osten vorgestellt und es ge-

plant hatten, wurde das Reichstagsgebäude zu einem Symbol. Nicht zünftiger Steinbruch, sondern aus Trümmern herausragender Hoffnungsträger der Deutschen. Als Ernst Reuter am 9. September 1949 in seiner berühmten Rede vor 300 000 Berlinern an der Reichstagsruine die Völker des Westens aufrief, ihre Pflicht zur Erhaltung der Freiheit der Stadt zu tun, konnte er davon ausgehen, daß sein Appell nicht ungehört verhallen werde.

Wer die 100jährige Geschichte des Wallot-Hauses am Brandenburger Tor Revue passieren läßt, könnte meinen, daß hier die Hegelsche „List der Vernunft“ mitgewirkt hat. Daß der junge Kaiser Wilhelm II. den Parlamentsbau nicht sonderlich schätzte, blieb kein Geheimnis. Er bezeichnete das Bauwerk als „Gipfel der Geschmacklosigkeit“ und sprach im vertraulichen Kreis vom „Reichsauffenthalt“. Dem Monarchen wird auch zugeschrieben, daß deshalb dem Architekten Wallot die Verleihung des Roten-Adler-Ordens versagt blieb.

Ein besonderes Kapitel in der Baugeschichte des Parlaments ist die Auseinandersetzung über die Inschrift am Giebel des Hauptportals. Die in Wallots Plänen vorgesehene Inschrift „DEM DEUTSCHEN VOLK“ unter dem Giebel mit dem Reichsadler scheiterte offenbar am Einspruch des Kaisers, dem solche Worte zu sehr nach Volkssouveränität klangen. Erst im Jahre 1916 konnten die Reichstagsabgeordneten

schließlich durchsetzen, daß der leer gebliebene Giebel mit der vorgesehenen Inschrift versehen wurde.

Zum Schicksalsbau der Deutschen wurde das Reichstagsgebäude am 9. November 1918, als der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann nach der Abdankung des Kaisers von einem Fenster des Parlaments aus die Republik ausrief und damit Karl Liebknecht und den Kommunisten zuvorkam, die vom Berliner Schloß aus die Gründung der Sowjetrepublik Deutschland verkünden wollten.

Schicksalsbau der Deutschen blieb



Dem Deutschen Volk: Das Reichstagsgebäude in Berlin

FOTO: PETER PROBST

## Senat befaßt sich mit Streit um Karajan

F. D.rtr, Berlin

Das Berliner Abgeordnetenhaus wird sich in der kommenden Woche auf Antrag der FDP-Fraktion in einer aktuellen Stunde mit dem Streit zwischen dem Berliner Philharmonischen Orchester und seinem Chefdirigenten Herbert von Karajan befassen. Die FDP erklärte, wenn der Bruch zwischen dem Orchester und seinem Dirigenten nicht mehr reparabel sei, müsse eine „ehrenhafte Auflösung der Bindung“ angestrebt werden, und forderte, daß der umstrittene Intendant Peter Girth „so bald wie möglich seiner Funktion enthoben wird“.

Der Regierende Bürgermeister Diepgen hat indessen die Absicht bekräftigt, zwischen dem Philharmonischen Orchester und Karajan zu vermitteln. Er hoffe, so teile ein Senatssprecher mit, auf ein Gespräch am Pfingstmontag in Salzburg, wo der Dirigent mit den Wiener Philharmonikern konzertieren wird, nachdem er ein vereinbartes Konzert mit den Berlinerinnen demonstrativ abgesagt hatte.

In Senatskreisen wird inzwischen als aussichtsreichster Nachfolgekandidat Karajans der Chef der Wiener Staatsoper, Lorin Maazel, genannt, der mehrere Jahre lang Operngeneralmusikdirektor und Dirigent des Radio-Symphonieorchesters in Berlin gewesen ist. Auch die Namen Seiji Ozawa, Riccardo Muti und Bernhard Haitink werden genannt. Voraussetzung für eine Neubesetzung wäre allerdings ein Verzicht Karajans auf das ihm vertraglich auf Lebenszeit zustehende Recht der Orchesterleitung.

## Barzel würdigte Ernst Schellenberg

dpa, Bonn

Zu Beginn der gestrigen Bundestagsitzung hat Parlamentspräsident Rainer Barzel (CDU) den langjährigen Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Ernst Schellenberg gewürdigt, der am Mittwoch im Alter von 77 Jahren gestorben ist. Schellenberg gehörte dem Parlament von 1952 bis 1976 an und hat sich vor allem als Sozialpolitiker einen Namen gemacht.

## Frühere Abgeordnete verläßt die Grünen

dpa, Stuttgart

Die ehemalige Abgeordnete der Grünen im Stuttgarter Landtag, Elisabeth Mordt, hat ihren Parteistruktur angekündigt. Sie sei besorgt über eine mögliche Unterwanderung der Grünen durch „eine kleine Gruppe von Aktivisten“, denen es nicht um Umwelt, Frieden und Würde des Menschen gehe, sondern darum, „irgendwo links von der SPD“ Macht im Staat zu erlangen – „oder, schlimmer noch, den Staat zu zerstören“. Außerdem kritisierte Frau Mordt vor dem Stuttgarter Kreisverband das parteiinterne Klima der Grünen.

## Theodor-Wolff-Preis 1983 verliehen

dpa, Bonn

Für hervorragende journalistische Beiträge, die im vergangenen Jahr in den Zeitungen erschienen sind, wurden fünf Journalisten mit dem Theodor-Wolff-Preis 1983 ausgezeichnet. Wie das Kuratorium gestern mitteilte, gingen die mit jeweils 6000 Mark dotierten Hauptpreise an Klaus-Ulrich Möller („Stuttgarter Nachrichten“), Christian Schneider-Häuer („Die Zeit“), Joachim Neander (DIE WELT), Claus-Peter Mühleck („Tauben-Zeitung“) und Jutta Stöckinger („Frankfurter Rundschau“).

## Wird „Darmstädter Tagblatt“ eingestellt?

fac, Bonn/Mainz

Die Geschäftsleitung der Mainzer Verlagsanstalt hat „Überlegungen“ bestätigt, das zu ihrer Zeitungsgruppe gehörende „Darmstädter Tagblatt“ einzustellen. Ein Sprecher sagte der WELT, mit dem Betriebsrat würden derzeit vertrauliche Gespräche geführt. An die Einstellung des 1738 gegründeten Blattes „in den nächsten Tagen oder Wochen ist aber überhaupt nicht gedacht“.

Das „Darmstädter Tagblatt“, eine der ältesten Tageszeitungen in Deutschland, ist der scharfen Konkurrenz des in der südhessischen Großstadt dominierenden „Darmstädter Echo“ ausgesetzt. Der Landesvorsitzende der IG Druck und Papier, Klaus Schinnerer, sprach von einer bereits für Ende dieses Jahres beschlossenen Einstellung. Dieser Entschluß, so Schinnerer, werde mit „massenhaften Verlusten“ des Blattes begründet. Rund 100 Mitarbeiter würden voraussichtlich ihren Arbeitsplatz verlieren.

DIE WELT (USPS 403-970) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## WELT-Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten

# Vogels Stil: Eile mit Weile



Ministerpräsident Bernhard Vogel

FOTO: CAROLINE BRECHER

JOACHIM NEANDER, Mainz

Rheinland-Pfalz, einst das Armenhaus der Republik, steht heute besser da als die meisten Bundesländer. Sein Regierungschef Bernhard Vogel (CDU), seit über sieben Jahren im Amt, regiert mit einer größeren absoluten Mehrheit, als sie selbst Vorgänger Helmut Kohl je hatte. Und doch ist der jüngere der beiden Vogel-Brüder seit einiger Zeit ins Gerede geraten. Er sei unentschieden, wird ihm vorgehalten. Endlose Spekulationen über eine versprochene Kabinettsumbildung geistern durch Presse und eigene Partei. Die Opposition wirft ihm „Langeweile“ und Farblosigkeit vor. Rivalitäten zwischen Regierung und CDU-Fraktion, ja sogar kühne Spekulationen über einen möglichen Nachfolger werden ausgediskutiert.

In einem Gespräch mit der WELT hat der 51jährige Ministerpräsident dazu Stellung genommen. Er ist überzeugt, daß die Gerüchte über die Landeshauptstadt der Stimmung im Lande nicht entspricht.

„Ich kann mich“, sagt er, „über die Presse und das öffentliche Echo insgesamt nicht beklagen. Ich nehme den einen oder anderen Artikel gewisser Keilstreifer-Magazine zur Kenntnis – aber da ist immer nur von 'Umfeldern' die Rede. Konkretes wird eigentlich nicht ausgesagt.“ Eine Äußerung von Kultusminister Georg Gölter, er fühle sich in die Schlupfphase der Regierung Altmeyer einzeln, sei falsch zitiert.

Vogel zitiert Konrad Adenauer: Koalitionen seien leichter zu führen als absolute Mehrheiten. Er will sich die These zwar nicht zu eigen machen, „aber als wir statt der jetzigen 57 nur 51 Mandate hatten, da wußte jeder, daß es auf jede Stimme ankommt. Jetzt ist mehr Diskussion in der Fraktion möglich, das ist durchaus eine schlimme Sache.“

Daß sein Führungsstil gelegentlich kritisiert wird, weil er schon im Vor-

feld von Entscheidungen in vielen Gesprächen um größtmögliche Zustimmung ringt und dadurch manchmal ein Klima „brodelnder Erwartung“ schafft, weiß Vogel. „Jeder hat seinen Stil“, sagt er. „Meine Lebenserfahrung sagt mir, daß man seinen Stil im Grundsätzlichen durchhalten soll.“ Er habe in der Runde der Landesministerpräsidenten gewiß einige Kollegen, die „sehr viel rascher und unvorbereiteter Vorschläge in die Diskussion bringen“. Er sei eben kein Mann der überraschenden, schnellen, dafür aber der gut überlegten Entscheidungen. „Mag sein“, daß das einigen Kritikern nicht gefällt und daß das einige Büchsenpanzer verärgert. Aber es ist keine ganz erfolglose Methode.“

Was der rheinland-pfälzische Ministerpräsident genau damit meint, sagt er allerdings nicht. Aber in der Staatskanzlei in Mainz liegt das frische Ergebnis einer Marplan-Studie vom April 1984. Sie scheint Vogel auf

geradezu verblüffende Weise recht zu geben.

Die CDU hat in Rheinland-Pfalz danach derzeit einen sogenannten Sympathiewert von 1,5 (die Skala reicht von plus 5 bis minus 5) gegenüber der SPD von 0,9. Vogel persönlich erreicht den Wert von 2,0. Insgesamt 72 Prozent der Bevölkerung des Landes beurteilen seine Regierungstätigkeit positiv, sogar 56 Prozent der SPD-Anhänger. Negativ äußern sich nur 16 Prozent. Gerührt werden an ihm vor allem Sachkompetenz, Verantwortung, Sicherheit und Führungsqualitäten. Von den 31 in der Befragung vorgegebenen Eigenschaften wird „unentschieden“ am allerstärksten genannt.

Zum oft diskutierten Thema Kabinettsumbildung sagt der Regierungschef: „Mit dieser Regierungsmannschaft habe ich die Wahl 1983 hoch gewonnen. Es ist eine Sache von Treu und Glauben, sie nach der Wahl nicht gleich zu verändern.“ Es bleibe dabei, daß „ungefähr zur Mitte der Legisla-

turperiode“, also Anfang 1985 und nicht früher umgebildet werde. Er hat, wie er betont, „feste Vorstellungen“.

Aber entsteht in den schwierigen Fragen des Moselweinbaus, wo Vogel jüngst auf einer Winzerversammlung ausgepfiffen und am Reden gehindert wurde und wo für den 17. Juni ein großer Boykott der Europawahl im Gespräch ist, nicht ein Entscheidungskonflikt, der die Regierung zum Handeln zwingt? Vogel: „Kein Ministerstuhl in Deutschland hat seit der Weimarer Republik so viele Wechsel erlebt als unser Weinbauministerium. Otto Meyer ist 16 Jahre im Amt. Er kämpft und arbeitet wie ein Junger. Er scheitert aus Altersgründen aus, nicht wegen seiner Politik. Diese Politik wird zwar von ihm verantwortet, aber in voller Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten, und der wechselt nicht.“ Im übrigen werde in der heftigen Diskussion über die Mosel

leicht vergessen, daß spezielle Maßnahmen und Hilfen für diese Region in anderen Teilen des Landes, aber auch in anderen Bereichen der Wirtschaft durchaus nicht ganz unkritisch betrachtet werden. Die Regierung müsse das Ganze im Auge behalten.

Der Regierungschef räumt ein, daß Situationen wie die an der Mosel auch von ihm persönlich ein direktes Engagement erfordert. Er werde auch künftig selbst dort auftreten. Rivalitäten gegenüber der CDU-Fraktion, die kürzlich in dem von der Regierung beschlossenen Mosel-Hilfsprogramm auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurden und so den Eindruck eines gewonnenen Wettlaufs erzeugte, sieht er nicht. Es sei belanglos, wer gemeinsam Beschlossenes als erster verkünde. „Und wenn da manche verkünden wollen, sie hätten als erste die Idee gehabt – bitte, sollen sie sich's patentieren lassen.“

Daß die Beschlussvorlage des Kabinetts in dieser Sache zuerst im SPD-Pressedienst wortwörtlich veröffentlicht wurde, will Vogel nicht der eigenen Fraktion anlasten. Die unrichtige Stelle („widerrechtlich, aber wir werden nicht strafrechtlich dagegen vorgehen“) liege wohl im Landwirtschaftsministerium. Vogel: „Ich habe immer gesagt, daß die Behauptung der Opposition, es herrsche der totale schwarze Filz in den Ministerien, nicht stimmt.“

Und im Ernstfall werde er auch schon mal mit der Faust auf dem Tisch hauen – „allerdings nicht an jedem Wochenende.“ Und was schließlich die Gerüchte über ehrgeliebte Konkurrenten im Amt des Ministerpräsidenten betrifft, gibt Vogel – von Amtsmündigkeit keine Spur – sich äußerst selbstbewußt: „Für den Fall, daß ich morgen gegen den Baum fahre, ist alles geregelt. Wer längerfristig auf eine Nachfolge spekuliert, müßte heute ziemlich jung sein.“

## Warnung vor dem „Trend zur Schattenwirtschaft“

Plädoyer für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik

HEINZ HECK, Bonn

Mit Blick auf die für den 20. Juni geplanten Koalitionsverhandlungen über die Steuerreform hat der Steuerexperte der Bonner Unionsfraktion, Ludolf-Georg von Wartenberg, vor einer Mehrwertsteuererhöhung gewarnt. Sie hätte nicht nur die stärkste konjunkturdämpfende Wirkung, sondern würde auch den „Trend zur Schattenwirtschaft“ und damit zur Schmälerung der Bemessungsgrundlage verstärken.

Der Obmann der Unionsfraktion im Finanzausschuß des Bundestags plädiert vielmehr für eine Mischung verschiedener Maßnahmen mit Schwerpunkt auf der Einschränkung der Staatsausgaben und gezielten geringfügigen Einnahmesteigerungen. Der erste Versuch der Koalitionsparteien zum Subventionsabbau „muß mit größerer Entschiedenheit erneuert werden“, fügte er selbstkritisch hinzu.

Von Wartenberg setzt sich für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik ein und bricht eine Lanze für das von Finanzminister Gerhard Stoltenberg ursprünglich favorisierte Reformmodell (T1), das bei Inkrafttreten 1986 – zusammen mit dem Familienlastenausgleich – zu einer Gesamtentlastung von etwa 20,6 Milliarden Mark führen würde (sogenannte „große Lösung“). Wenn die Politiker heute Gestaltungsfreiheit zurückgewonnen hätten, so sei dies den Konsolidierungsfolgen des Finanzministers zu verdanken. Dieser ermahnt seit vielen Jahren bestehende Spielräume müsse vorrangig genutzt werden, um einen sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung von der Steuerfront her zu unterstützen. Nur damit sei das Hauptproblem der Wirtschaft, Gesellschaft, Sozial- und natürlich auch der Familienpolitik zu lösen: „die viel zu hohe Arbeitslosigkeit“.

# SPD-Linke auf der Suche nach gemeinsamer Strategie

Die Partei will Kontinuität zum Pragmatismus von Schmidt wie zu den Idealen des Sozialismus und der Friedensbewegung erreichen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD versucht mit einem Dilemma fertig zu werden: Um wieder die Mehrheit zu erringen, will sie Kontinuität zum Pragmatismus Helmut Schmidts wie zu den Idealen des Sozialismus und der Friedensbewegung erreichen. Die Freiheit der Opposition in Bonn führt bereits dazu, die Konturen innerparteilicher Denkrichtungen stärker zutage treten zu lassen. Ganz deutlich wird dies in dem seit dem vergangenen Herbst immer noch umstrittenen Bereich der Sicherheitspolitik sowie auf dem während des Essener Parteitages eher blaß gebliebenen Feld der Wirtschaft. Partei-Geschäftsführer Peter Giotz hat jetzt als Ziel vorgegeben, daß sich „die Linke auf eine gemeinsame Strategie verständigen kann, mit dem Ziel einer systematischen Rückgewinnung kultureller Hegemonie“.

Der Berliner Politikologie-Professor Richard Loewenthal, Mitglied des „Seehemer Kreises“, hat in der jüngsten Ausgabe der SPD-Theoriezeitschrift „Neue Gesellschaft“ den Vorwurf erhoben, daß die Partei keine stetigen Anstrengungen gemacht hat, (gerade den jüngeren Parteimitgliedern) die Natur des kommunistischen Systems verständlich zu machen. Auch die „zum Teil extreme Naivität der Friedensbewegung war das Produkt einer ungenügenden Aufklärung über die Natur des (Ost-West-) Konflikts und die Bedingungen unserer Sicherheit“.

Die Wortmeldung des Nestors der sozialdemokratischen Theoretiker setzt eine Diskussion fort, die im Vorfeld der SPD-Nachwahlrunde im vergangenen Herbst begonnen hatte und nach Wiederaufnahme durch

Mitglieder des „Seehemer Kreises“ mit einer barschen Replik des Bundesgeschäftsführers Peter Giotz in den vergangenen Wochen fortgesetzt worden war. Giotz hatte das „Fügelchen“ (s. WELT v. 29.5.) davor gewarnt, den Ost-West-Konflikt „reideologisieren“ zu wollen.

Er befindet sich mit dieser Denkrichtung nicht nur im Schützelschluß mit der Friedensbewegung sondern auch mit der inzwischen übergrößen Mehrheit seiner Partei. Aber Loewenthal erinnert Giotz daran, daß der Ost-West-Konflikt schon immer eher nicht ein „Konflikt von Machtblöcken“ gewesen sei, sondern „auch ein ideologischer Konflikt“. Großen Teilen der SPD-Mitglieder sei dies leider nicht mehr klar. „und die Konsequenz ist nicht eine massenhafte Gleichgültigkeit für kommunistische Infiltration, wohl aber eine massenhafte Gleichgültigkeit gegenüber der Natur des Sowjetblocks und der von ihm ausgehenden Gefahr“. Giotz halte diese „Erkenntnis anscheinend für unvereinbar mit der Entspannungspolitik und dem Begriff der Sicherheitspartnerschaft“.

## Gefährliche Formeln

Mit der gleichen Direktheit geht Loewenthal auch gegen die nach seiner Ansicht falsche Kritik von Sozialdemokraten an den USA vor. Die Verbündeten der USA könnten aus ihrer „Distanz“ zu den „vorübergehenden Abenteuern“ der Amerikaner in Nahost und Mittelamerika kein Recht zur „Gleichgültigkeit gegenüber einer wirklichen sowjetischen Expansion in der Dritten Welt“ herleiten. Und noch gefährlicher seien Formeln von Sozialdemokraten, die den Begriff

der Westbindung der Bundesrepublik ironisierend in Anführungszeichen setzen und diesen „zum Gegenbegriff des Wiedererstehens der deutschen Identität“ machten. „Deutsche Identität kann niemals ein Gegensatz zur Westbindung sein. Sie kann sich nur in jener Vielfalt freier Nationen verankern, die durch die Gemeinschaft der westlichen Werte möglich wird.“

Aber während diese sicherheitspolitischen Mahnungen angesichts der gegenwärtigen Gemütsverfassung der Sozialdemokraten auf absehbare Zeit mehr eine Arabeske sein werden, liegt auf dem Feld der Wirtschaftspolitik bei den Enkeln Bebel und Lassalle noch vieles brach. Erst in zwei Jahren soll ein Parteikongreß nach Brandts Willen ähnlich feste Daten setzen wie der Nachrüstungs-Parteitag im Herbst 1983. Daß die auch im Godesberger Programm noch angesprochenen Mittel der Lenkung, Verstaatlichung und Gesellschaftung nach dem Abschied der Müller, Schiller und Schmidt in der SPD wieder stärkere Fürsprecher finden, zeigte sich bereits auf dem Bundeskongreß der Partei „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) im November in Mannheim.

Die SPD weiß um die Gefahr, wie schnell eine Diskussion über Verstaatlichung oder ähnliches sie stumm macht. Denn der Griff Giotz jetzt das Thema „Quellenbesteuerung“ wieder auf, das „seit einer unvorsichtigen Formulierung von Lohnsteuern (damals Bundesfinanzminister, d. Red.) im letzten Bundestagswahlkampf für die SPD mit bitteren Erfahrungen verbunden“ sei. Doch für Giotz folgt daraus nur die Erkenntnis,

eben nicht darüber zu reden, sondern „um es etwas zynisch zu formulieren: Wenn man an der Regierung ist, muß man eine vernünftige, gerechte und die kleinen Leute nicht zusätzlich belastende Quellensteuer machen“.

Der eloquente Parteivordenker hat seine Gedanken ebenso wie der niedersächsische SPD-Theoretiker in der „Marxistischen Zeitschrift Sozialismus“ einer kleinen Klientel dargelegt. Er will als „Zentrum eines neuen, alternativen Blocks sozialer Kräfte das Bündnis von Gewerkschaften und Sozialdemokraten“.

## „Hegemonialer Block“

Mit einer „Politik der sozial gesteuerten Innovation“ könne dann auch ein Bündnis wachsen zwischen der traditionellen Linken, den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale. Wenn man die Politik der Regierung Schmidt „noch ein Jahr so weiter betrieben hätte“, wäre jedenfalls „das Verhältnis zu den Gewerkschaften kaputt gewesen“.

Giotz ist intelligent und politischer Faktiker genug, um zu wissen, daß „klipp und klar sein muß, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantieren und eine marktwirtschaftlich orientierte Politik betreiben“ muß, wenn sie wieder mehrheitsfähig werden will. Doch unter diesem Mantel glaubt er durchaus „staatliche Instrumente zur Planung, Lenkung und Förderung des Wirtschaftsprozesses“ einhüllen zu können. Und er lehnt auch „nicht jede Debatte über Vergesellschaftung“ ab. Nur könne ihm bisher noch niemand „plausibel machen, wie wir die politi-

sche Kraft und den Durchsetzungs-willen bekommen (können), die Deutsche Bank zu vergesellschafteten“.

Nicht weniger deutlich wird Peter von Oertzen in der gleichen Marxismus-Zeitschrift. Nach seiner Meinung ist die „sozialdemokratische Politik der Reformen gescheitert, die sozialistische Linke häßlich sich den früher eher verteilten reformistischen Politikkonzepten an, und die Grün-Alternativen können sich zu einer linken Reformpartei nicht entwickeln“. Er sieht sich eine „kumulierte Spaltung der Gesellschaft und damit die tiefgreifende Niederlage der Arbeiterbewegung“ entwickeln, die nur durch eine „Mobilisierung einer gesellschaftlichen Reformmehrheit“ verhindert werden könne. Voraussetzung sei ein „Erneuerungsprozeß der SPD“, zu der „diesseits der Vergesellschaftung von Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien mit sogenannten marktkonformen Mitteln eine Beeinflussung des Investitionsverhaltens der Unternehmen“ gehöre. Sein Repertoire reicht dabei von Investitionslenkung bis zu Kapitalverkehrskontrollen.

Er setzt auf einen „hegemonialen Block“ von Arbeiterbewegung und sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“, der dann „irgendwann den Schritt über die Grenzen der kapitalistischen Ökonomie hinaus“ machen kann. „Mit etwas Geschick hat man bei politischen Eingriffen in das Investitionsverhalten großer Unternehmen keine Diskussion über Eigentum zu erwarten“, meint von Oertzen. Die SPD müsse zu einer „qualitativ anderen Politik“ kommen, und damit steigt die Härte der sozialen und politischen Auseinandersetzungen. Billiger ist diese Politik nicht zu haben.“

## „Fluchthilfe ist nichts Ehrenrühriges“

KING-HU KUO, Stuttgart

Wenige Tage vor der Europa-Wahl am 17. Juni hat die baden-württembergische SPD massive Kritik an dem Europa-Kandidaten der CDU, Jürgen Zahorka aus Sindelfingen bei Stuttgart, geübt. Außerer Anlaß ist ein bereits seit Januar dieses Jahres schwebendes Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt und ehemaligen Landesvorsitzenden der Jungen Union wegen „Anstiftung zum Diebstahl und Urkundenfälschung“ in Zusammenhang mit einer Fluchthilfsaktion zugunsten eines tschechischen Arztes und dessen Familie. Zahorka befindet sich auf Platz fünf der baden-württembergischen Landesliste für die Europa-Wahl, der als „sicher“ gilt.

Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Harald E. Schäfer nannte die Kandidatur Zahorkas jetzt eine „schwerwiegende Belastung für die politische Kultur unserer Demokratie“. Er forderte deshalb den CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Lothar Späth auf, „im Interesse aller Demokraten die entstandene Zweifeltätigkeit“ zu beseitigen.

Die Vorgeschichte: Im Februar dieses Jahres wurde ein Angestellter der Gemeinde Magstadt (Landkreis Böblingen) wegen Diebstahls von Blankokassen und Verwurmungsblättern aus dem dortigen Rathaus zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im Laufe des Prozesses in Böblingen erklärte der noch nicht rechtskräftig verurteilte Arnold Teufel, Zahorka habe ihn zu diesem Diebstahl animiert, um mit Hilfe der deutschen Pässe der tschechischen Familie zur Flucht zu verhelfen.

Zahorka wies in einem WELT-Gespräch diese Vorwürfe entschieden zurück, bekannte sich jedoch zur Fluchthilfe: „Weder habe ich Pässe von Teufel bekommen oder erworben, noch ihn zum Diebstahl dieser Ausweise ermuntert.“ Er habe schon deshalb die Ausweise nicht gebrauchen können, „da die von mir geholfene Familie kein Wort Deutsch sprach. Es wäre verhängnisvoll gewesen, sie damals mit deutschen Pässen auszustatten“.

Die von ihm begangene Fluchthilfe betrachtet Zahorka keineswegs als „ehrenrührig“. „Ich habe mich nur für die auch von den Ostblockstaaten verbal anerkannten Freizügigkeitsrechte eingesetzt, die sie in der Praxis jedoch den Bürgern verweigern, und politisch Verfolgten zur Flucht verhelfen.“ Der Rechtsanwalt betonte, daß dies „ohne Verstoß gegen deutsche Gesetze und Vorschriften erfolgt sei“. Hinter der Aussage von Teufel vermutet Zahorka sowohl persönliche als auch politische Hintergründe.

An die Adresse der SPD richtete Zahorka den Appell: sich lieber mit der Zweitkandidatur der Grünen auf der Europa-Liste zu befassen: „Es ist ja die rechtskräftig verurteilte Sprengstoff-Beschafferin der Terrorzelle, Brigitte Heinrich.“ Und auf Platz drei und sechs der grünen Europa-Liste seien die in Berlin zu Haftstrafen verurteilten Journalisten Benedikt Härlin und Michael Klöckner wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung aufgestellt worden, erklärte Zahorka: „Die SPD sollte sich lieber mit der Europa-Liste ihres hessischen Bündnispartners auseinandersetzen.“

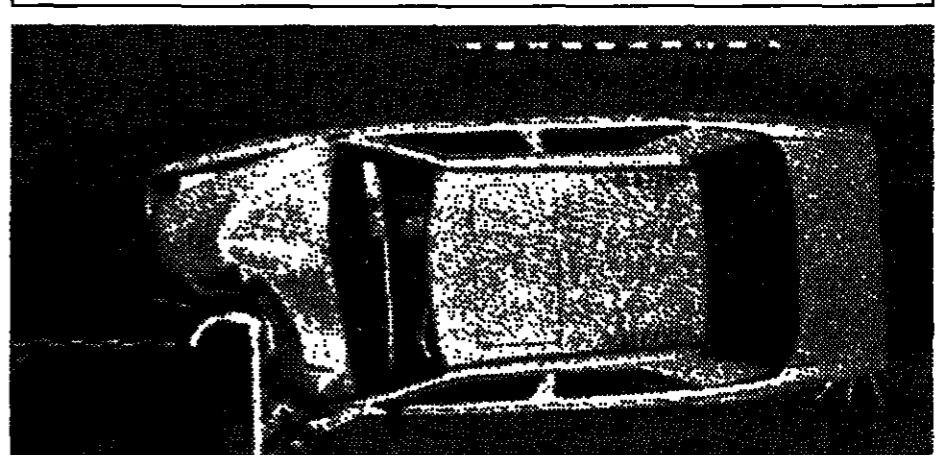
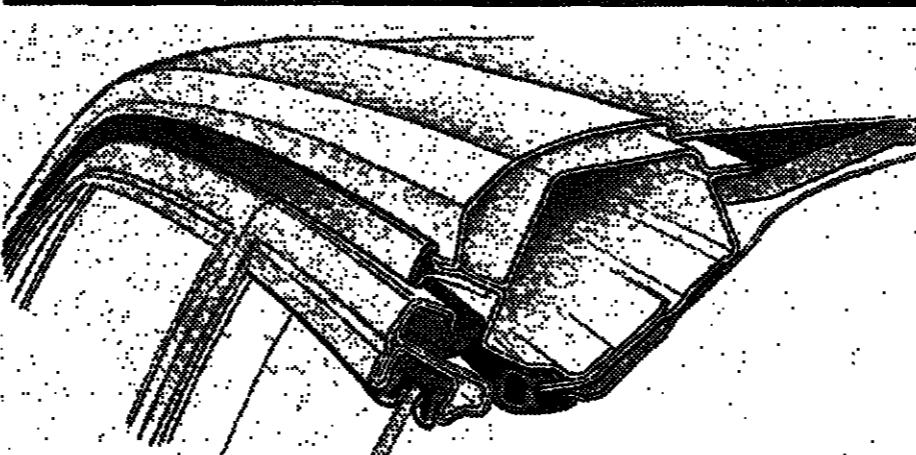
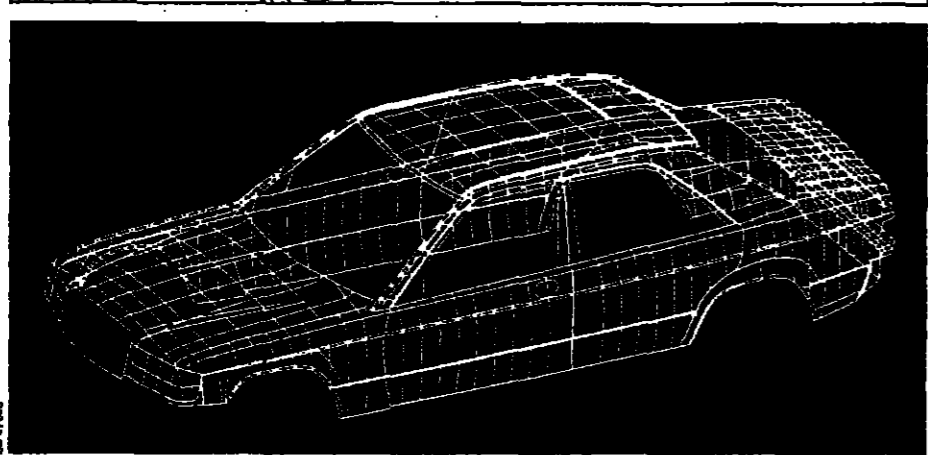
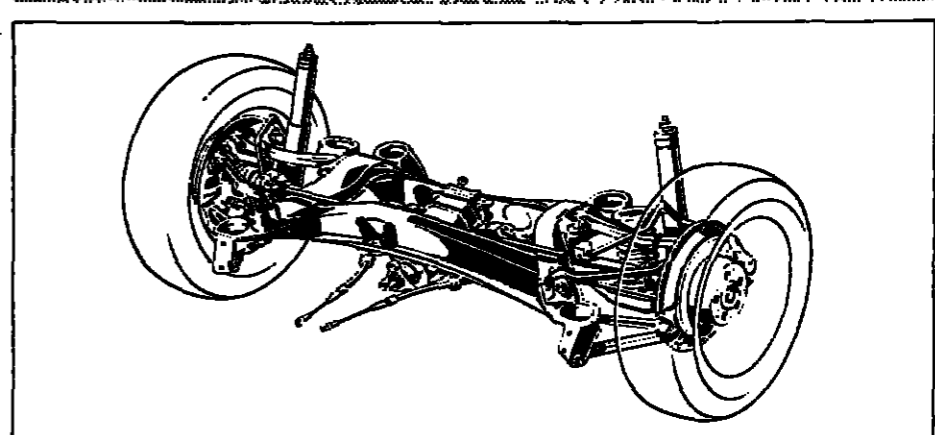
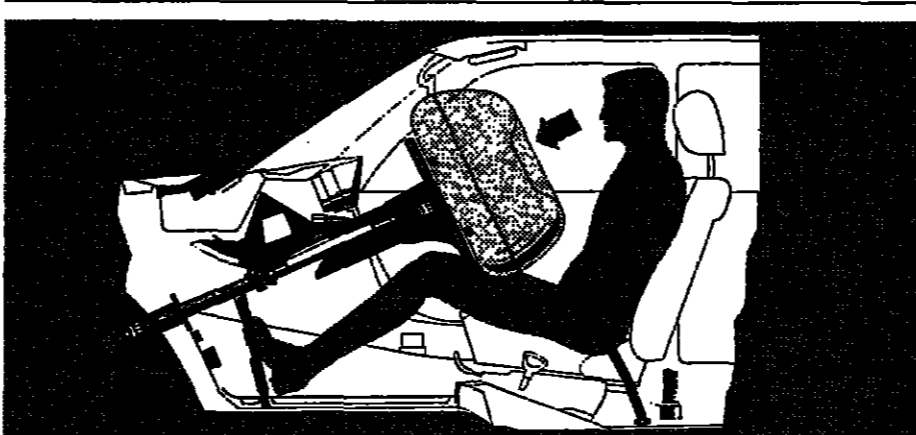
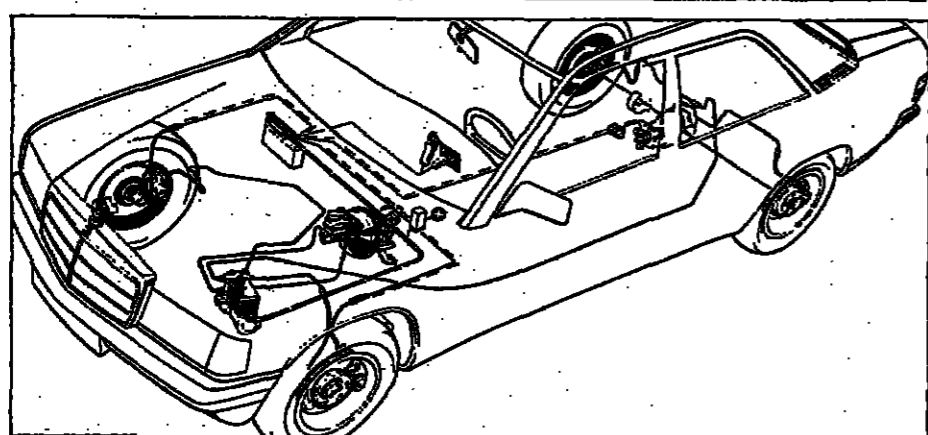
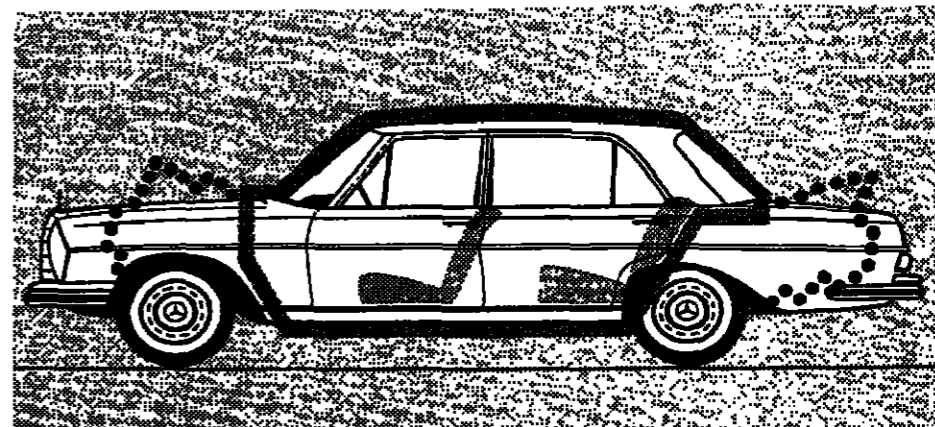
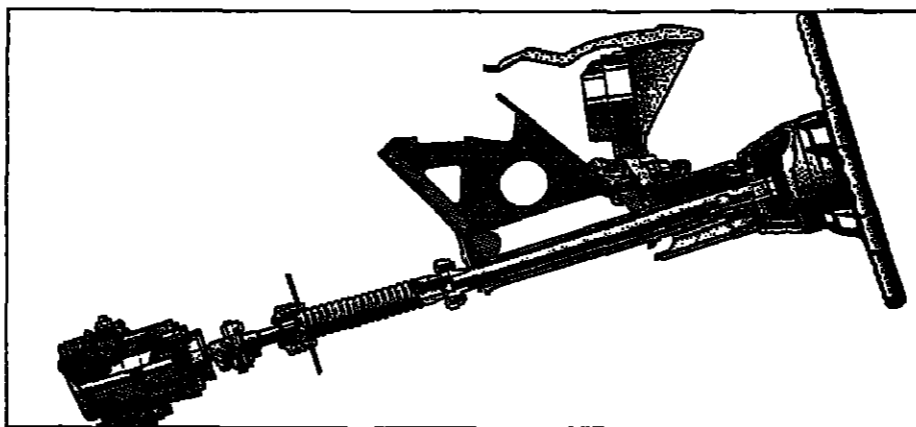
## Auszubildende sollen bessere Chancen erhalten

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Regierungschefs der Länder haben sich gestern darauf verständigt, alles zu tun, um auch in diesem Jahr für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen, damit möglichst alle Lehrstellenbewerber auch einen Ausbildungsplatz erhalten. Insbesondere wollen sie in ihrem eigenen Bereich der öffentlich nach Möglichkeiten zusätzlicher Ausbildungsstellen suchen.

Nach den vorliegenden Schätzungen ist in diesem Jahr mit 715 000 bis 735 000 Lehrstellenbewerbern zu rechnen. Dies sind noch einige Tausend mehr als 1983, und aufgrund der demographischen Entwicklung werden weniger Ausbildungsplätze nach Abschlußprüfungen frei.

Die Vertreter von Bund und Ländern sind sich darüber einig, die Möglichkeiten eines „Ausbildungsverbunds“ mehrerer Firmen zu fördern, deren jeweils einzelnes Angebot für eine anerkannte Berufsausbildung zu schmal wäre. Außerdem unterstützen die Ministerpräsidenten ihren Willen, die Platz-blockierende Mehrfachbewerbung von Lehrstellen-Suchenden besser in den Griff zu bekommen. Eine Entscheidung darüber, ob dies mit Hilfe eines Meldesystem-Systems am besten zu geschehen hat, ist allerdings noch nicht gefallen. Die Berufsausbildung mit Kammerabschluß soll in der Übergangsphase der starken Jahrgänge weiter gefördert und ausgeweitet werden. Darüber hinaus haben sich die Länder verpflichtet, im Bereich der Krankenpflege noch einmal verstärkt nach Ausbildungsmöglichkeiten gerade für die ohnehin benachteiligten Mädchen zu suchen.



# Seit es das Automobil gibt, bemühen wir uns um die Sicherheit.

Als Gottlieb Daimler und Karl Benz vor rund 100 Jahren das erste Automobil bauten, war Sicherheit auch schon ein Thema. Damals stand zunächst die Betriebssicherheit im Vordergrund, aber das Motto von Gottlieb Daimler „Das Beste oder nichts“ galt jedoch auch hier.

Sicherheit hat bei Daimler-Benz also schon eine lange Tradition.

Unsere Ingenieure befaßten sich frühzeitig mit der Entwicklung von Fahrzeug-Details, um die Sicherheit zu erhöhen. Zum Beispiel mit der Einzelaufhängung oder mit der geteilten Lenksäule.

1951 wurde unser Prinzip der Sicherheitskarosserie mit gestaltfester Fahrgastzelle und verformbaren Front- und Heckteilen patentiert.

Und wir waren auch die ersten, die Autos in systematischen Aufprallversuchen zu Schrott fuhren, um dadurch neue Erkenntnisse für noch mehr Sicherheit zu gewinnen.

Sicher ist sicher, sagten wir uns. Und rüsteten

unsere Autos mit Sicherheitsgurten, Scheibenbremsen und vielem mehr aus, was den Ruf der Mercedes-Benz-Fahrzeuge als sichere Autos begründete.

Mit dem Anti-Blockier-System (ABS), der Raumlender-Hinterachse und dem Airbag haben wir auch in jüngster Zeit zukunftsweisende Maßstäbe für die aktive und passive Sicherheit des Automobils gesetzt.

Wir sind stolz darauf, daß wir mit unseren Bemühungen auf dem Gebiet der Sicherheit nicht allein geblieben und andere uns gefolgt sind.

Zur Sicherheit gehört jedoch mehr als ein sicheres Automobil. Sie ist längst zu einem umfassenden Thema geworden und muß das gesamte Verkehrswesen umfassen.

Obwohl sich die Zahl der Kraftfahrzeuge seit 1970 nahezu verdoppelt hat, ist die Zahl der Verkehrstoten seither drastisch zurückgegangen. Auch wenn 1983 eine leichte Erhöhung um 1% zu verzeichnen war, bleibt doch der langfristige Trend rückläufiger Unfallzahlen ungebrochen. Darauf deutet die jüngste

Entwicklung hin.

Trotz zunehmendem Verkehrsaufkommen hat sich die Autobahn als die sicherste Straßenart erwiesen. Dies ist auch ein Erfolg der Richtgeschwindigkeit 130 km/h. Weder Gründe der Sicherheit, noch der Energieeinsparung und des Umweltschutzes können nach heute gesicherten Erkenntnissen eine Abkehr von den heutigen Regelungen rechtfertigen.

Die Sicherheit wird ihre hohe Priorität weiter behalten. Daran wird sich nichts ändern. Daimler-Benz wird seiner Tradition treu bleiben und weiterhin darum bemüht sein, allen Anforderungen, die an das Auto gestellt werden, optimal zu entsprechen.

Aus Anlaß einer Ausstellung haben wir unter dem Titel „Automobil und Sicherheit“ eine ausführliche Broschüre erstellt, die Sie kostenlos bei uns anfordern können:

Daimler-Benz Aktiengesellschaft Öffentlichkeitsarbeit (ÖWV/W-V), Postfach 202, 7000 Stuttgart 60.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft

Sechs Deutsche erzwangen mit einem Hungerstreik in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin die Ausreise. In einer WELT-Serie, die heute beendet wird, schilderten zwei von ihnen die Konflikte vor der Flucht.

## NVA: Befehl ist Befehl – und wenn der Kamerad am Straßenrand verreckt

Die „Nationale Volksarmee“ in der DDR wird auf Angriff gedrillt. Ihr wird ein totales Feindbild über die Bundesrepublik Deutschland aneignet. Das sagte Bernd Macke, der in der NVA gedient hat, gegenüber der WELT. Das Gespräch mit ihm und Jörg Hejkal führten Wilfried Hertz-Eichenrode und Werner Kahl.

WELT: Wenn Sie an Ihre Zeit in der Nationalen Volksarmee zurückdenken, wie sieht man als Rekrut der „DDR“ die Bundesrepublik Deutschland?

Macke: Es wird ein totales Feindbild aufgebaut.

WELT: Wie wird das gemacht?

Macke: Es beginnt mit dem Kürzel „BRD“, das hat mich immer gestört. Wenn ich von Westdeutschland gesprochen habe, meistens sprach ich von der Bundesrepublik, dann wurde ich bloß angeekelt. In der Kompanie gibt es einen Kompaniechef und einen Polit-Stellvertreter, der bei uns ein Oberleutnant war. So ein Mann hat eine ganz einfache Philosophie: Was von der Bundesrepublik kommt, kann gar nicht gut sein. Nehmen wir mal den politischen Unterricht. Der Oberleutnant erzählt irgendeine Situation und dann läuft ein Kriegsspiel ab. Ich sage: Es fällt mir bestimmt schwer, auf Menschen zu schießen; ich weiß nicht, ob ich das könnte. Der Oberleutnant antwortet: Macke, wenn du da liegst und der ballert auf dich, dann ballerst du zurück.

### Eine auf Angriff gedrehte Armee

WELT: Bei welcher Einheit waren Sie?

Macke: Ich war beim Militärtransport, wir fuhren Geschützmunition für diese Stalinorgeln. Im Ernstfall sind immer zwei Mann im Fahrzeug. Beim Kriegsspiel im Unterricht habe ich mal konstruiert: Wir fahren los, mein Kamerad sitzt am Steuer.

Ein Scharfschütze verwundet ihn schwer. Da sagt der Polit-Oberleutnant: Schubs ihn raus, du fährst weiter, du kannst dem jetzt nicht helfen. Ich sage: Ich kann doch meinen Kameraden nicht verbluten lassen, das geht doch nicht! Antwort: Du hast einen Auftrag, du hast den Befehl. Munition nach vorne zu bringen und der Befehl wird ausgeführt. Und wenn der im Straßenrand verreckt. Das hat der Oberleutnant gesagt.

WELT: Zurück zum Feindbild...

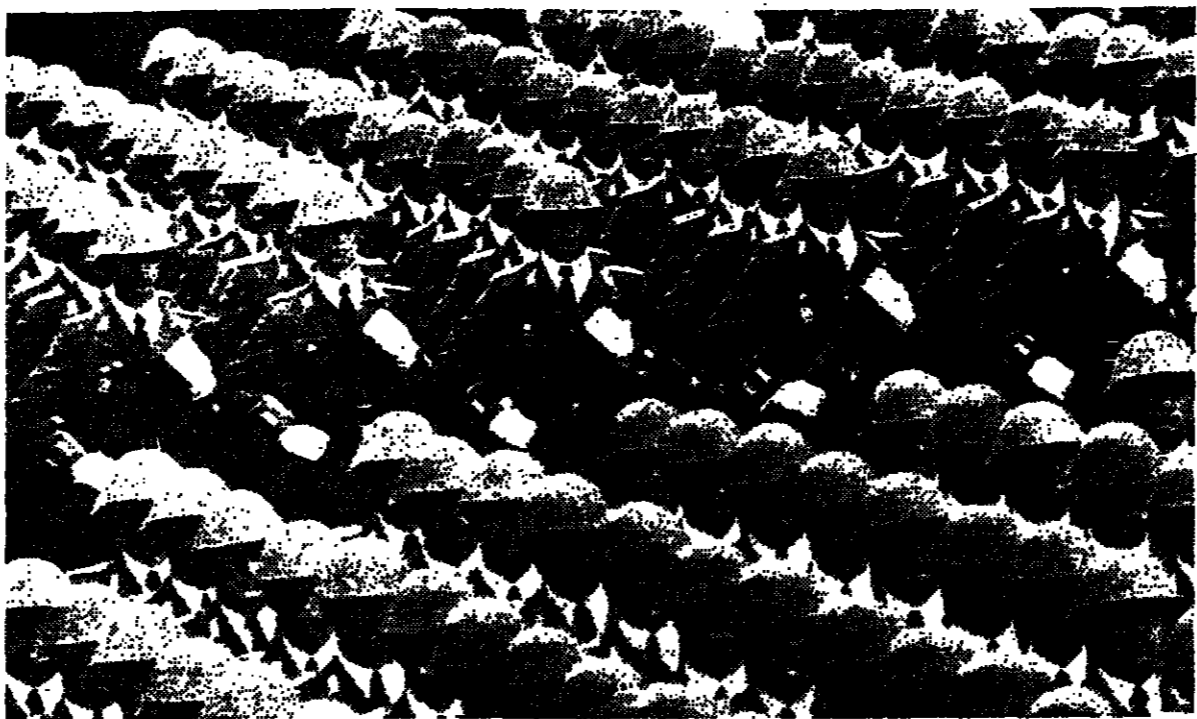
Macke: Das wird tatsächlich aufgebaut. Diese Volksarmee ist keine Verteidigungsarmee, sie ist eine auf Angriff gedrehte Armee. Ich glaube, die Militärmaschine, die ich in der „DDR“ kennengelernt habe, und dazu diese Psychologie, das alles zusammen macht den Soldaten der Nationalen Volksarmee dem der Bundeswehr eindeutig überlegen.

WELT: Unterliegt der NVA-Soldat nicht auch anderen Einflüssen?

Macke: Wenn die Landser nach Hause kommen, wenn sie Urlaub haben, dann gucken die Westfernsehen, die Sportschau zum Beispiel. Das ist normal. Dann denken die Landser: Dies ist ein Land, zwar ein geteiltes, aber es ist trotzdem ein Land. Kame es jedoch wirklich zum Krieg, wäre nicht auszuweichen. Diese NVA hat die Aufgabe, bis Brüssel eine Bresche zu schlagen, und sie wäre in sechs Tagen dort. Der Osten würde schon zehn Minuten, bevor der Westen den Alarm auslöst, zuschlagen.

WELT: Wie äußert sich das in der Ausbildung?

Macke: Im Polit-Unterricht werden oft Filme über den großen vaterländischen Krieg vorgeführt, die den aufopferungsvollen Kampf der Roten Armee zeigen. Das bewirkt nicht viel; denn die Männer schlafen ihren Brummschädel aus, wenn sie am Tag davor Ausgang hatten. Anders ist es, wenn im Unterricht einschlägige Themen behandelt werden. Da hört man zu. Die Soldaten werden mit Noten eingestuft, es gibt einen sozialistischen Wettbewerb auch bei der Ar-



Paradedrill auf dem „DDR“-Kasernehof. Sobald sie nach Hause kommen oder wenn es Urlaub gibt, schalten viele Soldaten das Westfernsehen an: die Sportschau zum Beispiel. FOTO: SVEN SIMON

mee, und wer im Polit-Unterricht nur eine Drei hat, der kann kein militärisches Abzeichen erringen. Für das Bestenabzeichen mußst du mindestens im Polit-Unterricht eine Eins haben. Da muß man wissen: Beikommt du dieses Abzeichen, so steht dir Urlaub zu. So einfach ist das. An solchen sozialistischen Wettbewerben nehmen auch Abiturienten teil, die später studieren wollen.

### Der Vorposten des russischen Bruders

WELT: Kommen da wirkliche Diskussionen zustande?

Macke: Ich kann mich daran erinnern, wie über die Kämpfe zwischen Chinesen und Vietnamesen diskutiert worden ist. Da wurde gesagt, es hätten sich sogar aus der NVA Leute freiwillig zum Einsatz gemeldet, die den Vietnamesen zur Seite stehen wollten.

WELT: Wie hat man es den Freiwilligen erklärt, daß sie nicht nach Vietnam gehen sollten?

Macke: Das wurde einfach militärisch erklärt: Du bist Befehlsempfänger, du hast einen Fahneneid geschworen. Zwar findet man es sehr gut, daß so viel persönliche Engagement dahinter steht. Aber Vietnam ist nicht Aufgabe der NVA, die hat ihre Aufgabe in Richtung Westen. Die „DDR“ sei der Vorposten des russischen Bruders. Für Vietnam sei Moskau viel kompetenter. So wurde darüber gesprochen.

WELT: Glauben Sie aus Ihrer persönlichen Erfahrung heraus, die NVA würde tatsächlich in Richtung Westen marschieren, wenn der Angriffsbefehl käme?

Macke: Die Armee marschiert nicht nur, sie überrollt alles.

WELT: Gleichgültig, ob es den anderen Teil Deutschlands betrifft?

Macke: Das steht dann überhaupt nicht zur Debatte.

Hejkal: Die Frage zielt auf das Na-

tionalbewußtsein. Ja, das ist vorhanden. Aber nationales Denken ist nicht vorhanden. Das kann gar nicht vorhanden sein, weil es von Kindesbeinen an ideologisch raffiniert zerstört wird. Das beginnt ja nicht erst beim Wehrdienst. Das beginnt viel früher, in den Schulen, in der vor-militärischen Ausbildung. Ich selbst war nie beim Wehrdienst, kenne aber Leute, die auch an der innerdeutschen Grenze Wehrdienst geleistet haben. Ich sage, das waren meistens Menschen, die von ihrer Sache total überzeugt sind. Das liegt an System und Methode des Dienstes: die ständige Beeinflussung, regelmäßige Beurteilungen, der verständliche Wunsch, später ein berufliches Fortkommen zu haben.

WELT: Wie war der Kontakt mit den Russen?

Macke: Die waren ja immer nur unsere Waffenbrüder. Die Kontakte sind sehr steril. Da werden militärische Vergleiche veranstaltet. Zum Beispiel tragen eine Sowjet-Staffel und eine Staffel der NVA – je zwei Soldaten, ein Unteroffizier, ein Offizier – einen Wettkampf in der Eskaladierbahn aus: Holz-MP, die schwerer ist als die Kalaschnikow, Schutzmaske, hopp über Querbarrieren, durch einen Tunnel hindurch, über eine Wippe hinweg, an Häuserwänden entlang hangeln, zum Schluß Handgranaten werfen. Maske auf als Schutz vor einem Atomschlag, man bekommt keine Luft mehr und muß im Vollglopp zurückrennen. Das ist die Waffenbrüderschaft. Oder gemeinsamen Kampflieder singen. Bei den Deutschen gibt es eine innere Abwehr gegenüber den Russen. So, wie ich gesagt habe, daß im Falle einer Auseinandersetzung die NVA energischer kämpfen würde als die Bundeswehr, daß sie mit einer engagierten Gegnerschaft kämpfen würde, so haben die NVA-Soldaten auch was gegen die Russen. Die Russen würden sich gerne mit einfachen Leuten unterhalten und Freundschaften haben, aber sie werden nicht ak-

zeptiert. Die Waffenbrüderschaft ist nur gestellt.

WELT: Was weiß man von dem Leben der Sowjetsoldaten in der „DDR“?

Macke: Wenn ein Russe, der in der „DDR“ seinen Armeedienst ableistet – ich glaube, von den drei Jahren Wehrdienst braucht er dann nur zwei Jahre abzuleisten, aber in dieser Zeit kommt er nicht nach Hause – da kommt es vor, daß ihm die Nerven durchgehen. Das ist dann Fahnenflucht in Anführungszeichen. Hart einer ab aus der Russenkasernen, dann wird alles hermetisch abgeriegelt. Der Mann wird gejagt wie ein Hund. Fassen sie ihn, wird er an die Wand gestellt.

### Geschäfte, aber keine Freundschaft

WELT: Das ist ein Gerücht? Macke: Das ist kein Gerücht. Das ist nicht einmal ein Geheimnis.

WELT: Besteht denn die Möglichkeit, daß Deutsche und Sowjet-Soldaten sich freizügig unterhalten?

Macke: Nein. Aber der einfache „DDR“-Mann kann Geschäfte mit den Sowjets machen. Zum Beispiel kann er ein paar Stiefel, Knobelbecher, gegen Wodka verhandeln. So lebt der „DDR“-Soldat noch ganz exzessiv unter den miesen Bedingungen.

WELT: Haben Sie selbst Sowjet-Soldaten in der „DDR“ kennengelernt?

Macke: Kennengelernt, das wäre zu viel gesagt. Aber ich kann ein anderes Beispiel erzählen, ich könnte es mit Namen und Adresse belegen. In Berlin hatte ich eine Arbeitskollegin. Sie hatte einen Freund, der in Moskau studiert hat. Dort lernte er eine Russin kennen. Sie wollten heiraten. Die Frau hat darum kämpfen müssen, daß sie in die „DDR“ ausreisen durfte. Man hat sie in den Behörden angespuckt. Und das nennt sich dann deutsch-sowjetische Freundschaft.

ENDE

## Südafrika sieht sich als Gesellschaft im Wandel

Im Anstand bleibt Apartheid die achte Todsünde der Buren

MANFRED NEUBER, Kapstadt  
Am Sitz des südafrikanischen Parlaments in Kapstadt reißen Handwerker im Auftrag der Regierung buchstäblich Mauern der Apartheid nieder. Bis Anfang September soll das Gebäude auf drei Kammern erweitert werden. Neben den 178 Abgeordneten der weißen Bevölkerung gibt es künftig eigene Vertretungen der Mischlinge und der Indier.

Die Farbigen am Kap und die Asiaten in der Provinz Natal wählen im August ihre Abgeordneten für das neue Parlament der Zweiten Republik, in der eine Präsidialregierung gaullistischen Zuschnitts das bisherige Westminster-System ablösen wird. Von Weiß und Nicht-Weiß verschiebt sich dann die parlamentarische Rassentrennung zu Nicht-Schwarz und Schwarz.

Entsprechend ihrem Anteil an der gesamten Bevölkerung (4,7 Millionen Weiße, 2,7 Millionen Mischlinge, 0,8 Millionen Asiaten) wurde das Kräfteverhältnis dieser drei Gruppen im Parlament auf die Relation von 4:2:1 festgelegt. So wird die Vorherrschaft der Weißen gewahrt, wenn auch ihre Zeit der alleinigen Vertretung endet.

Draußen vor der Tür bleiben die 22 Millionen Schwarzen, die nahezu Dreiviertel der 30 Millionen Einwohner auf dem Gebiet der Republik Südafrika und der vier für unabhängig erklärten Homelands Bophuthatswana, Ciskei, Transkei und Venda ausmachen. Sie sollen ihre politischen Rechte in den Stammesgebieten und in den kommunalen Vertretungen am Rande der städtischen Ballungsgebiete wahrnehmen.

An dieser Ausbürgerung, der mit Zwangsumsiedlungen von Negern nachgeholfen wird, nehmen die Kritiker der neuen Verfassung lautstark Anstoß. „Zu wenig“ und „zu spät“ lautet ihr Lamento. Für nüchterne Beobachter, die Südafrikas historische Entwicklung und den politischen Spielraum der gegenwärtigen Regierung ins Kalkül ziehen, stellt sie einen ersten großen Schritt in Richtung auf ein partnerschaftliches Zusammenleben der verschiedenen Rassen im südlichen Afrika dar.

„Anpassen oder sterben“

„Die Apartheid, so wie sie sich das Ausland vorstellt, gibt es nicht mehr“, versichert der stellvertretende Außenminister Louis Nell. Südafrika sei eine „Gesellschaft im Wandel“. Es finde eine „ordnungsgemäße und friedliche Übertragung von Macht an unsere verschiedenen schwarzen Nationen“ statt. In Zukunft werde jeder Bürger, gleich welcher Rasse und Religion, denselben Rechte in einer sicheren Ordnung sich erfreuen können. Ministerpräsident Pieter Willem Botha, der vor fünf Jahren mit der Losung „Anpassen oder sterben“ die Reformpolitik in Südafrika einleitete, riskierte einen Bruch im Buren-Lager. Was er durch Abspaltungen von der Nationalpartei verlor, ge-

wann er jedoch an Wählern aus den englisch-sprachigen, vordem zur Opposition tendierenden Wählerschichten hinzu. Das Plebiszit für die Verfassungsreform vom vorigen November mit Zweidrittel-Mehrheit hat ihn gestärkt.

Im Sport, im Berufsleben und im Alltag sind in jüngster Zeit so viele Lockerungen der Rassentrennung in Südafrika eingetreten, wie sie vor wenigen Jahren noch für undenkbar gehalten wurden. Verbittert stellen gerade liberale Kreise fest, daß man im Ausland diesen Wandel nicht wahrhaben will, weil Apartheid zum emotionalen Reizwort, zur achten Todsünde der Buren, erklärt worden sei.

„Realität ins Auge sehen“

Obne ein positives Echo von draußen, so argumentieren Befürworter des fortschreitenden Abbaus der Rassenschränken, der aus Furcht vor schwarzer Herrschaft nicht bis zur „selbstmörderischen Aufforderung“ des „One man, one vote“ gehen dürfe, werde es der Premier jedoch sehr schwer haben, die Widerstände gegen seinen Reformkurs in den eigenen Reihen zu überwinden. Die Wechselwirkung von fremder Zurückweisung und selbstgerechter Trotzhaltung ist in Südafrika unverkennbar.

Unmittelbar vor seiner Europa-Reise rief Botha seine Landeute dazu auf, „den Realitäten der Welt ins Auge zu sehen“. Wenn Südafrika nicht „in der Isolierung ersticken solle“, müsse es die „Wagenburg“ verlassen. Scharfe Reaktionen der äußersten Rechten im Lande beweisen, daß der „Broedertwis“, die Spaltung des „Afrikaner Volk“, tief reicht. Mit dem Auftreten der „Volkswag“ (Volks-wacht) formiert sich ein militanter Widerstand.

Diesen Kräften kommen solche Verbesserungen für die Neger wie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in großen Industriebereichen, die Gründung schwarzer Gewerkschaften sowie das Recht, in schwarzen Wohngebieten nunmehr Hauseigentum erwerben und weiterveräußern zu können, wie Hochverrat vor. Der Ministerpräsident hält jedoch mit zunehmender Unterstützung durch die Weißen an seinen „evolutionären Reformen“ fest.

Mehr ökonomische Zwänge als politische Entscheidungen haben zur Lockerung der Apartheid im Wirtschaftsleben geführt. Ohne die Arbeitskraft der sechs Millionen Schwarzen, die in den Industriegebieten benötigt werden, käme die Produktion zum Erliegen.

Nach einer Studie der amerikanischen Carnegie Foundation trägt die südafrikanische Regierung den wirtschaftlichen Erfordernissen im Staatshaushalt 1984/85 mit erhöhten Ansätzen für bessere Schulen und bessere Wohnungen für die Schwarzen in den industriellen Ballungsräumen Rechnung.

Seite 2: Nicht Knall auf Fall

## „Es fehlt das Verständnis für die Lage in Mittelamerika“

WELT-Gespräch mit Staatssekretär Ikle im Pentagon

WERNER THOMAS, Miami  
In den nächsten Tagen fallen in Washington Entscheidungen über die Fortsetzung der unstrittigen CIA-Unterstützung für die gegen die Sandinisten kämpfenden kontrarevolutionären Brigaden. Es geht um 21 Millionen Dollar. Der US-Senat billigte diese Mittel, das Repräsentantenhaus dagegen nicht. Ein Vermittlungsausschuß hat das letzte Wort.

Nicaragua zählt zu den schwierigsten außenpolitischen Problemen dieser Regierung. Fred Ikle, der politische Staatssekretär im Pentagon, sagte in einem WELT-Gespräch: „In der Öffentlichkeit fehlt das Verständnis für die Lage in Mittelamerika. Wir haben Schwierigkeiten, unseren Standpunkt zu erläutern.“ Er macht dafür nicht zuletzt die skeptischen Medien verantwortlich. Eine Gallup-Umfrage ergab, daß nur 39 Prozent der Amerikaner Reagans Mittelamerika-Strategie für richtig halten.

Ikle führt den Mittelamerika-Konflikt auf den „expansiven Charakter der sandinistischen Revolution“ zurück. Er erwähnt in diesem Zusammenhang Managua „mächtigen Militärapparat“ – 95 000 Uniformträger, 3000 kubanische Militärberater –, die Waffenlieferungen an die salvadorianischen Rebellenbewegung Farabundo Martí (FMLN) und deren Kommandozone in Managua. Ikle: „Diese Marxisten wollen ihre Ideologie exportieren. Wir können das nicht zulassen.“

Die Reagan-Regierung begegnet militärischem Druck mit Gegen-druck seit 1981 ein Verhandlungsversuch scheiterte, der von dem damaligen Lateinamerika-Chef des State Department, Enders, eingeleitet worden war. Nicaraguas nördliches Nachbarland Honduras wurde zu einer logistischen Basis ausgebaut. Die CIA erhielt grünes Licht, in Honduras antisandinistische Brigaden (Contras) auszubilden.

Die „Contra“-Aktivitäten sind besonders seit der Vermutung nicaraguanischer Häfen das kontroverseste

Kapitel der Mittelamerika-Politik. Dieses Thema spaltet den Kongreß und ist auch innerhalb der Reagan-Regierung unstrittig. Fred Ikle argumentiert, diese „Freiheitskämpfer“ müßten unterstützt werden, solange die Sandinisten den amerikanischen Wünschen nicht entsprechen. Dies sind: Abbau des Militärapparates, Abzug der kubanischen Militärberater, Einstellung der Hilfe für die salvadorianischen Rebellen sowie eine Garantie der Menschenrechte und des politischen Pluralismus.

Wie es weitergeht mit den „Contras“, wenn der Kongreß die Gelder stoppen sollte, ist unbekannt. FDN-Führer Adolfo Calero meint dazu: „Ich bin zuversichtlich, daß wir diese vom Kongreß verschuldete Krise überstehen und auch in Zukunft Hilfe erhalten.“ Fred Ikle sagt: „Wir können den Kongreß nicht übergehen, wir brauchen ihn.“

Die Verhandlungen mit den Comandantes über Wege der Koexistenz sind so alt wie die sandinistische Revolution, fast fünf Jahre. Sie begannen während der Carter-Ära. Im Oktober 1981 traf der frühere Außenminister Alexander Haig den kubanischen Vizepräsidenten Carlos Rafael Rodríguez in Mexiko-Stadt. Der in der Zwischenzeit zurückgetretene Mittelamerika-Beauftragte Richard Stone besuchte mehrmals Managua. Sein Nachfolger Harry Shlaudeman begleitete vergangene Woche US-Außenminister Shultz.

„Es hat an Kontakten nie gefehlt, wohl aber an der Kompromißbereitschaft der anderen Seite“, meinte Ikle. Die Sandinisten behaupten dagegen, sie würden den salvadorianischen Rebellen nur „moralische Unterstützung“ gewähren. Sie verteidigen ihren Militärapparat mit dem Argument, sie fühlten sich durch die USA und die Contras bedroht. Sie verlangen wiederum das Ende der Contra-Operationen und den Abzug der US-Truppen aus Honduras.

(SAD)

## Europa braucht die Arbeitnehmer.

## Der Arbeitnehmer braucht auch Europa.

Die Hälfte unserer Exporte geht in die Europäische Gemeinschaft. Jeder 6. Arbeitsplatz ist von Europa abhängig. Schon das zeigt, wie wichtig freier Handel und technischer Fortschritt in einem einigen Europa sind:

- Wichtig für Europa.
- Wichtig für die Arbeitnehmer.
- Lebenswichtig für unsere Arbeitsplätze.

Mit Klassenkampf jedoch schaffen wir keine Arbeitsplätze. Wir haben in unserem Land Trümmer und Schutt der Nachkriegszeit nicht mit Streik und Aussperrung weggeräumt, sondern mit Arbeit. Die Sozialisten haben es nie geschafft, Wohlstand und Arbeit zu verbinden.

Mit der Regierung Helmut Kohl kam der Aufschwung unserer Wirtschaft. Der Aufschwung in Deutschland stärkt auch Europa. So muß es weitergehen.

Gehen Sie deshalb am 17. Juni zur Europawahl.

**CDU**



Aufwärts mit Deutschland.  
Mit uns für Europa.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm

## 35 Stunden, voller Lohn – für Italien nicht möglich

WELT-Gespräch mit Gewerkschaftsführer Benvenuto

**FRIEDRICH MEICHNER, Rom**  
„Den deutschen Weg zur Arbeitszeitverkürzung, das heißt die generelle 35 Stundenwoche bei vollem Lohn, halten wir in Italien nicht für machbar. Aber wir halten die Kampagne der deutschen Gewerkschaften für gerechtfertigt.“ Mit dem perfekten Kepp-smiling eines amerikanischen Werbespot-Stars zeigt Giorgio Benvenuto, Generalsekretär der sozialistisch-sozialdemokratisch-republikanischen Unione Italiana del Lavoro (UIL), in einem Gespräch mit der WELT, in diesen Worten zwei Reihen makelloser Zähne.

Der dritte Mann im Triumvirat an der Spitze der italienischen Gewerkschaftsbewegung – neben dem Kommunisten Luciano Lama und dem Christdemokraten nahestehenden Piero Carniti – ist immer verbindlich, alles andere als ein Scharfmacher. Er wagt es durchaus, hin und wieder auch gegen den Strom der vorherrschenden Meinung in der Arbeitnehmererschaft zu schwimmen, selbst wenn er sich dafür auf öffentlichen Veranstaltungen von Radikalklinken auspeifen lassen muß. Ebenso wenig wie sein Auftreten entspricht seine Herkunft den landläufigen Vorstellungen von einem Gewerkschaftsfunktionär: Der 46jährige ist Sohn eines Admirals und hat den juristischen Dokortitel.

Warum hält seine UIL den „deutschen Weg“ in Italien für nicht gangbar? Benvenuto: „In Italien liegen die Dinge anders als in Deutschland. Im Gegensatz zu den deutschen Arbeitern haben die italienischen Arbeiter in den letzten Jahren nicht an Reallohn verloren. Hier hat sich der Reallohn fünf Jahre lang auf dem gleichen Niveau gehalten, teilweise sogar erhöht. Außerdem arbeitet man in Italien sowieso schon weniger als 40 Stunden. Der gesamte öffentliche Dienst hat die 36-Stunden-Woche. Die Metallarbeiter und die chemischen Arbeiter liegen zwischen 35 und 36 Stunden. Allgemein wird die 39 Stundenwoche praktiziert, auch wenn die 40 Stunden noch offiziell als oberste Grenze bestehen.“

Welchen Standpunkt vertritt die UIL unter Umständen für Italien? Benvenuto meint, die Arbeitszeitverkürzung müsse hier „besondere Charakteristika“ aufweisen. „Sie muß sich auf eine gemeinsame An-

strengung des Staates, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gründen. Wir fordern nicht die weitere Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn. Da das Ziel die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen ist, sagen wir, daß die Arbeiter, die in den letzten Jahren im Gegensatz zu den Deutschen ihren Reallohn behauptet haben, auch ein Opfer bringen müssen.“ Dieses Opfer müsse sowohl finanzieller als auch organisatorischer Art sein. Man müsse den Unternehmen eine größere Flexibilität bei der Schichtenteilung garantieren, und mancher Arbeiter müsse vielleicht auch im Turnus am Samstag arbeiten und dafür am Montag frei machen.

„Lassen wir die Maschinen mehr arbeiten! Richten wir mehr Schichten ein!“ Die Unternehmer seien schließlich „keine Wohltäter der Menschheit“. Sie müßten auch auf den Profit sehen und könnten deshalb die Kosten der Arbeitszeitverkürzung nicht allein tragen. Arbeitnehmer und der Staat müßten mithelfen.

Keinen Zweifel läßt Benvenuto daran, daß er die Arbeitszeitverkürzung auf europäischer, ja auf gesamtweltlicher Ebene – USA und Japan eingeschlossen – grundsätzlich für eine unausweichliche Notwendigkeit hält. Seine Argumente: „Bis vor einigen Jahren brauchte man in Italien für die Produktion eines Autos noch 180 Arbeitsstunden. Heute reichen 112. Fiat hat deshalb 50 000 seiner 230 000 Arbeitnehmer entlassen. Es stellt mit der verringerten Belegschaft genau so viele Automobile her wie 1980.“

Der dadurch verursachten Verminderung der Arbeitsplätze entspreche einer erschreckenden Zunahme der Arbeitslosigkeit, vor allem bei der Jugend. „Alle sprechen von der H-Bombe, aber hier haben wir es mit einer J-Bombe zu tun, mit einer Jugend-Bombe, die jederzeit explodieren kann.“ Die Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel, wieder mehr Arbeitsplätze zu schaffen, werde damit zu einer politischen Frage, die die gesamte Gesellschaft angehe. Regierungen und Parlamente müßten sich einschalten – auch auf europäischer Ebene, um zu verhindern, daß Arbeitszeitverkürzungen in einem einzigen Land nicht etwa mehr Arbeitsplätze nur in den anderen Ländern mit unveränderter Arbeitszeit schaffe.

## Michael Foot gibt die Schuld den anderen

Ein Jahr nach der katastrophalen Wahlniederlage von Labour hält der damalige Parteichef Rückschau in einem Buch

**FRITZ WIRTH, London**  
Ein Jahr lang hat Michael Foot geschwiegen. Es war ein vornehmtes, ehrbares, wohlthuendes Schweigen. So jedenfalls schien es. In dieser Woche jedoch durchbrach er diese Stille und legte Gedanken, Nachbetrachtungen und Mutmaßungen über jenen Alptraum vor, der ihn so still gemacht hatte: die Wahlkatastrophe seiner Partei am 9. Juni 1983, die zugleich die schwerste Niederlage war, die je eine britische Partei in den letzten 50 Jahren erlitten hat.

Die Frucht dieses einjährigen Nachdenkens ist so katastrophal wie die geschilderte Niederlage selbst. Es ist das schlimmste und unlesbarste Buch, das dieser Mann, der nicht nur der fraglos beste Redner des Unterhauses, sondern auch der eleganteste Schreiber und meistrespektierte Autor des Parlaments ist, je produziert hat. Eine ungeordnete Anhäufung von Notizen, Zitaten, Zeitungsausschnitten und Schlagzeilen zum Zwecke der Selbstrechtfertigung, die kaum die Ursachen dieser Wahlniederlage bloßlegt, sondern eher die Gewißheit geben, daß Michael Foot, die Hauptperson und das Hauptopfer dieser Katastrophe, dieses Ereignis bis heute nicht bewältigt, begriffen und eingeordnet hat.

Es ist ein schmerzhaftes und zeitweise bedrückend triviales Buch, dessen Titel („Another Heart and other Pulses“, Collins, 220 Seiten, 9,95 Pfund Sterling) von John Keats entlehnt wurde, damit aber kaum anspruchsvoller wird oder gar literarischen Rang erhält. Auf Seite 27 bei-

spielsweise hält es Foot, der zeit seines Lebens ein gestörtes Verhältnis zu britischen Schneider-Innung hatte, für nötig, die Wahl seiner Kleidung bei einer Feierstunde vor dem britischen Kriegerdenkmal in Whitehall zu rechtfertigen, und die restlichen 200 Seiten sind ein ebenso linkischer Versuch, seine politischen Kleider zu ordnen. Der Versuch mißlingt, weil er zu intensiv damit beschäftigt ist, anderen etwas am Zeug zu flicken.

Denn Schuld an dieser Wahlniederlage waren (in dieser Reihenfolge)

### DIE ANALYSE

nach Michael Foot die Medien, die Meinungsforscher und der eine oder andere Brutus in den eigenen Reihen in der Gestalt eines James Callaghan oder Harold Wilson, die mit dem Dolche im Gewande in den Labour-Wahlkampf zogen. Um das zu belegen, behelligt er den Leser mit einer unerträglichen Fülle an Zitaten aus der britischen Boulevardpresse, die im Grunde nur beweisen, was keines Beweises mehr bedarf: daß nämlich Fleet Streets Pop-Blätter die Politik und besonders Wahlkämpfe als ein einziges großes Unterhaltungsspiel begreifen.

Es trifft unbestreitbar zu: Michael Foot und die Labour Party hatten keine freundliche Presse. Fleet Street kann im Umgang mit mutmaßlichen Verlierern gnadenlos und böseartig sein. Mag sein, daß dies das Ausmaß

der Niederlage beeinflusst hat. Dennoch gibt es keinen Zweifel: diese Wahl wurde nicht am 9. Juni verloren, sondern an jenem Tag im Jahr 1980, als Labour mit Michael Foot den falschen Mann zum Parteichef wählte. Hier wurde der geborene Hinterbänkler an die Front geholt und der ewige und brillante Parteirebell zum Beschwichtiger gemacht.

Er mußte eine Partei führen und einigen, die sich in wachsendem Maße den Gewerkschaften ausgeliefert und sich selbst auf einen Egotrip in den schieren Sozialismus begeben hatte, der schließlich die Spaltung und die Bildung der SDP herbeiführte. Diese Partei überforderte nicht nur Michael Foot, sondern auch den britischen Wähler. Das Ergebnis war für Foot tragisch, und sein Buch enthält es: Er sah sich schließlich in eine immerwährende „Catch-22-Situation“ hineinmanövriert. Wie immer er sich entschied, es blieb ihm stets nur die Wahl zwischen zwei schlechten oder gar falschen Entscheidungen. Er war zum unausweichlichen und ewigen Verlierer programmiert.

Das alles ist keineswegs Vergangenheit, obwohl Foot lange die Szene geräumt hat. Die große Frage bleibt: Was hat Labour aus dieser Wahlkatastrophe gelernt? Wie sind die Chancen zu einem politischen Comeback?

Sicher ist: Neil Kinnock allein, der Nachfolger Michael Foots, ist nicht die letzte und entscheidende Antwort auf diese Fragen. Im allein lesbaren letzten Kapitel dieses Buches gibt Foot, der zeit seines Lebens der He-

roid des linken Labour-Flügels war, bemerkenswerte Hinweise. Der Verlust der gemäßigten Linken, die am 9. Juni in Scharen zur SDP und den Liberalen überlief, war der entscheidende Faktor dieser Wahlkatastrophe. Labour muß diesen Wählern wieder ein Terrain bieten, mahnt Foot, und er macht dabei den Marxist Eric Hobsbawm, den neuen Propheten der britischen Linken, zu seinem Kronzeugen.

Es gibt heute in der Labour Party eine verschwindend kleine Minderheit um den Abgeordneten Frank Field, die das Projekt einer neuen „Allianz der Linken“, einer „Notgemeinschaft gegen Margaret Thatcher“ propagieren. Sie ist von Kinnock selbst bereits öffentlich abgeschrieben worden und ist auch sonst unrealistisch. Denn es ist unvorstellbar, daß jene Sozialdemokraten um David Owen und Shirley Williams, die heute noch von Foot und Kinnock als „Verräter“ gebrandmarkt werden, in absehbarer Zukunft mit ihrer alten Partei wieder Frieden schließen.

Die einzige Alternative ist, daß Labour nicht David Owen und Shirley Williams, sondern deren Wähler zurückgewinnt. Voraussetzung dazu ist, daß die Partei wieder hin zur politischen Mitte rückt. Kinnock hat in den letzten Monaten einige vorsichtige Ansätze dazu gezeigt. Insgesamt aber ist seine Strategie zurück zur politischen Glaubwürdigkeit eher noch verschwommen und undurchsichtig. Margaret Thatcher beherrscht nach wie vor die Szene.

## Pattsituation nach Wahl in Grönland

gm. Kopenhagen

Die außerplanmäßige Parlamentswahl in Grönland brachte das erwartete Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der bisherigen Regierungspartei Siutut, die den Sozialdemokraten nahe steht, und der bürgerlichen Oppositionspartei Atassut. Beide erhielten elf Mandate im Landtag, je eines weniger als bisher, während die links-sozialistische Partei Inuit Ataqutit mit drei Sitzen einen hinzugewann. Bei dieser Wahl wurde ein Ausgleichsmandat weniger als 1983 verteilt, weswegen im neuen Inselparlament statt 26 nur 25 Abgeordnete sitzen werden.

Von den rund 31 500 stimmberechtigten Grönländern gingen nur 65 Prozent zur Wahlurne; im April 1983 waren es noch 75 Prozent gewesen.

Die Pattsituation zwischen den beiden größten Parteien wird die Regierungsverhandlungen erschweren. Sowohl der Vorsitzende der Siutut-Partei und bisherige Regierungschef Jonathan Motzfeldt als auch der neue Vorsitzende der Atassut-Partei Otto Steenholdt erheben Anspruch auf den Vorsitz im Landstyre, dem Kabinett.

## Prawda: „Angebot ist eine Täuschung“

rt. Moskau

Die UdSSR hat dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan gestern vorgeworfen, sein Angebot zu Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag in Europa sei nur eine Täuschung, um die Westeuropäer zu beruhigen und seine Wiederwahl im November zu fördern. Reagan habe in seiner Rede im irischen Parlament nur den Eindruck erwecken wollen, seine Regierung sei zu solchen Verhandlungen bereit. In Wirklichkeit wollten die USA über dieses Thema auf der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung (KVAM) gar nicht reden, hieß in einem Artikel der Parteizeitung „Prawda“.

Den Vorschlag Reagans, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen bei einem entsprechenden Vertrag mit der Sowjetunion zu stoppen, bezeichnete die Parteizeitung als „einen weiteren Teil pseudo-friedlicher Rhetorik“.

## Bonn weiter um Sacharow bemüht

dpa, Bonn

Die Bundesregierung will weiterhin auf allen möglichen Wegen versuchen, die Freilassung von Sacharow zu erreichen. Die Bundesregierung ist sich der Wichtigkeit der Sache bewusst, so ein Sprecher im Bundeskanzleramt. Die Bundesregierung ist sich der Wichtigkeit der Sache bewusst, so ein Sprecher im Bundeskanzleramt. Die Bundesregierung ist sich der Wichtigkeit der Sache bewusst, so ein Sprecher im Bundeskanzleramt.

## Friedensgruppe unter Hausarrest

AP, Moskau

Die sowjetischen Behörden haben acht Moskauer Mitglieder der inoffiziellen Friedensgruppe für Vertrauensbildung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten nach Angaben eines Mitglieds unter Hausarrest gestellt. Die acht Personen hätten Unterschriften für eine Petition gesammelt, in der zu einem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen aufgerufen worden sei. Nachdem die acht unter Polizeibewachung gestellt worden seien, hätten sich drei weitere Mitglieder zur Moskauer Staatsanwaltschaft begeben, um sich zu beschweren.

## Regierungschefs fordern Gipfel

rt. AP, Athen

Die Ministerpräsidenten von Griechenland, Schweden und Finnland haben die Sowjetunion und die USA nachdrücklich zu einem „gut vorbereiteten“ Gipfeltreffen über Abrüstung aufgefordert.

In einer gemeinsamen Erklärung von Andreas Papandreu, Olof Palme und Kalevi Sorsa hieß es, um den Stillstand bei den atomaren Abrüstungsverhandlungen zu überwinden, sei ein Gipfeltreffen der Supermächte erforderlich. Es müsse „alles nur mögliche unternommen werden, um aus der Sackgasse herauszukommen“.

## Tod Radovics bleibt mysteriös

dpa, Belgrad

Der mysteriöse Tod des jugoslawischen Dissidenten Radomir Radovic (33), der nach zweimaliger Verhaftung durch die Sicherheitsbehörden am 30. April in seinem Wochenendhaus in der Nähe Belgrads aufgefunden worden war, ist offenbar auch nicht durch den jetzt vorliegenden Obduktionsbericht klarer geworden. Der Anwalt der Familie des Toten bezeichnete den Bericht als „unlogisch“ und „lückenhaft“. Unterdesen ist in Dissidentenkreisen der Verdacht laut geworden, die Sicherheitsbehörden hätten direkt oder indirekt mit dem Tod von Radovic zu tun.

## Die Welt steckt voller Degussa:

Ohne Eiweiß kein Leben, denn Eiweiß ist unentbehrlicher Baustein jeder lebenden Zelle. Und ohne Aminosäuren kein Eiweiß, denn Aminosäuren bauen die Eiweißmoleküle auf.

Eine der lebenswichtigen Aminosäuren ist Methionin. Degussa, einer der größten Methionin-Hersteller, produziert sie in der Bundesrepublik Deutschland, in Belgien und den USA.

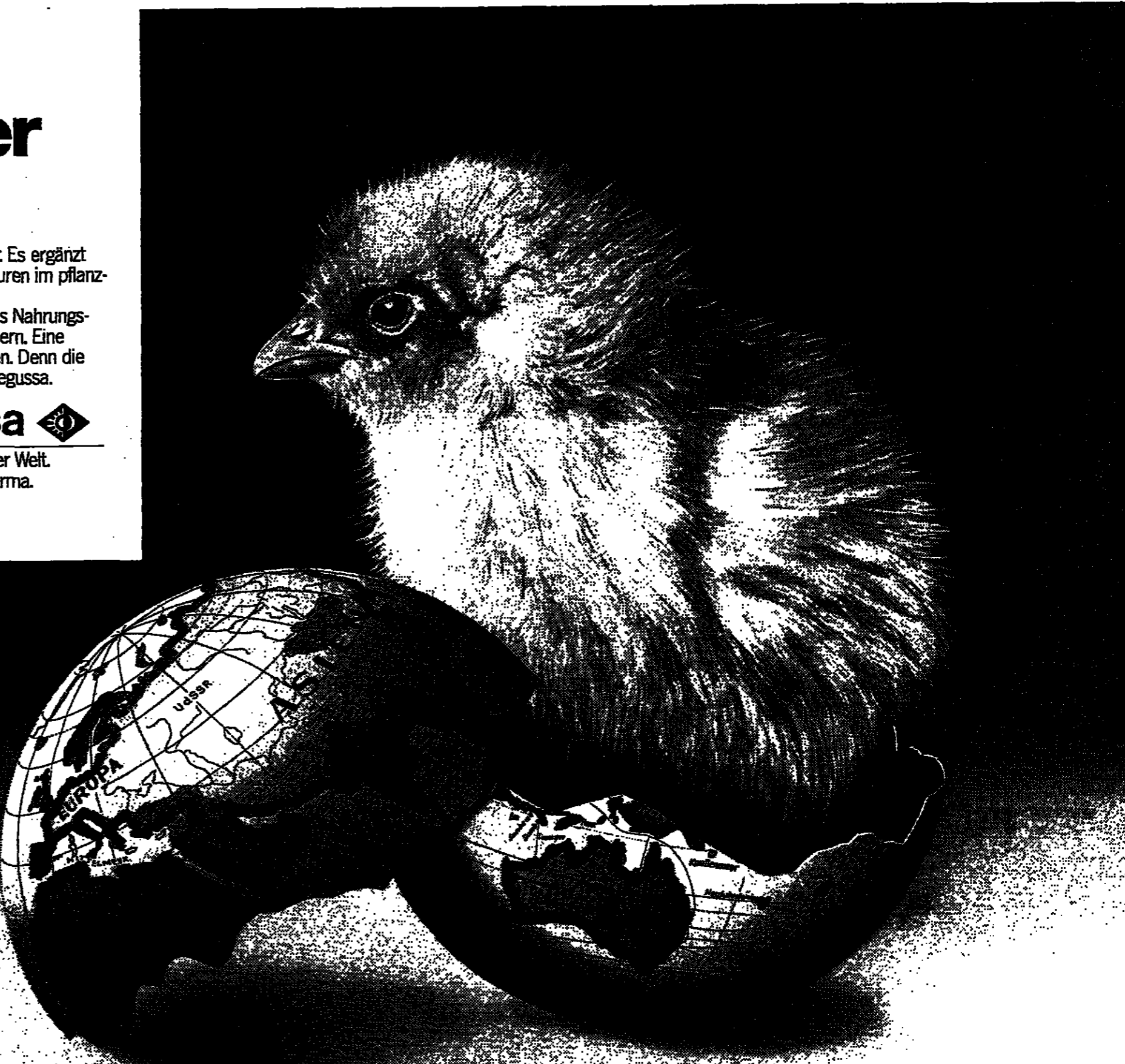
Methionin dient heute überall auf der Welt zur Verbesserung von

Geflügel-Mischfutter. Es ergänzt natürliche Aminosäuren im pflanzlichen Eiweiß.

Degussa hilft, das Nahrungsangebot zu verbessern. Eine Leistung unter vielen. Denn die Welt steckt voller Degussa.

**Degussa**

Degussa, Teil unserer Welt. Metall. Chemie. Pharma.



Union ve  
Haltung i  
erreichende Man  
1975



# HITACHI

Hitachi Sales Europa GmbH, Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80 · Hitachi Sales Warenhandels-Gesellschaft m.b.H., Kreuzgasse 27, 1180 Wien

# Angst der Atomkrieg

Paris: Vor  
der wirtsch  
förderung an Er

LUGA-PAGEN  
 Westliche Senatoren  
 nicht haben, einen  
 der angesehenen  
 des freien Preußen  
 schenken. Die Pre-  
 zision erbringen  
 die Abrechnung  
 ist in der Verla-  
 ge des Hohen-  
 der Menschen-  
 der Geschick-  
 für sich dar-  
 nach ersehen  
 können.  
 eine Laute, das  
 die Colobum in  
 die Jahre lang  
 die Zwangs-  
 in der Staat-  
 nicht denen  
 der revolution-  
 der Staat  
 der Freiheit  
 der Kampf sei  
 der Frank-  
 der Landes-  
 der Pflanz-  
 der gestiftet  
 der die  
 der Geset-  
 der und Ab-

## Union verteidigt Wörners Haltung im Fall Kießling

„Schwerwiegende Mängel“ beim Militärischen Abschirmdienst

PETER PHILIPPS, Bonn  
Mit den erwarteten Differenzen in den politischen Schlussfolgerungen hat der Untersuchungsausschuss Kießling/Wörner gestern nach 36 Sitzungen und mehr als 105 Stunden Beratungen seine Arbeit beendet. Volles Einvernehmen bestand allerdings zwischen Koalition und Opposition in der Tatsachenfeststellung und der Bewertung der Rolle des MAD. Der Ausschussvorsitzende Alfred Biele (CSU) betonte, dass der Abschlussschied einstimmig verabschiedet worden sei. In einer halbtägigen Plenarsitzung werde die Aufklärungsarbeit über die Hintergründe der Entlassung von General Kießling am 28. Juni im Bundestag ihren Abschluss finden.

Der Fall habe, fasste Biele gestern noch einmal zusammen, „mit Wichtigkeit“ begonnen, sich in „Schmal-spurden“ und „Karrieresucht“ einzelner Beamten fortgesetzt und habe in „Zweikämpfen in Ranche-Manier“ geendet. Einige Offiziere hätten auch vor dem Ausschuss ein „schauerhaftes Persönlichkeitsbild“ gezeigt, manches sei „an Peinlichkeiten kaum zu überbieten“ gewesen. Man habe im Ausschuss „schwerwiegende Mängel und Schwächen beim Militärischen Abschirmdienst“ aufgedeckt. Die Empfehlungen des parlamentarischen Gremiums seien „weitgehend deckungsgleich“ mit den Forderungen der Höchsten Kommission.

Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer

Gerhard Jahn erklärte, dass seine Fraktion „niemandem erlauben“ werde, „hinter dem Thema MAD die eigentliche Fragestellung zu verstecken, nämlich die nach der politischen Verantwortung von Bundeskanzler Kohl und Verteidigungsminister Wörner“. Der Kanzler habe zu Beginn der Affäre nicht die erforderliche Sorgfalt aufgewandt und die Rehabilitierung Kießlings grundlos verzögert. Die Tatsachenfeststellungen im Abschlussschied bekräftigten die Rücktrittsforderung gegen Wörner, der „sämtliche Führungsgrundsätze der Bundeswehr aufs grübelste verletzt“ habe. Jahn bekräftigte, dass nach Meinung der SPD eine „gesetzliche Grundlage“ für den MAD dringend erforderlich sei.

Für die Union hat sich nach den Worten des CDU-Abgeordneten Willy Wimmer eindeutig ergeben, dass Verteidigungsminister Wörner „kein Verschulden“ treffe, da er „von führenden Offizieren in klassischer Weise geleitet wurde“. Er habe auch seiner gesetzlichen Pflicht zur Aufklärung des Sachverhalts genügt, ebenso wie Bundeskanzler Kohl sich bemüht habe, jedermann Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Auch Uwe Ronneburger (FDP) sieht trotz „fehlerhaften Handelns“ des Verteidigungsministers „keinen Grund, an der Rücktrittsforderung festzuhalten“. Die FDP respektiere Kessels Entscheidung, das Rücktrittsgesuch nicht anzunehmen.

Seite 2: Wörners Schlussfolgerungen

## Angst der Deutschen vor dem Atomkrieg drastisch gesunken

Internationale Umfrage zeigt wachsenden Optimismus

SUSANNE PLÜCK, Bonn

Die Angst vor einem drohenden Krieg vor Atomwaffen hat sich im vergangenen Halbjahr in der Bundesrepublik Deutschland drastisch vermindert. Wie sich aus einer Untersuchung des Atlantic Institute für International Affairs in Paris ergibt, ist die Zahl derer, die sich von Kriegsgefahr am meisten beunruhigt fühlen, seit dem Herbst 1983 von 28 auf 14 Prozent, also um die Hälfte gesunken. Bei der Furcht vor Atomwaffen hat sich ihre Zahl gar auf ein Drittel vermindert: von 42 auf 15 Prozent. Damit liegt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich vor den USA mit 32 (31) Prozent mit weitem Abstand an der Spitze des Optimismus.

In der im Auftrag einer internationalen Mediengruppe vom Pariser Meinungsforschungsinstitut Louis Harris durchgeführten Umfrage wurden 9000 Personen befragt – außer in der Bundesrepublik in den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und Norwegen. Das Ergebnis lautet, dass die Ängstlichkeit insgesamt in der Bundesrepublik stark abgenommen haben: vor Inflation, Energiekrise, überhöhten Staatsausgaben ebenso wie vor sozialer Ungerechtigkeit, schlechter politischer Führung und unzureichender Verteidigung. Selbst die Angst vor Arbeitslosigkeit, die mit 52 Prozent den Spitzenplatz in der Sorgen-Skala einnimmt, ist von 77 um 25 Prozentpunkte stark gesunken.

Analysieren bringen diese überraschenden Ergebnisse in Verbindung mit dem Abklingen der Raketendeckelung vom vorigen Herbst und sprechen von einer Rückkehr zur Normalität. Es scheint sich ein neuer politischer Konsens quer durch alle Parteien zu bilden, ausgenommen die Grünen. Zwischen Unions- und SPD-Anhängern ergeben sich keine signifikanten Differenzen in der Ein-

schätzung der Sicherheitslage. Die Deutschen, so die Wissenschaftler vom Atlantic Institute, scheinen ihrer Angst überdrüssig zu werden.

Die Umfrage, die seit dem Herbst 1982 viermal im Halbjahresabstand durchgeführt wurde, ergibt jedoch, dass die Deutschen den Hauptgrund für die internationalen Spannungen – nach der sowjetischen Aufrüstung mit 50 Punkten – in der amerikanischen Aufrüstung sehen (41 Prozent). Mit dieser Einschätzung liegen sie im Vergleich mit den anderen Ländern am höchsten, gefolgt von Großbritannien mit 37 Prozent.

Weitere Umfrageergebnisse, die am Donnerstag unter anderem von der „Zeit“ und der „International Herald Tribune“ veröffentlicht wurden, besagen, dass der wirtschaftliche Optimismus außer in den USA (von 33 auf 37 Punkten) nur noch in der Bundesrepublik merklich gestiegen ist. 19 statt bisher 12 Prozent erwarten für die Zukunft, dass es ihnen wirtschaftlich besser geht.

Protektionistische Wirtschaftsmaßnahmen finden inzwischen in der Mehrheit der Länder deutliche Mehrheiten von 65 bis 70 Prozent. Lediglich in der Bundesrepublik und Japan, starken Handelsnationen, liegen sie unter 50, aber immerhin noch bei 40 bzw. 41 Prozent. Im Zweifelsfall für sichere Arbeitsplätze auf Kosten des technischen Fortschritts votierte die Mehrheit in allen Ländern außer Frankreich und Großbritannien (beide nur 46 Prozent). Die Bundesrepublik Deutschland liegt hier mit einer Zweidrittelmehrheit (67 Prozent) vor Japan (63 Prozent) an der Spitze. Die Bevorzugung der Arbeitsplätze zieht sich dabei durch alle Alters- und Berufsgruppen, einzige Ausnahme sind die FDP-Anhänger, die zu 66 Prozent den technischen Fortschritt favorisierten.

## Paris: Vorstoß für Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit

Orientierung an Erhard / Bald Verfassungsartikel?

A. GRAF KAGENECK, Paris  
86 französische Senatoren und Abgeordnete haben einen Gesetzesantrag eingebracht, der die „wirtschaftlichen Freiheiten und Rechte der Franzosen“ in die Präambel der Verfassung einbringen und damit zum Verfassungsartikel machen soll. Zwar ist in den Verfassungen von 1946 und 1958 viel von den Grundfreiheiten, den Menschenrechten und von sozialer Gerechtigkeit die Rede, nicht aber davon, dass auch jeder Franzose nach eigenem Gutdünken wirtschaften kann.

In einem Land, das seit dem großen Planer Colbert im 17. Jahrhundert 300 Jahre lang in einer planwirtschaftlichen Zwangsjacke steckte, und anders als in staatlichem Dirigismus nicht denken lernte, kommt der Vorschlag einer revolutionären Initiative ein. Sein Autor ist William Francois, ein Wirtschaftsrechtler, der in Ludwig Erhard seinen Mentor sieht. Francois kämpft seit drei Jahren um sein Ziel, Frankreich den übrigen westeuropäischen Ländern gleichzusetzen und Planwirtschaft durch Marktwirtschaft zu ersetzen. Der WELT gegenüber tat er seine Hoffnung kund, dass zu den 86 Unterzeichnern des Gesetzesworts bald weitere Senatoren und Abgeordnete hinzu-

stoßen würden und sich nach einem voraussehbaren Ende der augenblicklichen kommunistisch-sozialistischen Koalition eine überzeugende Mehrheit für die Verfassungsänderung ergeben werde.

Francois führt ein einleuchtendes europäisches Argument ins Feld: Solange sich Frankreichs wirtschaftspolitische Doktrin nicht der seines wichtigsten Wirtschaftspartners Bundesrepublik Deutschland angleicht, sind alle europäischen Konstruktions-Kartenhäuser. „Die für die westliche Verteidigung so wichtige deutsch-französische Entente riskiert auf diese Weise immer wieder in einem Engpaß zu enden“, schreibt Francois in einem Brief an die WELT. Diesen Gedanken hat er auch in einem Brief dem deutschen Bundeskanzler Kohl unterbreitet, der als Mitglied des Wirtschaftsrates der CDU im März 1980 einen europäischen Text über die wirtschaftlichen Prinzipien und Rechte unterzeichnete, die für die Ausübung einer bundesstaatlichen Politik geeignet sind. Der Vorschlag Francois und der 86 Unterzeichner übernimmt acht von den zehn Artikeln dieser Erklärung, für die der damalige Wirtschaftsminister Giscard Rene Monory verantwortlich war.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Invasion, Normandie 1944

„Friedlich im Nebel“: WELT vom 1. Juni

Ich glaube meinen Augen nicht zu trauen, als ich in der WELT die Erinnerungen Adalbert Bärwolfs an den 6. Juni 1944, also an den Invasionsbeginn, las. Konnte das wahr sein? Einmal keine Lohndeleiten auf die Alliierten? Einmal keine Herabsetzungen der deutschen Wehrmacht? Einmal die wahre Stimme des deutschen Frontsoldaten? „Wir sind bereit, unser Leben für die Fahne zu geben, auf die wir den Eid geschworen haben.“ Trümele! Ich schrieb das tatsächlich einer im Jahre 1984? Oder war es wieder 1944, damals, an der Invasionsfront, im Raum Caen, als ich in meinem Schwimmwagen miterlebte, wie 18jährige Grenadiere der Hitlerjugenddivision mit dem Deutschlandlied auf den Lippen in das Trommelfeuer der alliierten Schiffsartillerie gingen?

Und dann, in derselben Ausgabe, die Nachricht, daß „Prawda“ und Tass behauptet haben, die Sowjetunion wäre durchaus allein in der Lage gewesen, die deutsche Wehrmacht zu besiegen! Auch dazu kann ich aus eigenem Erleben (bis Mitte März 1944 kämpfte ich an der Ostfront) und als Militärgeschichtler etwas sagen: Zwei Jahre lang, von Herbst 1941 bis Herbst 1943, standen etwa 75 Prozent des deutschen Heeres an der Ostfront, bewegte sich das Zahlenverhältnis der Gefechtsstärke fast gleichbleibend bei 3:10 zwischen Deutschen und Sowjets. (Zwei Beispiele: Zu Beginn der ersten Winterabwehrschlacht, Anfang Dezember 1941, betrug die beiderseitige Gefechtsstärke ca. 750 000 Deutsche zu ca. 2 1/2 Millionen Sowjets. Und in der Panzerschlacht bei Kursk im Juli 1943, trafen etwa 450 000 Deutsche gegen etwa 1 1/2 Millionen Sowjets an.) Bis dahin hatten die Deutschen ca. 3 1/2 Millionen Gefangene gemacht, die Sowjets ca. 175 000. Ende September 1943 stand die Front ziemlich genau dort, wo sie auch Ende September 1941 gestanden hatte: auf der Linie Leningrad – Smolensk – Dnepropetrowsk. In diesen beiden Jahren waren die deutschen Soldaten bei einer Unterlegenheit von 3:10 den Sowjets mindestens ebenbürtig gewesen.

Ab Oktober 1943 begann der Abfluß deutscher Verbände nach Westen, um eine operative Reserve für die erwartete westalliierte Invasion bereitzustellen. Nach einem guten halben Jahr, im Mai 1944, standen nur noch 53 Prozent des deutschen Heeres an der Ostfront! Die Gefechtsstärke hatte sich auf 2:10 zu Ungunsten der Deutschen reduziert. (An der gesamten Ostfront standen noch 20 ausgebrannte Panzerverbände, während allein in Frankreich 12 frisch aufgefüllte Panzerverbände, die die Hälfte der Divisionen der Waffen-SS und 2 Fallschirmjägerdivisionen stationiert waren.) Dann erst – aber auch dann erst, im Sommer 1944 – war selbst die deutsche Wehrmacht, die

man als die kühnste und intelligenteste Truppe der Welt bezeichnen darf, an der Ostfront der sowjetischen Übermacht nicht mehr gewachsen.

Dr. Wolfgang Venohr, München

Sehr geehrter Herr Bärwolf,  
Ihr Artikel in der WELT über Ihre Aufklärungsflüge an der Invasionsfront hat mir unversehens die 3. NAG 13 ins Gedächtnis zurückgerufen. Jeder Ihrer Sätze erinnerte mich an meine Aufklärungsflüge, die ich im Juli 44 von Angers aus im Rahmen der 3. NAG 13 an der Invasionsfront startete. Diese Flüge wurden noch von fliegerischem Einsatzwillen getragen, sie waren aber angesichts der gegnerischen Luftüberlegenheit immer stärker mit dem beklemmenden Gefühl der Hilf- und Ergebnislosigkeit verbunden.

Herzlichen Dank für Ihren einfühlsamen und begeisterten Artikel!

Mit freundlichen Grüßen  
Gerhard Dickenbrock, Lüneburg

Der Leserbriefautor war Staffelführer des Verfassers. Die Redaktion.

### Keine Sympathien

Ein Teil der insgesamt nur 180 000 in der IG Druck + Papier organisierten Drucker mit tariflichem Sonderstatus wie Spitzenlöhne, gesichertem Arbeitsplatz, Altersversorgung, Urlaubsdauer usw. terrorisiert seit Wochen die Leserschaft ihrer Zeitungen bundesweit mit ausgeklügelten, punktuellen Streiks zur Durchsetzung der 33-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, obgleich ihr von seiten ihrer Arbeitgeber ein großzügiges Angebot vorliegt. Eine Änderung aber der 40-Stunden-Wochenarbeitszeit wird, weil sie schlimme Folgen für unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung haben würde, abgelehnt.

Diese Streik-Periode mit Ausfällen der Tageszeitungen und Notausgaben bringt den Streikenden, wie es immer

### Wort des Tages

„Arbeiten und schaffen soll jeder nach seiner Art, denn darin liegt sein Heil; bauen soll er in sich und außer sich, und was ihm in der Seele, was ihm im Umkreis seines Seins von gegenwärtigen Kräften zerstört wurde, das soll er immer wieder von neuem geduldig aufbauen, denn darin liegt sein Glück.“

Wilhelm Raabe; dt. Schriftsteller (1831 – 1910)

deutlicher wird, keine Sympathien. Im Gegenteil – sie hat eine positive Wirkung, denn sie zeigt der breiten Leserschaft, daß der verkürzte Inhalt der Zeitungen ausreicht, um ggfs. unter Hinzunahme der Tagesschau informiert zu sein – mit Ausnahme des wirtschaftlich notwendigen Anzeigenteils.

Allerdings wird der Vorsitzende der IG Druck + Papier, Herr Ferlemann – über dessen Parteizugehörigkeit klare Angaben fehlen – nicht zur Ruhe kommen. Er wartet auf das Buch, das noch geschrieben wird, in dem der riesige Schaden der Öffentlichkeit aufgezählt wird, den „sein Streik“ verursacht hat mit seinen wirtschaftlichen Folgen für jedermann.

Walter Radtke, Hamburg 52

### Wie qualifiziert?

Sehr geehrte Damen und Herren, die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate haben ein beunruhigendes Ausmaß an Fehlleistungen unserer maßgeblichen Politiker zutage treten lassen. Dies läßt die Frage immer dringlicher werden: Wie qualifiziert sind eigentlich diejenigen, die sich bei uns hauptsächlich um das Gemeinwohl kümmern?

Zum Teil reichen diese Fehlleistungen weit in die Vergangenheit zurück. Dies gilt insbesondere für die Art und Weise, in der die Parteien über viele Jahre hinweg ihre Finanzierungsprobleme lösen zu können glaubten. Kaum weniger dilettantisch war der von einigen in den Regierungsparteien inszenierte Versuch, einen Schlußstrich unter diese Vergangenheit zu ziehen. So sehr juristische und moralische Gründe für eine Bereinigung gesprochen haben mögen, so groß war die Fehleinschätzung der Stimmungslage in der Öffentlichkeit und selbst bei der eigenen Parteibasis. Es mußte auch für jedermann voraussehbar sein, daß man in das – mit Heuchelei geschärfte – Messer der großen Oppositionspartei laufen würde. Alarmierende Qualifikationsmängel zeigen auch die Behandlung von Personalaffären à la Kießling und das Hicback der steuerpolitischen Diskussion.

Niemand kann sich mit dem Gedanken trösten, daß es ja personell und politisch die demokratische Alternative gibt. Das Maß von Verantwortungslosigkeit, das die SPD zu erkennen gibt, indem sie aus taktischen Gründen die zerstörerische und gemeinwolschädigende Politik eines Teils der Gewerkschaften vorbehaltlos unterstützt, ist das erschreckendste Phänomen dieser Tage.

Wo ist eigentlich die politische Elite, die unser Land durchaus hervorbringen könnte und die es so nötig bräuhete?

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. K. Neundörfer, Bad Homburg

## Personalien

### AUSZEICHNUNGEN

Heute wird den beiden in New York lebenden Wissenschaftlern Professor Dr. Hans Jonas und Professor Dr. Fritz Stern der Dr.-Leo-pold-Lucas-Preis für das Jahr 1984 verliehen. Die mit 30 000 Mark dotierte Auszeichnung wird alljährlich von der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen an Persönlichkeiten vergeben, die sich mit ihrem wissenschaftlichen Werk um die Verbreitung des Toleranzgedankens besonders verdient gemacht haben. Hans Jonas erhält den Preis in Würdigung seiner religionsphilosophischen und anthropologischen Forschungen, insbesondere seiner grundlegenden Werke „Gnosis und spätantiker Geist“ und „Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation“. Jonas, 1903 in Mönchengladbach geboren, emigrierte 1933 nach England, siedelte 1935 nach Palästina über und lebt seit 1949 in den USA. Von 1955 bis zu seiner Emeritierung wirkte er als Professor für Philosophie an der New School for Social Research in New York. Fritz Stern wurde der Preis für seine grundlegenden Untersuchungen zur neueren deutschen Geschichte, insbesondere seines großen Werkes „Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder“ zuerkannt. Stern, 1926 in Breslau geboren, ging 1938 mit seinen Eltern in die USA. Er lehrte als Professor für Geschichte an der Columbia University in New York. Seit 1966 nimmt er gleichzeitig eine ständige Gastprofessur an der Universität Konstanz wahr.

Professor Charlotte Auerbach ist die erste Preisträgerin des von der Gesellschaft für Genetik gestifteten Gregor-Mendel-Preises. Die mit 15 000 Mark dotierte Auszeichnung wurde ihr für „hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Genetik“ während der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für Genetik in Heidelberg übergeben. Der Preis ist nach dem Begründer der Vererbungslehre, Gregor Mendel, benannt, der vor 100 Jahren an seiner Wirkungsstätte Brunn gestorben ist. Der durch den Preis geehrten, aus Krefeld stammenden 88jährigen Wissenschaftlerin war als erster der Nachweis gelungen, daß die Vererbung steuernden Gene durch chemische Stoffe ebenso verändert werden können wie durch Röntgenstrahlen. Schwerpunkt ihrer Forschungen war und ist die chemische Mutation.

Der Buchpreis 1984 des Deutschen Verbandes Evangelischer Bibeleren (DVEB) ist in Bethel der an der Universität Hannover tätigen Erziehungswissenschaftlerin Erika Schenhardt (43) für ihre Untersuchung „Warum gerade ich? Behinderung und Glaube“ übergeben worden. Die Autorin, seit 1972 Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), setzt sich

in diesen „Pädagogischen Schritten mit Betroffenen und Begleitenden“ mit der Problematik der Annahme der Behinderung durch den Betroffenen ebenso wie durch die Umwelt auseinander.

Der Meeresbiologe Otto Kinne erhält den mit 10 000 Mark dotierten Wissenschaftspreis der Deutschen Zoologischen Gesellschaft. Kinne wurde diese Auszeichnung für außerordentliche wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Meeresökologie zuerkannt. Kinne ist Direktor der Biologischen Bundesanstalt für Meeresbiologie auf Helgoland.

### ERNENNUNGEN

Neuer deutscher Botschafter in Ghana wird Wolfdietrich Vogel, seit 1980 stellvertretender Referatsleiter in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Der Berliner, Jahrgang 1936, Jurist, gehört dem AA seit 1965 an. Er war von 1978 bis 1980 Botschafter in Burundi.

Der Leiter der Presseabteilung der baden-württembergischen Landesvertretung in Bonn, Hartwig Stahl, ist vom Leitenden Ministerialrat zum Ministerialdirigenten befördert worden. Der 1931 in Berlin Geborene ist im Schwabenland aufgewachsen und hat in Tübingen Jura studiert. Bei der Landesvertretung in Bonn ist er seit 1967 tätig. Von 1964 bis 1967 war er im Innenministerium von Baden-Württemberg, davor am Landratsamt Schwäbisch-Gmünd und im Regierungspräsidium Tübingen.

### VERANSTALTUNGEN

Zum 175. Geburtstag des Vaters des Struwwelpeters, Dr. Heinrich Hoffmann, veranstaltet das Struwwelpeter-Museum in Frankfurt am Main am kommenden Mittwoch ein großes Kuchenessen. Damit soll an den Kuchen in Hoffmanns Bilderbüchern „Prinz Grünwald und Perlenfäule mit ihrem lieben Eiselein“ erinnert werden, das im Herbst beim Insel-Verlag in Frankfurt am Main erscheint.

In Frankfurt am Main ist das erste Deutsche Architekturmuseum von Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann eröffnet worden. Der Direktor des Museums ist Professor Dr. Heinrich Klotz. Architekt des Projektes war Professor Oswald Mathias Ungers. Das Architekturmuseum ist einer der ersten Museumsbauten am Frankfurter Museumsufer, dem Schaumainkai. Es steht in unmittelbarer Nachbarschaft des ersten Deutschen Filmtheaters, welches von dem Architekten Bofinger u. Partner konzipiert wurde und ebenfalls in diesen Tagen seine Pforten zum erstenmal öffnet. Seit gestern findet im Architekturmuseum die 73. Delegiertenversammlung des Bundes Deutscher Architekten statt.

## Was man über gesunde Ernährung wissen muß.

Wie soll man heute gesund leben, wie soll man sich vernünftig ernähren? (1)

Immer mehr Menschen suchen eine ausgewogene Antwort auf die Frage nach einer gesunden, natürlichen Lebensweise und stellen fest, daß es zu diesem Thema eine Vielzahl von „Rezepten“ gibt, von Informationen und Meinungen, die sich oft widersprechen.

Immer mehr wächst daher die Einsicht, daß es keine „Patentlösung“ gibt, wohl aber gesicherte Erfahrungen, die jeder auf seine individuellen Bedürfnisse und Probleme anwenden muß.

### Hier ein Beispiel

Was macht dick? Kein Zweifel, es ist das Übermaß, die allzu üppige Ernährung, die Addition der Kalorien, die zu einem Übergewicht führen kann – nicht aber der Zucker. Zucker hat als Kohlenhydrat mit 4 Kalorien pro Gramm genauso viel Kalorien wie Eiweiß und weitaus weniger als Fett mit 9 und Alkohol mit 7 Kalorien pro Gramm.

Dick wird man nur, wenn die gesamte Energiezufuhr zu hoch ist, also den individuellen leistungsabhängigen Bedarf übersteigt.

### Zucker gehört dazu

Zucker wird in der Regel nicht pur verzehrt, sondern als Zutat vielfältiger Lebens- und Genußmittel.

Bei normaler Ernährung hält sich daher auch der Zuckerverbrauch im Rahmen.

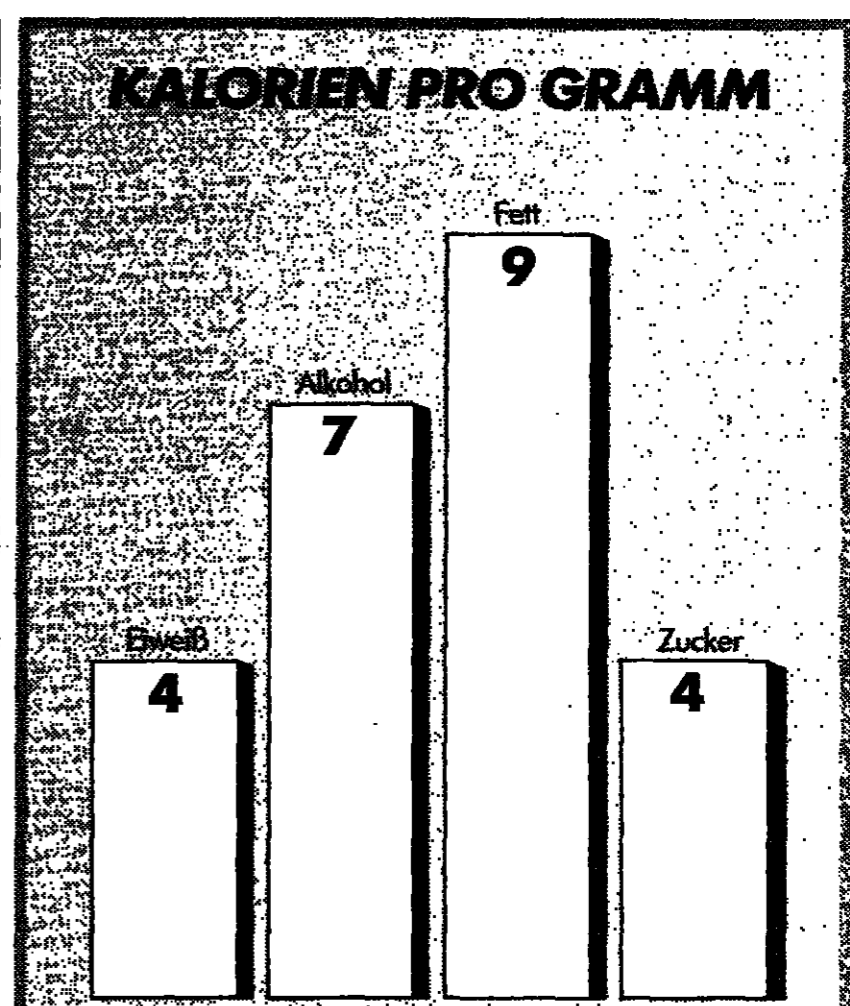
Nach einem Bericht der „Deutschen Gesellschaft für Ernährung“ beträgt der durchschnittliche Kalorienverbrauch in der Bundesrepublik ca. 2.600 Kalorien pro Kopf und Tag – dagegen hat ein Würfel Zucker, z.B. für die Tasse Tee oder Kaffee, nur 12 Kalorien!

### Mit dem Know-how der Natur

Zucker wird bei uns aus Zuckerrüben gewonnen und ist daher ein wertvolles Produkt natürlichen Ursprungs. Zucker ist heute ein unentbehrliches Grundnahrungsmittel.

### Zucker gehört zum guten Geschmack

Vieles wird durch Zucker erst genießbar, und wo bliebe der gute Geschmack ohne diese süße Selbstverständlichkeit. Für vieles, was das Leben süß macht, ist Zucker einfach



unverzichtbar! Der Mensch braucht Zucker.

Wenn Sie mehr über Zucker und Ernährung wissen möchten, schicken wir Ihnen gern und kosten-

los die Broschüre „Frage und Antwort zum Zucker“.

Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V., Postfach 2545, 5300 Bonn 1.

## Im entscheidenden Punkt bleibt die IG Metall bei Maximalforderung

Arbeitgeber enttäuscht über Vorschläge der Gewerkschaft: „Kostenrechnungen sind falsch“

GÜNTHER BADING, Stuttgart  
Mit drei „Lösungsvorschlägen“ in ebenso vielen Tagen hat die IG Metall in den Pilotverhandlungen der Metallindustrie Nord-Württemberg/Nord-Badens die auch in der vierten Streikwoche unveränderte gezielte Ablehnungsfreudigkeit der Arbeitgeber gegen die 35-Stunden-Woche zu erschüttern versucht. Zwar wurde der Streikplan der Gewerkschaft zur Einführung der Wochenarbeitszeitverkürzung immer wieder variiert, im entscheidenden Punkt aber beharrt die IG Metall auf ihrer Maximalforderung: Sie will eine generelle Arbeitszeitverkürzung.

Den Vorschlag der Arbeitgeber, der immerhin die 38-Stunden-Woche für alle Schichtarbeiter vorsieht, lehnt sie rundweg ab. Ihr Motto: Keine partiellen Lösungen. In den Genuss des Arbeitgebervorschlages können immerhin mehr als 850 000 Arbeitnehmer in der Metallindustrie. Rechnet man die angebotene Vorrheinstandregelung für die älteren Arbeitnehmer hinzu, so würde eine Arbeitszeitverkürzung für etwa eine Million Arbeitnehmer erreicht.

Der jüngste, variierte Streikplan der IG Metall, der gestern vorgelegt wurde, sieht beim Lohn zwei und bei der Arbeitszeit drei Stufen vor. Die Einkommen sollen erhöht werden:

- ab 1. Juli 1984 um 3,3 Prozent,
- ab 1. Februar 1985 um 2,7 Prozent.

### Laufzeit bis Ende 1985

Die Metallarbeitgeber hatten sogar angeboten, die Lohn- und Gehaltserhöhung schon ab Juni 1984 wirksam werden zu lassen. Der Lohnstarifvertrag soll nach Gewerkschaftsvorschlag eine Laufzeit bis zum 31.12.1985 haben.

Die Arbeitszeitverkürzung will die IG Metall erreichen durch:

- Verkürzung um zwei auf 38 Stunden ab 1. Januar 1985 und
- weitere Verkürzung um eine Stunde auf 37 Wochenstunden ab 1. Januar 1986. Die Kostenwirkung im Jahre 1986 soll in der Lohnrunde jenes Jahres angerechnet werden.

Da die IG Metall nach wie vor auf dem Endziel der 35-Stunden-Woche beharrt, will sie das in den folgenden Jahren verwirklichen. Hier allerdings

schränkte sie gestern in dem vom Stuttgarter Bezirksleiter Ernst Eisenmann vorgelegten Plan frühere Forderungen etwas ein.

Die weitere Reduzierung der Wochenarbeitszeit soll nicht automatisch erfolgen, da „die Arbeitsmarktentwicklung vom Jahr 1987 an von den Tarifpartnern unterschiedlich eingeschätzt wird“. Die IG Metall schlägt statt dessen vor, 1987 „verkürzungsfrei“ zu halten. Stichtag für die Entscheidung über weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit soll der 31. Dezember 1987 sein.

Wenn die Zahl der bei der Bundesanstalt für Arbeit zu diesem Zeitpunkt registrierten Arbeitslosen unter 500 000 gesunken sei, solle, so bliebe es bei der 37-Stunden-Woche. Sei das nicht der Fall, so solle die Wochenarbeitszeit am 1. Januar 1988 und 1989 jeweils wiederum um eine Stunde auf dann 35 Stunden pro Woche gesenkt werden.

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, reagierte empört auf diesen „dämlichen Trick“. Er wies darauf hin, daß selbst in Zeiten der Vollbeschäftigung noch rund eine halbe Million Arbeitssuchende registriert worden seien. Die IG Metall habe sich „in Wahrheit nicht bewegt“, sagte er gegenüber der WELT. Er hätte sich mehr von der Nachsicht des IG-Metall-Vorstandes erwartet, in der dieser dritte „Lösungsvorschlag“ von Mittwoch zu Donnerstag ausgearbeitet worden war.

Die IG Metall hatte auf das Arbeitgeberangebot – das 3,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt ab 1. Juni 1984, eine Vorrheinstandregelung für ältere Arbeitnehmer ab 58 Jahren und die 38-Stunden-Woche für alle Wechsel- und Nachtschichtarbeiter bei gleichzeitiger Flexibilisierung der Arbeitszeit vorsieht – zunächst einen ersten eigenen Stufenplan vorgelegt, als am Dienstag die Verhandlungen für das Tarifgebiet Nord-Württemberg/Nord-Baden wiederaufgenommen wurden.

Dieser sah beim Lohn so aus wie die jetzt diskutierte dritte Fassung: Erhöhung um 3,3 Prozent ab Juli 1984 bei einer Vertragslaufzeit bis Ende 1985. Die Wochenarbeitszeit sollte in

einem ersten Schritt um eine Stunde schon ab Oktober dieses Jahres auf 39 Wochenstunden verkürzt werden. Der zweite Schritt – zwei Stunden auf 37 Wochenstunden – sollte schon am 1. Januar 1985 getan werden. Jeweils am 1. Januar der Folgejahre sollte die Arbeitszeit dann um immer eine Stunde verkürzt werden, bis zum Erreichen der 35-Stunden-Woche am 1. Januar 1987.

### Modifiziertes Konzept

Da dieses Konzept auf die Ablehnung der Arbeitgeber stoßen mußte, modifizierte die IG Metall ihren Vorschlag am Mittwoch. Sie schlug nun vor, den Einstieg mit einer Stunde Arbeitszeitverkürzung vom Oktober an ans Ende der Stufenleiter zu setzen, also mit einer Zwei-Stunden-Reduzierung am 1. Januar kommenden Jahres zu beginnen und die 35-Stunden-Woche dann erst 1988 zu erreichen.

Auf Arbeitgeberseite erklärte Verhandlungsführer Hans Peter Stühl zu dem neuerlichen Vorschlag, es sei nicht wegzudeuten, daß die Gewerkschaft „unverändert an ihrer Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich festhält“. Auch seien die von der IG Metall angestellten Kostenrechnungen darüber falsch. Diese Kosten beliefen sich nicht auf 8,5 Prozent in zwei Jahren, sondern auf volle 13 Prozent. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner: „So etwas kann man nur ablehnen.“

Die IG Metall will die Krankenversicherungskosten ihrer „kalt ausgesparten“ Mitglieder für die Dauer der Aussperrung übernehmen. Die Gewerkschaft habe die Betroffenen aufgefordert, sich und ihre Familien bei den zuständigen Krankenkassen weiter zu versichern, teilte der Hauptkassierer der IG Metall, Norbert Fischer, gestern mit.

Diese Maßnahme sei erforderlich geworden, nachdem die Bundesanstalt für Arbeit entschieden hatte, in der aktuellen Tarifauseinandersetzung im Falle von Produktionsstilllegungen in den nicht direkt von den Tarifauseinandersetzungen betroffenen Gebieten kein Kurzarbeitergeld zu zahlen.

## Metall: Die Schlichtung rückt näher

Fortsetzung von Seite 1

Flexibilisierung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Einführung der 38-Stunden-Woche für alle Schichtarbeiter annähern würde, so sei das „materielle Opfer“ durch den zusätzlichen Lohn und die angebotene Tarifierung für alle Arbeitnehmer ab 58 Jahren so hoch, daß kein Arbeitgeber von einem echten „Erfolg“ in dieser Tarifauseinandersetzung sprechen könne. Auf die Möglichkeit einer Schlichtung angesprochen erklärte Kirchner, nach wie vor lehne Gesamtmetall und auch die IG Metall das Eingreifen eines politischen Schlichters ab. Die Schlichtungsvereinbarung zwischen beiden Tarifparteien sieht allerdings die Möglichkeit vor, während Streiks und Aussperrungen zwei „besondere Schlichter“ zu benennen. Diese Verhandlungen würden dann zentral und nicht mehr auf regionaler Ebene geführt. Der Arbeitgeberverband werde sich nicht entgegenstellen, falls die Gewerkschaft diese besondere Schlichtung vorschlagen würde, meinte Kirchner. „Ich befürchte, daß vielleicht dieser Leidensweg auch noch durchschritten werden muß.“ Aus Arbeitgeberkreisen war zu hören, die IG Metall sei offenbar nicht mehr in der Lage in freien Tarifverhandlungen von ihrer Forderung auf den generellen Einstieg in die 35-Stunden-Woche wegzukommen. Hier bliebe vermutlich nur der Ausweg auf einen entsprechenden Schlichterspruch einzugehen.

DW, Bonn

Am dritten Tag der Verhandlungen in der Druckindustrie unter Hinzuziehung des Vermittlers Kurt Biedenkopf sind die Tarifparteien gestern zum Kernproblem der Wochenarbeitszeit verstoßen. Am Pfingstmontag soll mit der Sachdiskussion begonnen werden. „Die schwierigsten Probleme liegen noch vor uns“, dämpfte der Arbeitgeber-Verhandlungsführer Manfred Beltz Rühlmann den Optimismus.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Hansbehn Hauser hat bestätigt, daß seine Fraktion die Formulierung eines Verbandsgesetzes und damit eine Änderung des Streikrechts nach Beendigung der Streiks wohlwollend prüfen will.

## Bukarest weist auf „feste Position“ Ceausescu hin

Der Rumäne in Moskau für Verhandlungen ohne Vorbehalt

CARL GUSTAF STRÖM, Wien

Der rumänische Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu hat während seines Kurzbesuches in Moskau seinen sowjetischen Gastgeber Konstantin Tschernenko aufgefordert, „alles Mögliche“ zu unternehmen, um eine unverzügliche Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf zu erreichen. Eine Fortsetzung dieser Verhandlungen sei heute dringender notwendig als je zuvor.

Die rumänische Parteizeitung „Scinteia“ berichtete über diese Forderung am 6. Juni, nach Beendigung des sowjetisch-rumänischen Gipfeltreffens in Moskau. Gleichzeitig hat das politische Exekutivkomitee, also das höchste Führungsgremium der rumänischen KP, ausdrücklich die „feste Position“ gebilligt und unterstützt, die Ceausescu während seiner Moskauer Gespräche eingenommen habe.

Die von den Nachrichtenagenturen der Sowjetunion und Rumäniens, Tass und Agerpress, inzwischen veröffentlichten Versionen des Kommuniqués der Gespräche zwischen Tschernenko und Ceausescu weisen erhebliche Unterschiede auf. Die jugoslawische Zeitung „Politika“ befürchtet sogar, es gebe überhaupt kein gemeinsames Kommuniqué, sondern nur unabhängig voneinander veröffentlichte Texte in Moskau und Bukarest. Agerpress spricht von einer „Atmosphäre der Freundschaft und Aufrichtigkeit“ (wobei „Aufrichtigkeit“ im kommunistischen Sprachgebrauch stets mit fehlender Übereinstimmung oder gar mit schweren Meinungsverschiedenheiten gleichzusetzen ist). Bei Tass gibt es keinen Hinweis auf die Atmosphäre.

Ebenso fehlt in der sowjetischen Version alles, was sich auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit bezieht – und zwar sowohl der Teil über die bilateralen sowjetisch-rumänischen, als auch der über die multilateralen Wirtschaftsbeziehungen im RGW (Comecon). Diese Moskauer Schweige-

samkeit ist um so auffälliger, als das politische Exekutivkomitee der rumänischen Partei gleichzeitig davon spricht, daß die künftigen rumänisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen ein „Musterbeispiel“ für das Verhältnis kommunistischer Staaten zueinander sein sollen. Während das rumänische Kommuniqué sowohl eine Intensivierung der Parteibeziehungen zwischen der KPdSU und der KPR erwähnt – wobei beide Seiten ihre „Erfahrungen“ über den sozialistischen und kommunistischen Aufbau austauschen wollen – fehlt auch dieser Passus im sowjetischen Text.

Bei Tass fällt auf, daß von einer Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Rumänien auf der Basis des Marxismus-Leninismus und der „internationalen Solidarität“ sowie der Gleichheit und des gegenseitigen Respekts die Rede ist. Tschernenko hatte in seiner Tischrede noch vom „sozialistischen Internationalismus“ gesprochen. Offenbar ist es Ceausescu gelungen, eine Abschwächung im Sinne von „Solidarität“ durchzusetzen.

Was in der Frage der NATO-Nachrüstung und der sowjetischen Gegenmaßnahmen auf den ersten Blick als Konzeptionsunterschied zwischen Ceausescu und der Sowjetunion erscheint, mag in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederholung dessen, was bereits die Budapest-Außenministerkonferenz des Warschauer Pakts im März formuliert hatte und was von Rumänien damals mitgetragen worden war: Sollten die Amerikaner sich bereit erklären, die bereits aufgestellten Raketen zurückzunehmen, so würden sich die Sowjets simultan – das heißt bereits nach Veröffentlichung der US-Absichtserklärung – bereit finden, ihre „Gegenmaßnahmen“ zu stoppen. Ceausescu hat auch jetzt in Moskau die Meinung vertreten, die Supermächte müßten „ohne Vorbehalt“ an den Verhandlungstisch zurückkehren.

## Italien steht am Rande der nächsten Regierungskrise

Streit um Geheimloge / Craxis Sturz „so gut wie sicher“

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Italien steht hart am Rande der nächsten Regierungskrise. Obwohl in Rom allgemein erwartet wird, daß der Senat dem vom sozialistischen Parteisekretär Bettino Craxi geführten Koalitionskabinetts aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen im Zusammenhang mit der definitiven Ratifizierung des Regierungsdokuments zur Abbremsung der gleitenden Lohnskala Ende dieser Woche noch einmal das Vertrauen ausspricht, gilt der Sturz Craxis nach der Eskalierung der koalitionsinternen Querelen in den letzten Tagen als so gut wie sicher. Nur das Datum des offiziellen Krisenaustritts ist noch offen: entweder sofort nach den Europawahlen in einer Woche oder nach den sardischen Regionalwahlen am 26. Juni.

### Anstoß zur Krise

Den letzten Anstoß zur Krise gab der sozialistische Fraktionsführer in der Abgeordnetenkammer, Rino Formica. In dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der die Machenschaften der Geheimloge P2 aufdecken soll, bezichtigte er – ohne Beweise vorzulegen – den christdemokratischen Außenminister Andreotti, der oberste Drahtzieher dieser Loge gewesen zu sein. Das Politbüro der Democrazia Cristiana verlangte daraufhin von Craxi und von der Sozialistischen Partei die sofortige Distanzierung von Formica. Der Ministerpräsident und seine Partei distanzierte sich jedoch nur sehr vorsichtig. Nur die Überlegung, daß der Partei die sofortige Auslösung der Regierungskrise bei den Europawah-

len schaden könnte, hielt das DC-Politbüro nach diesem als unbefriedigend empfundenen sozialistischen Antwort davor zurück, die christdemokratischen Minister noch am selben Tag aus der Regierung abzuziehen.

### Die Ursachen

Die Ursachen der sich abzeichnenden Krise liegen nach allgemeiner Überzeugung in Rom allerdings weit tiefer als der Skandalfall Formica-Andreotti. Zum einen werden sie darin gesehen, daß die DC befürchtet, das weitere Ansteigen der Popularität Craxis als Ministerpräsident könne zu ihren Lasten gehen. Sie will deshalb das Amt des Regierungschefs für sich zurückgewinnen. Zum anderen gibt es sowohl bei den Christdemokraten als auch bei den Sozialisten starke Kräfte, die mit der jetzigen Fünf-Parteien-Koalition der linken Mitte nicht einverstanden sind. In der DC fordern der linke Flügel und die Andreotti-Gefolgschaft eine Verbesserung des Verhältnisses zu den von Craxi ins Abseits manövrierten Kommunisten. Und bei den Sozialisten gilt Formica als Hauptrepräsentant einer gegen Craxi intrigierenden Gruppe, die für die Vorbereitung der Linksalternative der KP eintritt.

Vor diesem Hintergrund erhalten die Europawahlen in Italien eine eminent innenpolitische Bedeutung. Nach den letzten Meinungsumfragen zu urteilen, ist nicht auszuschließen, daß es der KP dabei zum ersten Mal gelingen könnte, die DC als stärkste Einzelpartei des Landes zu überflügeln. In diesem Fall würde die Krise wahrscheinlich schon am Tag nach der Wahl ausbrechen.

## Sorge über hohe Zinsen

Fortsetzung von Seite 1

gan gestern dann den italienischen Ministerpräsidenten Craxi, Bundeskanzler Kohl und den französischen Staatspräsidenten Mitterrand. Alle sieben Staats- und Regierungschefs trafen erstmals am Abend zu einem gemeinsamen Arbeitessen zusammen. Frau Thatcher lud in der Downing Street Nr. 10 ein. Getrennt davon berieten die Außen- und die Finanzminister.

Um die Finanzmärkte nicht noch stärker zu irritieren, wurde die Schuldenkrise sehr diskret behandelt, obwohl sie ein zentrales Gipfalthema ist. Eine „große Lösung“ wird es nicht geben. Wie bisher wird jeder Schuldnerstaat individuell behandelt. Als Vorsitzende drängte Frau Thatcher darauf, eine gemeinsame Strategie in dem sich ausweitenden Golfkrieg zu skizzieren.

Ähnlich wie im Vorjahr in Williamsburg drängt Japan die Gipfelteilnehmer zu einer Entscheidung in der Sicherheitspolitik. 1983 war es als

Sensation empfunden worden, daß Nakasone – beunruhigt durch die wachsende Raketenrüstung in Ostasien – einem Bekenntnis zu einer globalen westlichen Sicherheitspolitik zustimmte. Auch diesmal in London ist er die treibende Kraft in dieser Frage, wobei unsicher ist, ob Mitterrand mitmacht. Nakasone plädiert dafür, konkrete Abrüstungsvereinbarungen mit einem effektiven Prüfungsmechanismus anzustreben, und zwar unter Beibehaltung eines Gleichgewichts von Stärke und Abschreckung.

Prononcierter als der Bundeskanzler kritisierte Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff in London die amerikanische Haushalts- und Zinspolitik. Er sprach von einer „unglücklichen Politikmischung“, womit er die gegenläufige Wirkung hoher Devisen und knapper Geldmenge bezeichnete. Lambsdorff warnte vor einem Gipfelkommuniqué „mit wohlmeinenden Absichten“, denen keine Taten folgten.

## Genscher plant offizielle Reise nach Warschau

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat vor dem Bundestag bestätigt, daß er eine Reise nach Warschau plant. Einen genauen Zeitpunkt dafür nannte der Minister nicht, der sich in einer aktuellen Stunde zu dem deutsch-polnischen Verhältnis äußerte. Die SPD hatte die Debatte beantragt und mit Erklärungen einzelner CDU-Abgeordneter zur Grenzfrage begründet.

Genscher erklärte, die Bundesregierung stehe zum „Geist und Inhalt“ des deutsch-polnischen Vertrages. Zweifel daran seien nicht erlaubt. Er verwies darauf, daß eine mißverständliche Formulierung in einer Erklärung von Staatsminister Vogel (Kanzleramt) von diesem korrigiert worden sei. Was die Grenzfrage betreffe, so wies Genscher auf die Verbindlichkeit der Urteile des Bundesverfassungsgerichts für alle staatliche Gewalt hin. „Interpretationen“, minderten deren Kraft. „Jedes Wort mehr ist weniger“. Bonn habe sich gegenüber Polen verpflichtet, keine Gebietsansprüche zu erheben und „dies auch künftig nicht zu tun“. Der Wille zur Aussöhnung mit dem polnischen Volk sei bei den Deutschen umfassend vorhanden und gehe weit über Parteigrenzen hinaus.

Nachdrücklich wies Genscher den in jüngster Zeit in Polen wieder häufiger erhobenen Vorwurf des „Revanchismus“ zurück. Er halte es für eine „historische Leistung“, daß die vertriebenen Mitbürger am Aufbau eines demokratischen Deutschlands und an der Schaffung einer europäischen Friedensordnung mitwirkten. Er stellte aber angesichts vereinzelter Forderungen aus dem Kreis der Vertriebenen auch klar, daß wirtschaftliche Hilfe für das polnische Volk nicht mit politischen Vorbedingungen belastet werden dürften. Genscher ermahnte zu einer behutsamen Debatte und warnte vor unbedachten Worten. Denjenigen, die aus politischem Kalkül heraus Mißtrauen gegenüber den Deutschen säen wollten, dürfe kein Vorschub geleistet werden. Außerdem müsse man bei uns bedenken, daß es bei den Polen in dem Wunsch, „sichere und unbestrittene Grenzen“ zu haben, keine Unterschiede gebe.

Der SPD-Politiker Horst Ehmke hatte zuvor einzelnen CDU-Politikern den Vorwurf gemacht, sie wollten den „historischen Rechtsvorbehalt“, was die Grenzen betreffe, in den Mittelpunkt der Beziehungen zu Polen rücken. Damit aber würde das Verhältnis zu Warschau „vergiftet“, und außerdem „mache man den Vertriebenen damit etwas vor“. Das „ständige Pochen auf den Rechtsvorbehalt“ wirke „falsch“ in den Osten hinein. Es rufe den Eindruck einer „revisionistischen Politik“ hervor.

Die CDU-Politiker Rühl und Czaja hielten ihm entgegen, die Rechtslage dürfe nicht ignoriert werden. Sie gehöre zur Politik. Außerdem stehe sie nicht in der „Verfügbarmasse“ der Deutschen.

## Veteranen in der Normandie

Kie, London

Auf dem deutschen Soldatenfriedhof La Cambe, nahe der normannischen Stadt Isigny-sur-Mer werden heute französische und deutsche Veteranenverbände zu einer Gedenkstunde zusammengeführt. Am 6. Juni 1944, dem Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie, versammelten sich in den ersten zehn Wochen nach der Invasion waren auf deutscher Seite nahezu zehntausend Soldaten gefallen (mehr als 200 000) als auf der Seite der Alliierten.

Die Zusammenkunft in La Cambe verläuft vor allem den französischen Wunsch, den deutschen Partner nicht verletzt zu sehen wegen der Erinnerungsfestlichkeiten am Jahrestag des „D-Day“. Auch Präsident Mitterrand hatte in seiner kurzen Ansprache auf der Feier am Utah Beach das Thema Deutschland mit besonderer Dignität behandelt. Der französische Staatschef sagte:

„Der Feind von damals war nicht Deutschland, sondern das System, die Macht, die Ideologie, die Deutschland in ihrer Gewalt hielt. Laßt uns die deutschen Kriegerstoten saluieren. Deren Söhne, wie die unseren, verlangen danach, daß eine neue Ära anbricht. Die Feinde von einst sind jetzt verbündet und bauen an einer neuen Epoche der Freiheit.“

Das Thema der Versöhnung hatte auch in der Ansprache Präsident Reagans am Pointe du Hoc (WELT vom 7. 6.) eine zentrale Rolle gespielt. Diese Rede wurde in den USA offenbar mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Sie gilt auch unter den Beobachtern, die den Präsidenten in Europa begleiten, als ein Höhepunkt von Reagans Präsidentschaft.

So populär waren die Direktübertragungen von den normannischen Stränden im amerikanischen Fernsehen, daß das Kabelnetzsystem „Cable News Network“, als es nur einmal wegen einer anderen Nachrichtensendung die Direktübertragung kurz unterbrach, einen Sturm verhängter Telefonanrufe auslöste, die eine sofortige Wiederaufnahme der Übertragung aus Frankreich verlangten.



## Die Tage des Nordsee-Öls haben gerade erst begonnen.

Vor zwei Jahren löste die Nordsee zum erstenmal Saudi-Arabien als größten Öllieferanten der Bundesrepublik ab und hat seitdem diesen Platz nicht nur gehalten, sondern sogar noch ausgebaut.

Vorausgegangen war eine beispiellose Phase technischer Innovationen, gewaltiger Investitionen und bewundernswürdiger Einsatzbereitschaft aller Beteiligten, um die seit dem ersten Ölfund in der Nordsee 1970 geweckten Hoffnungen zur heute beruhigenden Gewißheit werden zu lassen: Das Nordsee-Öl ist ein

stabilisierender Faktor im internationalen Ölgeschäft.

Dafür sprechen nicht nur die 1983 geförderten 147 Millionen Tonnen Rohöl und 65 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Dafür sprechen vor allem die noch in der Tiefe auf ihre Erschließung wartenden Öl- und Gas-Reserven, die sicherstellen, daß wir noch lange nach dem Jahr 2000 mit Benzin und Heizöl fahren und heizen, das aus Nordsee-Öl gewonnen wird.

Die Nordsee hat uns zwar nicht unabhängig machen können von Importen, sie wird aber

weiterhin dafür sorgen, daß der Nahe Osten im Nahen Norden einen ernsthaften Konkurrenten hat.

Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.



Ein Mitglied der weltweiten EXON Organisation

## Auf Sand gebaut

Mk. - Die Agrarpolitik gleicht immer mehr einem Ritt über den Boden. Der FDP-Spitzenkandidat für Europa, Martin Bangemann, geht bereits auf Distanz. Gestern erklärte er noch einmal, dass die Quotenregelung bei Milch auf eine Idee des Bauernverbandes zurückgeht. Also sollte man die Kritik auch nicht allzu ernst nehmen. So hat das Bangemann zwar nicht gesagt. Er sprach sich vielmehr für manuelle Änderungen bereits nach einem Jahr aus, was auch für die Anhebung der Vorsteuerpauschale gelten sollte.

Die ist aber noch nicht einmal durch die zuständigen Ausschüsse hindurch. Die haben jetzt ein Hearing beschlossen. Normalerweise ein Zeichen dafür, dass etwas auf die lange Bank geschoben werden soll, hier nicht. Hearing, Beschluss der Ausschüsse, zweite und dritte Lesung im Bundestag und auch noch Absegnung durch den Bundesrat - alles noch in diesem Monat. Sollte es nicht geschafft werden, dann kann die Anhebung der Vorsteuerpauschale von acht auf 13 Prozent auch noch nachträglich Gesetzeskraft erlangen. Am 1. Juli soll die Subvention fließen.

Die Agrarpolitik zweifeln daran nicht, obwohl die EG-Kommission erst nach den Europa-Wahlen entscheiden will, ob sie einen entsprechenden Antrag stellen will, über

## Streik-Schäden

WB. - „Ersparen Sie mir bitte, auch noch die Zukunft zu diskutieren - es ist schon schlimm genug, sich auszumalen, was bisher angeht“, antwortete ZVEI-Hauptgeschäftsführer Rudolf Scheid die Frage nach den Folgen einer Fortsetzung der Metallstreiks. Immerhin macht Scheid bereits jetzt Abstriche von seiner recht optimistischen Beschäftigungsprognose vom November letzten Jahres, nach der die Elektroindustrie 1984 wieder 15 000 neue Arbeitsplätze bereitstellen sollte. Zwar sei die Mitarbeiterzahl schon in den ersten vier Monaten um 7000 gestiegen; doch der Streik erzeuge deutliche Zurückhaltung bei den Unternehmen. Wenn der ZVEI trotzdem noch mit einem Beschäftigten-Plus von 10 000 fürs gesamte Jahr 1984 rechnet, dann nur unter einer Voraussetzung: Daß der anhaltende Arbeitskampf nicht zu einem Imageschaden auf den Exportmärkten führt. Das sollten auch die Streikenden bedenken - sie hätten es auszubaden.

## WIRTSCHAFTSGIPFEL / Arbeitsgruppe legt Fortschritts-Bericht vor

### „Nur moderne Technologien sichern Wachstum und Beschäftigung“

HEINZ HECK, Bonn  
Die zentrale Bedeutung moderner Technologien für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung rückt immer stärker ins Bewusstsein. Das Thema beschäftigt auch den Weltwirtschaftsgipfel in London. Ein von den Teilnehmerstaaten gemeinsam verabschiedeter Bericht für London hebt hervor, daß die Einführung einer freien Handels- und Spitzentechnologien und einen freien wissenschaftlichen Meinungsaustausch voraussetzt.

Bereits auf dem Gipfel 1982 in Versailles war eine Arbeitsgruppe „Technologie, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung“ eingesetzt worden, die für das Treffen in Williamsburg 1983 einen Bericht über die Bedeutung von Forschung und Technologie für die wirtschaftliche Entwicklung vorgelegt und 18 Forschungsgebiete für internationale Kooperation vorgezeichnet hatte. Die Bundesrepublik war darin zusammen mit Frankreich als federführender Staat für das Forschungsprojekt Schnellbahnen empfohlen worden.

Für London hat die Arbeitsgruppe jetzt einen „Fortschrittsbericht“ veröffentlicht, der die positiven Auswirkungen neuer Technologien in folgenden vier Punkten zusammenfaßt:

- Produktivitätsverbesserung bei bestehenden Industrien,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Produkte,
- Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen (vor allem Informations- und Kommunikationstechnik) und
- Einsatz dieser Technologien in Medizin und Landwirtschaft.

Die Arbeitsgruppe unterstreicht das enge Verhältnis zwischen Wissen-

## GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSUNTERNEHMEN

### Vorrang müssen Erhaltung und Modernisierung haben

INGE ADHAM, Frankfurt  
Die Behauptung, daß zur Zeit in der Bundesrepublik rund eine Million Wohnungen leer stehen, hält Helmut Tepper für eine „Tatzelung“. Bei seriöser Hochrechnung, so der Vorsitzende des Vorstandes des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, komme man allenfalls auf rund 250 000 leerstehende Wohnungen, und dies mit sehr starken regionalen Unterschieden. Besonders schlimm sieht es in den industriellen Ballungsgebieten des Nordens und Westens aus.

Im Bereich der von ihm vertretenen Wohnungsunternehmen mit insgesamt 3,39 Millionen Wohnungen (davon 2,45 Millionen Sozialmietwohnungen) seien am Jahreswechsel rund 15 000 „echte“ Leerstände (länger als drei Monate) gezählt worden. Tepper sieht darin aber keine Ursache zur Verharmlosung einer Entwicklung, die die gesamte Wohnungswirtschaft in schwieriges Fahrwasser bringe. Bei weitgehend ausgeglichener Wohnungsmarktsituation fehle die echte Wohnungsnachfrage, nachgefragt werden zumeist Wohnungen zu Mieten, die es am Markt gar nicht geben kann.

Vor diesem Hintergrund sieht Tepper allenfalls ein Neubauboom von 300 000 Wohnungen im Jahr (und das auch nur, wenn die Konjunktur und Einkommensentwicklung wieder nach oben zeigt) für realisierbar an. Vorrang müsse jetzt Modernisie-

## Grundgesetz des Wettbewerbs

Von HANNA GIESKES

Es hat seine Bewährungsprobe längst bestanden, doch immer wieder kommen Politiker auf die Idee, man müsse es verbessern: das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Katalog von Spielregeln für das Zusammenleben von Kaufleuten, das in diesen Tagen 75 Jahre alt wird. Zwei Legislaturperioden lang hatten sich sowohl SPD als auch CDU/CSU auf unterschiedliche Weise darum bemüht. Nun liegt ein weiterer Versuch der CDU/CSU auf dem Tisch. Es ist zu wünschen, daß es ihm nicht anders ergehen wird als seinen Vorgängern.

Die Stärke des UWG liegt in seiner wirtschaftspolitischen Neutralität; sein Leitmotiv ist seit 1909 das Ehrgefühl des billigen und gerechten Kaufmanns. Diese Neutralität scheint Politiker jedoch dazu herauszufordern, das Gesetz mit ihren jeweiligen Ansprüchen zu belasten. Die SPD hatte es mit überzogenem Verbraucherschutz überschüttet, die CDU/CSU mit nun mit überzogenem Mittelstandsschutz.

Offenbar verfolgt von der Vorstellung, daß der Wettbewerb im Handel mittlerweile zum Dschungelkrieg ausgeartet ist, wollen die Autoren dieses Papiers eben diesen Wettbewerb per Gesetz suspendieren: Unter der Überschrift „Irreführung über die Preisbemessung“ wird dem Handel grundsätzlich verboten, Waren unter ihrem eigenen Einkaufspreis anzubieten. An die Industrie gerichtet ist das Verbot, durch Preis- und Rabattlisten einzelne Abnehmer auf „sachlich nicht gerechtfertigte Weise“ zu bevorzugen.

Daß diese Formulierungen exakt zum jetzigen Zeitpunkt gehandelt werden - das Papier selbst befindet sich noch im Stadium des Vorwurfs, daß vom Fraktionsvorsitzenden noch nicht gebilligt - ist etwas eigenartig. Es handelt sich nämlich um wörtliche Zitate aus dem Entwurf der Fortschreibung der Gemeinsamen Erklärung zur Sicherung des Leistungswettbewerbs, um die sich die Spitzenverbände derzeit sehr ernsthaft bemühen. Diese Ernsthaftigkeit hat einen aktuellen Hintergrund: Die Wirtschaft weiß, daß ihr beim Scheitern ihrer Selbsthilfebemühungen ein Gesetz droht.

Nun weiß sie freilich nicht mehr, woran sie ist. Und selbst, wenn die Mittelständler in der CDU/CSU ihr

## AUF EIN WORT



Die Unternehmen brauchen dringend wieder verlässliche Rahmenbedingungen, um planen und investieren zu können. Auch und gerade im Umweltschutz. Ich vermisste auf diesem Gebiet die Wende und stelle stattdessen einen unheilvollen Wettlauf zwischen Bund und Ländern fest.

Dr. Günther Salmannshausen, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle.  
FOTO: HANS-JÖRG FRATZER

## „Linke Professoren“ sehen Abschwung

Mk. Bonn  
Der bevorstehende konjunkturelle Abschwung werde durch die aktuellen Arbeitskämpfe weiter verursacht noch wesentlich beeinflusst. Diese Ansicht vertritt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihrem jetzt vorgelegten Sondermemorandum. Für die linken Wirtschaftswissenschaftler ist der sich abzeichnende Abschwung in erster Linie das Resultat einer abgeschwächten Konsumnachfrage. Die Kostenbelastung der Einführung der 35-Stunden-Woche bezeichnen sie als „bemerkenswert harmlos“. Jede Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich sei ein wichtiger Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

## ELEKTROINDUSTRIE

### Arbeitskampf bringt den Aufschwung in Gefahr

JOACHIM WEBER, Frankfurt  
„Vor Beginn der Arbeitskämpfe hatten wir geradezu eine Idealkonstellation“, schwärmt Rudolf Scheid, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI). Die Auftragslage waren in den ersten vier Monaten um 14 Prozent gestiegen, die Produktion des ersten Quartals lag um 10 Prozent über dem Vorjahreswert. Dabei waren Lohnstückkosten und Preise leicht gesunken, für Scheid immer ein Startsignal des Aufschwungs.

Durch den Streik seien indes alle Vorhersagen in Frage gestellt. Nur, wenn er sich nicht weiter in die Länge zöge, könne die 908 000-Mitarbeiter-Branche das 1983 avisierte Produktionswachstum von 4 Prozent noch erreichen. Und zum möglichen Ergebnis der Arbeitskämpfe: „Wenn der Verteilungsspiel-

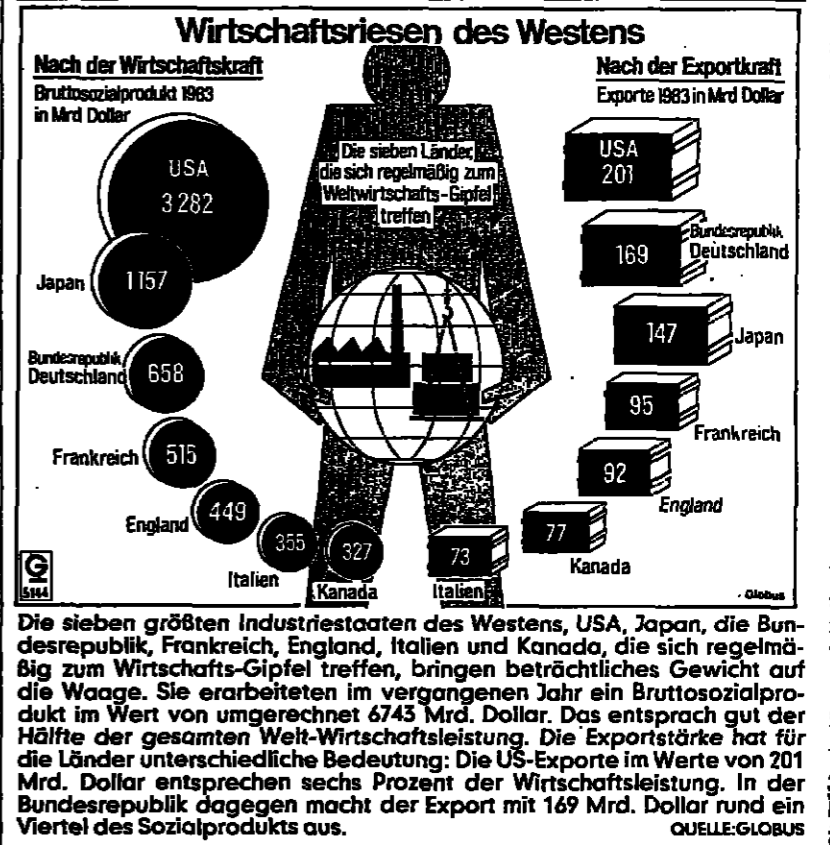
## STRASSENBAU

### Die Mittel reichen nicht mehr für die Reparaturen

HANS BAUMANN, Essen  
Deutschlands Straßen verkommen mehr und mehr zu Schlaglöcherpisten, da die Mittel für den Straßenbau schon nicht mehr ausreichen, um die erforderlichen Reparaturen auszuführen. Diese Feststellung traf Heinz Holberndt, Vorsitzender des Vorstandes der Teerbau GmbH und Mitglied des Präsidiums der Straßenliga. Um zu verhindern, daß auch in der Bundesrepublik katastrophale Straßenzustände wie in den USA eintreten, müßten die öffentlichen Hände entschieden mehr investieren.

Große Hoffnung macht sich Holberndt auf eine Wende bei den Straßenbauinvestitionen jedoch nicht, da die Kassen der Investoren leer seien. So gingen die Straßenbauausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden von 1980 mit 15,8 Mrd. Mark kontinuierlich auf 12,3 Mrd. Mark in 1983 zurück. Für 1984 erwartet Holberndt

## WIRTSCHAFTS JOURNAL



## Textilsubventionen beklagt

Bonn (dpa/VWD) - Der Wirtschaftsausschuß des Bundestages hat mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP die Bundesregierung aufgefordert, sich in Brüssel nachdrücklich für den Abbau von Subventionen im Textilbereich einzusetzen. Falls dieser Vorstoß, der gegen die staatlichen Hilfen Frankreichs, Belgiens, Italiens und der Niederlande gerichtet ist, „ihre Ziel nicht erreicht, sollten durchaus auch gerichtliche Schritte ins Auge gefaßt werden“. Die Beihilfen und Subventionsprogramme der anderen EG-Regierungen wirken sich auf den innersubventionären Handel wettbewerbsverzerrend aus.

## Entscheidung fällt 1985

Bibbingen/Saar (dpa/VWD) - Eine Entscheidung über den Standort einer geplanten Kohlevergasungsanlage wird vermutlich frühstens gegen Mitte nächsten Jahres fallen, sagte Bundesforschungsminister Riesenhuber. Noch werde geprüft, welche Möglichkeiten es gebe, die Kosten möglichst niedrig zu halten. Riesenhuber räumte der Bundesrepublik wenig Chancen ein, als Standort für das geplante Großforschungsprojekt „Europäische Synchrotron-Strahlungsquelle“ (ESRF) ausgewählt zu werden.

## Kooperation mit China

Brüssel (AP) - Belgien und China erwägen nach Angaben aus dem Brüsseler Wirtschaftsministerium eine Zusammenarbeit beim Bau von Kernkraftwerken in der Volksrepublik. In Kürze soll eine Delegation von belgischen Regierungs- und Wirtschaftsvertretern nach China reisen, um die Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit zu prüfen.

## Wechsel im Vorstand

Düsseldorf (J.G.) - Das Stahlgewicht im Gesamtgeschäft der im Diversifikation bemühten deutschen Stahlkonzerne wird geringer. Als Konsequenz dieses vielschichtigen Strukturwandels bekommt auch der Düsseldorf-Produzentenverband Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie ab Mitte 1984 einen

neuen Vorstand. Ausscheiden werden der Vorsitzende Dieter Spethmann, der dieses Amt als Wirtschafts-Chef zehn Jahre führte, sowie seine beiden Stellvertreter Ernst Pieper (Chef des Salzgeber-Konzerns) und Wilhelm Schädler (Chef des Krupp-Konzerns). Neuer Vorsitzender wird Heinz Kriwet (Vorstandschef Thyssen Stahl AG); seine beiden Stellvertreter werden Alfons Gödde (Vorstandschef Krupp Stahl AG) und Kurt Staehler (Vorstandschef der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG).

## Für jetzigen Ladenschluß

Bonn (DW) - Eigene Bequemlichkeit zu Lasten einer ganzen Bevölkerungsgruppe fordern nach Ansicht des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Hans-Joachim Hauser, die Verfechter einer Verlängerung der Ladenschließzeiten. Diese Diskussion werde auf dem Rücken der 1,7 Mill. Beschäftigten im Einzelhandel geführt. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten im Handel sei aber auch nachteilig für die Verbraucher. Die Folge seien höhere Lohnkosten, und dies bedeute zu höheren Verbraucherpreisen.

## Reisekosten-Abrechnung

Bonn (HH) - Die seit Januar geltenden Lohnsteuer-Änderungsrichtlinien bringen nach Mitteilung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHT) zahlreiche wichtige Änderungen. Die neu aufgelegte DIHT-Broschüre „Reisekosten - was Unternehmer steuerlich absetzen können“ informiert darüber auf 90 Seiten praxisnah und unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung.

## Finanzmärkte geschrumpft

Paris (J.Sch.) - Die Mittelaufnahmen an den internationalen Finanzmärkten blieben nach Angaben der OECD im Mai mit 10,5 Mrd. Dollar um 5,9 Mrd. hinter dem Vormonat zurück und waren um zwei Mrd. Dollar niedriger ausgefallen als vor einem Jahr. Die Anleiheemissionen schrumpften gegenüber April auf 6,82 (9,26) Mrd. Dollar und die Bankkredite auf 3,67 (7,10) Mrd. Dollar, nachdem sie im März noch 40,12 Mrd. Dollar erreicht hatten.

## KREDITWESENGESETZ

### Stoltenberg ist weiterhin gegen einen Haftungszuschlag

HEINZ STÜWE, Bonn  
Bundesfinanzminister Stoltenberg hofft, den Streit zwischen den Institutsgruppen des Kreditwesens um Haftungszuschlag und Haftsummenzuschlag entschärfen zu können. In der ersten Lesung der Novelle des Kreditwesengesetzes (KWG) im Bundestag bezeichnete der CDU-Politiker den Vorstoß des Landes Niedersachsen, Genussscheinkapital in begrenztem Umfang als haftendes Eigenkapital anzuerkennen, als „sehr überlegenswert“. Den Hauptvorwurf einer solchen Regelung sieht der Minister darin, daß so allen Institutsgruppen eine Möglichkeit eröffnet werde, zusätzliches Eigenkapital aufzubringen. Von Kreditinstituten ausgegebene Genussscheine müßten jedoch allen Anforderungen der Bankaufsicht an haftendes Eigenkapital genügen.

Einen Haftungszuschlag auf das Ei-

## WEINBAUVERBAND / Große Lagerbestände drücken auf die Preise

### Statt Menge wieder mehr Qualität?

HENNER LAVALL, Bonn  
Knapp vier Monate vor Beginn der Weinlese schauen die deutschen Winzer mit Sorge in die Zukunft. Die Rekordmengen der Jahre 1982 und 1983 mit 15,4 Mill. und 13,0 Mill. Hektoliter haben die Lagerbestände in den Kellern der Betriebe auf 18 Mill. Hektoliter (Ende 1983) ansteigen lassen. Bis August werden sie gerade auf rund zwölf Mill. abgebaut sein. Resignierend meinte der Präsident des Deutschen Weinbauverbandes, Reinhard Muth, anlässlich der Mitgliederversammlung in Bonn: „Die nächste Ernte kommt bestimmt“.

Nach den bisher vorliegenden Anzeichen werde wohl wieder eine mindestens normale Menge zu erwarten sein. Der Weinsektor innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, mit einem Selbstversorgungsgrad von 120 bis 130 Prozent, führe zu einem enormen

Verdrängungswettbewerb über den Preis.

Auch den jüngst von der EG-Kommission in Brüssel verhängten Anbauverbot für Neuanpflanzungen bis 1990 bezeichnete Muth bestenfalls als ersten Schritt. In den letzten 20 Jahren sei die Rebfläche um knapp 50 Prozent vergrößert worden, der Flächenanbau habe sich durch Änderung der Anbaumethoden und immer stärkere Düngung mehr als verdoppelt. Der EG-weite Anbauverbot wirke sich zudem erst in einigen Jahren aus, meinte der Verbandpräsident. „Allein in Deutschland sind bei derzeit 90 000 Hektar Ertragsfläche weitere 8000 ha bestockt, die in zwei bis drei Jahren einen Mehrertrag von rund eine Mill. Hektoliter bringen werden.“ In den anderen EG-Ländern sei ähnliches zu erwarten.

Trotz aller Absatzbemühungen gehe der Vorstand des Deutschen Wein-

bauverbandes deshalb davon aus, daß sich der Konsum deutscher Weine (1983 pro Kopf 12,2 Liter) nur schwer und langsam steigern läßt. „Wir sind der Meinung, daß jetzt zusätzliche ertragsbegrenzende Maßnahmen notwendig sind“, meinte Muth vor der Mitgliederversammlung, „denn die Zunahme der Rebfläche schadet der Qualität, und der deutsche Wein hat diesbezüglich schon einige Schrammen abbekommen“.

Im Verband stellt man sich die Obergrenze bei etwa 100 Hektoliter je Hektar vor. Eine eventuelle Mehrerzeugung müsse der Winzer dann auf eigene Kosten destillieren lassen. Muth ist sich allerdings klar darüber, daß derartige Eingriffe in den Markt schwer durchzuführen sind. Auf freiwilliger Basis laufe das überhaupt nichts. Der Weinbauverband setzte deshalb auf den Gesetzgeber in Bonn.

## MEXIKO

## Banken gestehen Konzessionen zu

dpa/VWD, New York/Paris  
Mexiko wird als erstes großes lateinamerikanisches Gläubigerland ein mittelfristiges Umschuldungsprogramm mit weitreichenden Kreditkonzessionen der ausländischen Gläubigerbanken erhalten. Darauf einigten sich die Mexiko-Beratungsausschüsse der Banken nach Angaben des Vizepräsidenten der Citibank, Arzeige.

## Abonnieren Sie Exklusivität

90 Korrespondenten an 35 wichtigen Plätzen des In- und Auslandes schreiben für die WELT. Ihre Informationen, Analysen, Hintergrundberichte und Kommentare erscheinen in keiner anderen Zeitung. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie exklusiv informiert.

## DIE WELT

Einmal wöchentlich, 100 Seiten, 16 Seitenfarbdruck  
Herausgeber: Die Welt Verlag, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte für den neuen Abonnenten  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abnahme-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36  
Bestellchein  
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 35,50 (Ausland 35,00, Luftpostzuschlag auf Anfrage). Anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abnahme-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

William R. Rhodes, am Rande einer Währungskonferenz in Philadelphia. Nach Darstellung informierter Wall-Street-Kreise wird Mexiko seine bis Ende 1988 fälligen Bankverpflichtungen auf bis zu zehn Jahre umgeschuldet bekommen. Betroffen wären rund 40 Mrd. von insgesamt 90 Mrd. Dollar, die Mexiko dem Ausland schuldet. Gleichzeitig sollen eine fünfjährige Freiperiode und niedrigere Zinsen eingeräumt werden.

Darüber hinaus werden an der Wall Street aufmerksam die gegenwärtig laufenden Verhandlungen Argentiniens mit dem Internationalen Währungsfonds verfolgt, die in absehbarer Zeit abgeschlossen werden könnten.

## BEIERSDORF / Ausländische Tochtergesellschaften blühen im Verborgenen - 17 Prozent Dividende

## Stattliches Wachstum auf solider Ertragsbasis

JAN BRECH, Hamburg  
Die Hamburger Beiersdorf-Gruppe hat im Berichtsjahr 1983 das seit Jahren stattliche Wachstum auf ungeheuer solider Ertragsbasis fortgesetzt. Das Ergebnis, so betont der Vorstandsvorsitzende Hellmut Kruse, entspreche dem Ruf. Die Verbesserung des Nettogewinns um 11,5 Prozent auf 58 Mill. DM und die Rendite von 4,5 Prozent läßt die Ertragskraft des Konzerns dagegen nur bedingt erkennen. Beiersdorf, das fast 58 Prozent des Geschäfts im Ausland abwickelt, erstellt keine Weltbilanz, so daß die ausländischen Tochtergesellschaften im Verborgenen blühen. Im weltweiten Konzern dürfte der Nettogewinn in einer Größenordnung von 100 Mill. DM oder knapp 30 DM pro Aktie liegen.

Das 1983 erzielte Ergebnis erlaubt Beiersdorf, die Dividende anzuhäufeln. Der Hauptversammlung am 18. Juni werden für das 101. Geschäftsjahr 17 (i. V. 16) Prozent Dividende vorgeschlagen, nachdem aus dem Jahresüberschuß zuvor 12,1 Mill. DM Rücklagen zugeführt worden sind. Die Allianz und die Kaffeebörse Tchibo

sind mit jeweils mehr als einer Schachtel beteiligt. Die Gewinne sprudeln bei Beiersdorf in allen Regionen und aus allen Produktgruppen. Es gebe, von Anlaufkosten bei neuen Aktivitäten abgesehen, kein Land und kein Produkt, bei dem Beiersdorf zusetzt, betont Kruse. Die vier großen Bereiche cosmetic, medical, pharma und tesa liefern positive Beiträge zum Gesamtergebnis und liegen in der Rendite nicht weit auseinander. Den Erfolg von Beiersdorf-Produkten können offenbar nicht einmal schwere wirtschaftliche Probleme eines Landes beeinträchtigen. Die Tochtergesellschaften in Südamerika, sagte Kruse, seien alle in schwarzen Zahlen und hätten 1983 zum ersten Mal rund eine Mill. DM zu den Beteiligungserträgen von insgesamt 15 Mill. DM beigetragen.

Wichtigste Stützen im weltweiten Geschäft blieben 1983 die Sparten cosmetic mit einem Umsatzanteil von 42,7 Prozent und tesa mit 32 Prozent. Ihnen folgen die Bereiche medical (21 Prozent) und pharma (4,3 Prozent). Im Inland weiteten die Sparten cosmetic

den Umsatz um 9,8 Prozent, medical um 13,1, pharma um 3,1 und tesa um 7,8 Prozent aus. Die hohe Wachstumsrate bei medical beruht zum Teil auf der Erstkonsolidierung der Beteiligungsfirma Bacillofabrik Dr. Bode & Co sowie der Varitex GmbH, Ermerich, die Beiersdorf zur Abrundung des Programms in den letzten Jahren erworben hatte. Mit Beginn dieses Jahres ist mit der S + G Implant GmbH, Lübeck, eine weitere Beteiligung hinzugekommen.

Ausnahmecharakter im gesamten Beiersdorf-Marketingprogramm hat nach wie vor die Artikelgruppe Nivea. Mit diesem Programm setzt Beiersdorf allein rund 700 Mill. DM in der Welt um. Im Inland ist der Nivea-Umsatz im letzten Jahr um 20 Prozent auf 180 Mill. DM gewachsen, bei stattlichen Marktanteilen in Teilbereichen. Bei Universalcreme und Lotion erreichte der Anteil rund 33 Prozent, bei Sonnenschutz 20, bei Bade- und Duschzusätzen sechs und bei Seife und Haarschampoo (im Herbst 1983 erst eingeführt) jeweils sechs Prozent.

Die Entwicklung in den ersten vier Monaten dieses Jahres läßt vermu-

ten, daß Beiersdorf ein neues Rekordjahr ansteuert. Der Weltumsatz ist per Ende April um 16 Prozent gestiegen, wobei das Plus im Ausland 17,6 und im Inland 11,7 Prozent betrug. Für das ganze Jahr geht Kruse von einem Wachstum im Inland von elf Prozent und im Ausland von 15,3 Prozent aus. Keine Zweifel bestehen auch darin, daß die Erweiterung des Geschäfts dank der überdurchschnittlichen Ertragskraft der Beiersdorf-Marken voll auf den Gewinn durchschlägt wird.

Beiersdorf	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	2359	+ 8,6
dav. Ausland	1359	+ 8,4
Inland	1000	+ 9,2
AG Umsatz	1253	+ 10,6
dav. cosmed (%)	33,0	(33,3)
pharma	7,9	(8,5)
medical	21,6	(21,9)
tesa	37,5	(38,4)
Beierschaft	13 800	+ 1,4
Jahresüberschuß	40	+ 17,5
Nettogewinn	58	+ 11,5
in % v. Umsatz	4,5	(4,4)
Investitionen	107	+ 20,5
Brutto-Cash-Flow	188	+ 28,8
in % v. Umsatz	14,6	(12,5)
Netto-Cash-Flow	143	+ 24,4

Nach Angaben der Verwaltung: Gewinn pro Aktie 17,70 nach 15,80 DM.

## FIRST CHICAGO

## An Übernahme interessiert

dpa/VWD, Chicago  
Die First Chicago Corp., die zweitgrößte Bank in Chicago und im US-Bundesland Illinois, ist an einem Aufkauf ihres Rivalen Continental Illinois interessiert. Jedoch nur unter der Bedingung, so die Bank, wenn sie staatlichen Schutz vor einem nicht auszuschließenden erneuten Run auf die Einlagen der Continental und Schutz vor Milliardenklagen erhält.

Dies teilte der Verwaltungsratsvorsitzende der First Chicago, Barry F. Sullivan, in einer Anhörung im Landesparlament von Illinois mit. Er plädierte gegen einen Gesetzesvorschlag, der es nicht in Illinois ansässigen Banken erlauben würde, die Continental Illinois aufzukaufen. Der Finanzausschuß des Senats von Illinois hat aber einen solchen Entwurf gebilligt. Eine Verabschiedung durch das gesamte Landesparlament ist notwendig, ehe landesfremde Banken Gebote für die Continental abgeben können. Bisher hat sich außer der First Chicago noch kein ernsthafter Interessent gezeigt, doch prüft ein halbes Dutzend amerikanischer und ausländischer Großbanken die Continental-Situation.

## IEA-KOHLBERICHT

## Preise verharren auf niedrigem Niveau

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris  
Die Internationale Energie Agentur (IEA) in Paris hat ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert, der Kohle mehr zu vertrauen. Denn trotz der Ungewißheit, die auf der Entwicklung der Energiepreise lastet, könne davon ausgegangen werden, daß die Produktions- und Transportkosten für Kohle auf einem niedrigen Niveau verharren. Damit sei die Konkurrenzfähigkeit der Kohle im Industriemarkt und gegenüber den Ölkraftwerken gesichert.

Die in ihrem letzten, vor zwei Jahren veröffentlichten Kohlebericht aufgestellte Verbrauchsprognose hat die IEA nach einer Revidierung. Nach dem Verbrauch in den Revisionsjahren 1980-1982 bei 850 Mill. Tonnen stagnierte, prognostiziert die IEA für 1990 eine Mrd. Tonnen.

Auch die Kohle sei von dem schwachen Wirtschaftswachstum und den Energieparadoxien betroffen worden. Außerdem behinderten die sinkenden Energiepreise Investitionen im Kohle-Bergbau und -transport. Das wirkte sich vor allem auf den Kohleverbrauch der Elektrizitätswerke und der privaten Haushalte negativ aus. Dennoch verstärkte die Industrie dank moderner Verbrennungsanlagen ihren Kohleinsatz.

Nach den Feststellungen der IEA liegen gegenwärtig die Preise für Dampfkesselkohle auf Dollarbasis in Europa und in Japan um etwa 55 Prozent unter den vergleichbaren Ölproduktpreisen. Auch langfristig sei das Öl einem stärkeren Preisdruck ausgesetzt als die Kohle. Daher vermutet die IEA, daß die Kohle stärker als das Öl von einem steigenden Energieverbrauch - aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs der Mitgliedsstaaten - profitieren wird. Der Bergbau sei ohne weiteres in der Lage, die steigende Nachfrage zu befriedigen. Falls der Kohleverbrauch nicht stärker als bisher zunehmen sollte, bestünde die Gefahr, daß der Ölverbrauch der Mitgliedsstaaten überproportional steigt. Die Folge könnte eine neue Ölpreiskrise in den neunziger Jahren sein.

Zur Förderung des Kohleverbrauchs empfiehlt die IEA, die Stromproduktion stärker vom Öl auf die Kohle umzustellen, den Umweltschutz der Kohleverbrennung zu verbessern, die Produktion stärker auf produktive Zechen zu konzentrieren und unrentable Zechen zu schließen.

## WELTBÖRSEN / Unter dem Einfluß der Wall Street

## Die Kurse zogen kräftig an

London (AP) - Nach uneinheitlichem Verlauf haben die Kurse an der Londoner Effektenbörse zur Wochenmitte auf deutlich höherem Niveau geschlossen. Der Index der „Financial Times“ für 30 Industriewerte verbesserte sich gegenüber der Vorwoche um 80,4 auf 846,5 Punkte. Zur Anlegerzuversicht trug bei, daß der drohende Zinsanstieg ausbleibt, im Streik der Bergbauarbeiter eine ge-

daß das Fed die Banken nicht im Regen stehen lassen wird. Zumindest so lange, wie Banken gefährdet sein könnten, wird sich die Notenbank nicht zu einer restriktiven Geldpolitik entschließen, heißt es. Zur Wochenmitte schlossen die Kurse an der Aktienbörse in Wall Street nochmals fester. Eine spät einsetzende Erholung setzte der bis dahin orientierungslos verlaufenen Kursentwicklung ein Ende. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte legte im Wochenverlauf 31,25 auf 1233,84 Punkte zu.

Wohin tendieren die Weltbörsen? - Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche - jeweils in der Freitagsausgabe - einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

wisse Beruhigung eintrat und einige positive Geschäftsberichte britischer Unternehmen veröffentlicht wurden. Auch der feste Wall-Street-Trend wirkte sich positiv aus.

Tekie (dt) - Nach den Kurseinbrüchen der beiden Vorwochen kam es in Tokio zu einer kräftigen Erholung. Der Dow-Jones-Index verbesserte sich im Wochenvergleich um 375,9 Punkte auf 10 318. Die Tagesumsätze lagen zwischen 220 und 400 Millionen Aktien. Die Börse honorierte den Aufschwung an der Wall Street, die steigenden amerikanischen Bondpreise und die wieder festere Tendenz der japanischen Währung. Ferner entwickelten sich die fundamentalen Daten der japanischen Konjunktur günstig.

New York (DW) - Zu einer starken Kurserholung kam es im Wochenverlauf an der Wall Street. Es setzte sich allgemein die Überzeugung durch,

Im Hintergrund des Börsenscheitens stand die Äußerung von Notenbankchef Volcker, daß es mit der US-Wirtschaft weiter aufwärts gehe, trotz des immer noch hohen Zinsniveaus und des Drucks der vom nach wie vor hohen Haushaltsdefizit ausgehe. Feldstein sieht für 1984 und 1985 keinen Rückgang der Zinsen voraus. Die vorgesehenen Sparmaßnahmen beim US-Budget würden das Defizit 1984 gar nicht und 1985 kaum reduzieren.

Paris (J. Sch.) Der Kursindex für französische Aktien hat sich in der Berichtswochen kaum verändert - trotz der positiver gestimmten Konjunkturprognosen, denen allerdings Spannungen am Geldmarkt gegenüberstünden. Offensichtlich will man für größere Engagements erst einmal die weitere Entwicklung abwarten und zwar auch im Persischen Golf. Die Geschäftsergebnisse der einzelnen Aktiengesellschaften wirkten sich auf den Kurssturz kaum noch aus, da sie inzwischen weitgehend bekannt sind. Eine Sonderbewegung nach unten verzeichneten nur die Ölwerte wegen des Golfkonflikts.

## TEERBAU / Kein Geld für Mutter Rütgerswerke

## Desolate Lage im Straßenbau

HANS BAUMANN, Essen  
Obwohl die Gruppenleistung der Teerbau Gesellschaft für Straßenbau mbH, Essen, im Geschäftsjahr 1983 mit fast 553 Mill. DM praktisch unverändert blieb, hat sich der Rohvertrag um 10,6 Mill. auf 139 Mill. DM vermindert. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, daß im Straßenbau kostendeckende Preise kaum noch zu erzielen sind. Die Mutter Rütgerswerke wird deshalb auch für 1983 leer ausgehen und kann frühestens 1985 mit einer bescheidenen Dividende rechnen.

Die Teerbau liegt sich angesichts der desolaten Lage im Straßenbau nach neuen Märkten um. Betrug die Straßenbauleistung 1980 in der Gruppe noch 53 Prozent, so sind es heute nur noch 47 Prozent. Nach Auskunft des Vorsitzenden des Vorstandes, Heinz Holbricht, sucht das Unternehmen vornehmlich im Ausland neue Aufgaben, etwa im arabischen Raum mit Vertrieb, Wartung und Modernisierung von Baumaschinen sowie Aufbau und Überwachung von Baustoffanlagen. Über die 50-prozentige Beteiligung C. Voigt Söhne GmbH & Co., Castrop-Rauxel, werden in aller Welt Beläge für Sportanlagen gebaut. Auch im Geschäftsjahr 1983 hat Teerbau die Zahl der Mitarbeiter um 4,5 Prozent auf rund 2300 reduziert.

## DIDIER / Befriedigendes Ergebnis erwartet

## Exportgeschäft überwiegt

dpa/VWD, Frankfurt  
Die Didier-Werke AG, Wiesbaden, erwartet auch für 1984 ein befriedigendes Ergebnis. Voraussetzung sei aber, daß die günstigeren Konjunkturbedingungen nicht durch die Auseinandersetzungen um die Einführung der 35-Stunden-Woche durchkreuzt werden, sagte der Vorstandsvorsitzende Martin Bieneck in Frankfurt. Bei den Auftragsengpässen für den Hersteller feuerfester Materialien überwiegt weiterhin das Exportgeschäft mit etwa 64 Prozent.

Aktienpaket von über 25 Prozent hat sich noch immer kein Käufer gefunden. Die Deutsche Bank AG, Frankfurt, hat vorläufig die Hoesch-Anteile übernommen.

Investieren will Didier 1984 wieder erheblich mehr als 1983 mit 22,5 Mill. DM, nach 36,9 Mill. DM im Vorjahr. Genannt wurde eine Größenordnung zwischen 35 Mill. und 40 Mill. DM. Der Umsatz soll um rund fünf Prozent gesteigert werden. Für das von der Hoesch AG, Dortmund, vor einhalb Jahren verkaufte Didier-

Wie aus dem Geschäftsbericht 1983 hervorgeht, stieg im letzten Jahr der Bilanzgewinn auf 14 Mill. DM nach 9,1 Mill. DM im Vorjahr. Der Hauptversammlung am 13. Juli wurden sechs DM Dividende um 1,50 DM Jubiläumsschönung vorgeschlagen. Der Konzernumsatz war 1983 von 931 Mill. auf 976 Mill. DM gestiegen. Der Umsatz der AG kletterte von 679 Mill. auf 711 Mill. DM. Der Exportanteil erhöhte sich von 58,2 auf 59,7 Prozent.

Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich weltweit von 5540 auf 5440, im Inland von 4201 auf 3906 ab. Die Hauptversammlung soll vorsorglich ein genehmigtes Kapital von bis zu 25 Mill. DM schaffen.

## LOME-ABKOMMEN / Deutsche Marschroute für Verhandlungen wird festgelegt

## Kaum Chance für höhere Finanzhilfen

HEINZ HECK, Bonn  
Über Geld wird erst gesprochen, wenn wichtige Fragen der künftigen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den 64 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) geklärt sind. Diese Ansicht vertrat der Parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Volkmar Köhler (CDU), in einem Gespräch mit der WELT zu den bevorstehenden Verhandlungen über Lomé III. Heute beginnen in Bonn auf Staatssekretärs-Ebene die Verhandlungen über die Festlegung der deutschen Marschroute.

Köhler fürchtet, daß es den AKP-Staaten praktisch nur noch um eine Steigerung der EG-Entwicklungshilfe gehe. Überlegungen, wie Wirtschaft und Qualität der Zusammenarbeit zu verbessern seien, könnten dabei allzu leicht ins Hintertreffen geraten. Nach Meinung Köhlers müssen in dem neuen Fünfjahres-Abkommen, das am 1. März 1985 in Kraft treten soll, auch die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den Empfängerländern angesprochen werden. Für Köhler geht es nicht um ein Diktat der EG gegenüber den AKP-Staaten, über deren Regierung man nicht zu Gericht sitzen wolle, sondern um erhöhte Dia-

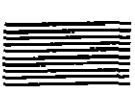
logbereitschaft. Dies gelte zum Beispiel für die Einhaltung von Menschenrechten, auch eine Frage nach der Qualität von Entwicklungsprozessen. Die finanzielle Dimension des Problems macht Köhler mit dem Hinweis deutlich: Um das reale Volumen von Lomé II im Zeitraum 1985 bis 1990 nur aufrechtzuerhalten, müßten die Mittel nominal etwa um 50 Prozent auf rund sieben Mrd. Ecu oder etwa 15 bis 16 Mrd. DM erhöht werden (der deutsche Beitrag von 30 Prozent würde damit knapp fünf Mrd. DM ausmachen). Dies zu erreichen, erscheint derzeit wenig realistisch. Angesichts der restriktiven Haushaltsführung des Bundes könne auch das Entwicklungsministerium in den nächsten Jahren nicht mit hohen Steigerungsraten rechnen. Andererseits sollte der Anteil der multilateralen Hilfe gegenüber der bilateralen (neben Lomé III stehen eine Erhöhung des Weltbankkredits und andere multilaterale Verpflichtungen) kein Übergewicht erhalten. In der Vergangenheit lag die Relation im allgemeinen bei etwa 30 zu 70 (multilateral zu bilateral), und davon sollte nicht allzuweit abgewichen werden.

Kritisch bemerkt Köhler zu bisherigen Zusammenarbeit in dem mit viel Vorschub überbedachten Lomé-Abkommen, das am 1. Juli 1975 in Kraft getreten war, für die strukturelle Anpassung der begünstigten Länder habe es bisher nicht viel gebracht. Ziel des Abkommens sollte es sein, Anpassungserfolge der AKP-Länder zu belohnen. Theoretisch böte sich hierzu die Exporterfolgsstabilisierung (Staber) an. In der Praxis sei dies jedoch schwierig, da nur drei Länder - Senegal, Elfenbeinküste und Ghana - rund 50 Prozent der Mittel erhalten hätten. Die andere Hälfte verteilt sich auf rund 25 Länder. Noch ausgeprägter ist die Konzentration nach Warengruppen: 75 Prozent der Mittel wurden für Kaffee, Erdnüsse und andere Ölsaaten zur Verfügung gestellt. Nach Meinung Köhlers sollte Staber reformiert werden. Entscheidend seien nicht Edelmetalle bei einzelnen Rohstoffen, entscheidend sei die Betrachtung des Gesamterfolgs.

Ein weiteres Problem ist eng mit der Mittelverwendung verknüpft. Der Erlösausgleich wird derzeit zum Teil als Kredit, zum Teil in Form von Zinszuschüssen gewährt. Köhler kritisiert, daß die Nachweispflicht zum Teil nicht ernstgenommen werde und daß es bereits zu Fällen der Mittelverwendung gekommen sei.

Über 500.000 privaten Kunden konnten wir 1983 bei der Finanzierung helfen. Und über 700.000 Kunden bei der Anlage ihrer Spargelder.

Wenn Sie mehr über die Unternehmensziele der KKB Bank erfahren wollen, fordern Sie unseren Geschäftsbericht an.  
Name: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
KKB Bank, Hauptverwaltung, Kasernenstr. 8-14, 4 Düsseldorf.

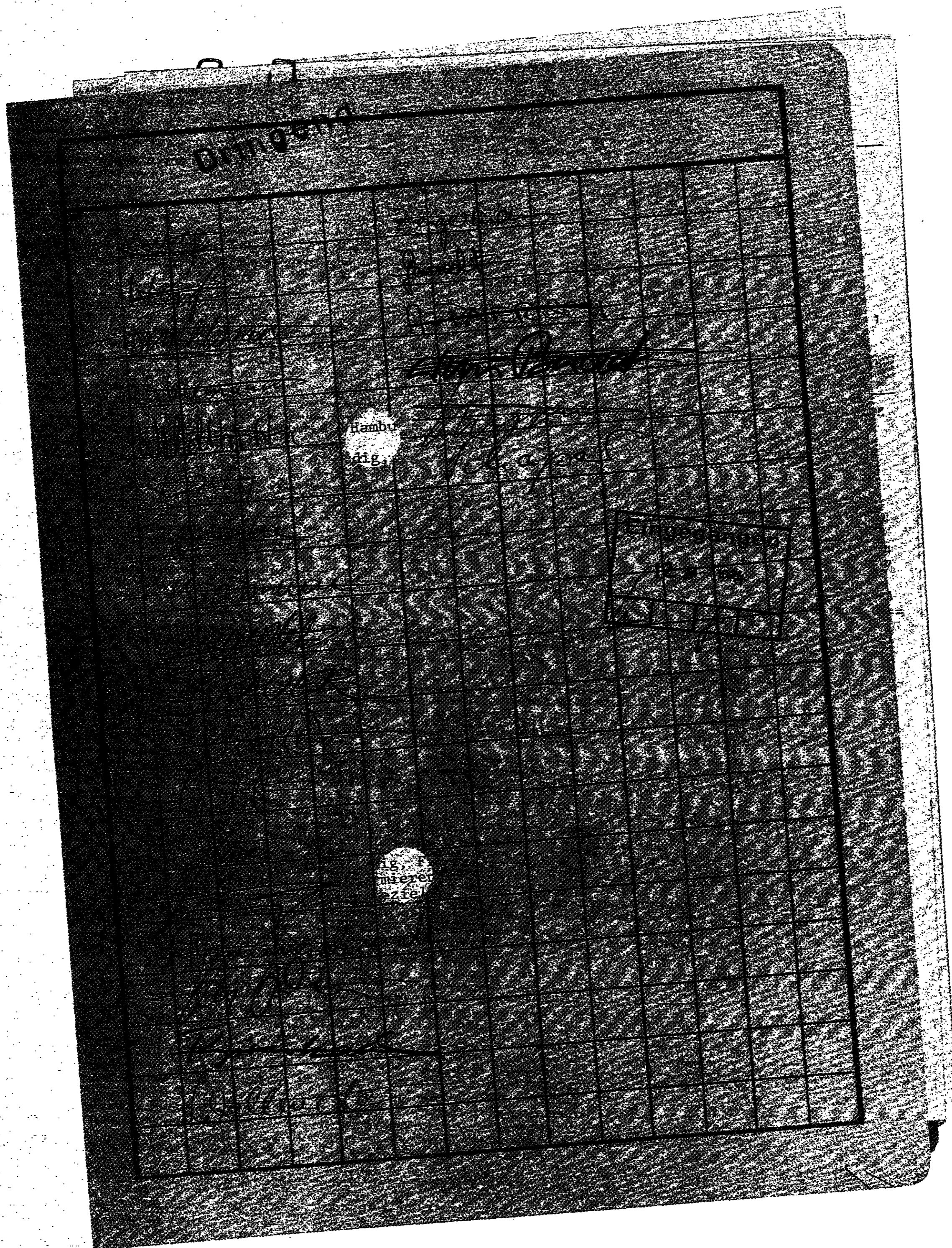


KKB Bank

Die Bank für den privaten Kunden.

Neues von der IBM:

## Von gestern.



Wenn man heute einmal die Arbeit im Büro genau betrachtet, kommt man zu dem Schluß, daß sich einzelne Arbeitsschritte nicht geändert haben. Es müssen Informationen empfangen, gesammelt, bearbeitet, verteilt und nicht selten zu stattlichen Vorgängen verdichtet werden. Dafür gibt es in jedem Unternehmen eine Reihe mehr oder weniger moderner Hilfsmittel. Wächst nun das Unternehmen, nimmt die Menge und die Vielfalt von Informationen, die verarbeitet werden müssen, rapide zu. Und die herkömmlichen Bürohilfsmittel produzieren die berühmt-berüchtigte Papierflut. Die Folge ist, daß die Verwaltungskosten die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens bedrohen. Und damit hört der Spaß an Lösungen, die nur einzelne Arbeitsschritte betreffen, einfach auf. Wer wettbewerbsfähig bleiben will, braucht ein übergreifendes Konzept für die Bürokommunikation, in das die neuesten Techniken der Informations-

verarbeitung einfließen: bessere Werkzeuge am Arbeitsplatz, effektive Kommunikationsdienste, direkten Zugriff zu Datenbanken und Archiven. Dabei werden natürlich ein paar liebgezwonnene Büro-Utensilien nicht mehr benötigt. An der Büroarbeit als solches wird sich nichts ändern. Denn für den Umgang mit Informationen ist das fachliche Können der Mitarbeiter nach wie vor gefragt. Wie leistungsfähig so ein modernes Büro in der Praxis arbeitet, möchten wir Ihnen gern einmal anschaulich vorführen. Am Beispiel einer „Musterfirma“. Wir haben sie in jedem IBM Vertriebszentrum eingerichtet. Wenn Sie an einer Vorführung oder an Informationsmaterial interessiert sind, gehen Sie in das IBM Vertriebszentrum in Ihrer Nähe oder schreiben Sie unter dem Stichwort „Bürokommunikation“ an IBM Deutschland GmbH, Postfach 31 37, 7000 Stuttgart 1.

**IBM**

## Golf-Krieg und IG-Metall-Kompromiß wirkten sich aus

Nachdem die Nixdorf-Aktie, die am kommenden Dienstag nach Pfingsten in den Börsenhandel eingeführt werden soll, am Mittwoch nachbörslisch noch erneuert werden konnte, wurde am Donnerstag, wie befohlen, die 700-Mark-Aktie zu 100 Mark aufgesetzt, so zeitweise Mercedes-Holding. Am Farbenmarkt lagen die Kurse knapp besaupelt. Leichte Steigerungen dagegen bei der Eiel sowie bei den Aktien fremder Anstalten auf weiteren 3,50 DM fort. Stromversorger knapp gehalten. Unter den Großbankaktien fiel der Rückkehr bei Deutscher Bank um drei DM auf. Die Aktien der Bank für Sozialwirtschaft und der Reichsbank freundlich. Das gleiche gilt für Warenhäuser. Auch holländische Aktien an deutsche Märkten weiter freundlich.

**Düsseldorfer** Hochtief befestigten sich um 30 DM auf 580 DM. Sinnes zogen um 10 DM auf 600 DM. Die Aktien der Rheinischen um 9 DM auf 253 DM verbesserten. Keramag fielen um 6 DM auf 188 DM und Scheidemann del verringeren sich um 5 DM auf 158 DM. Die Aktien der Hochtief zogen um 0,90 DM auf 98,20 DM. BMW zogen um 3 DM auf 398,50 DM an. Conti verbesserten sich um 2,60 DM auf 126,50 DM und Daimler schlossen mit einem Plus von 0,20 DM auf 130,80 DM. BASF sanken um 0,50 DM auf 164,70 DM. Bayer verloren 0,20 DM auf 169,50 DM und Hoechst verbesserten sich um 1 DM auf 166,00 DM.

**Karlsruhe** Die Aktien der Hochtief stiegen auf 322 DM plus 4 DM. Reichelt verbesserten sich um 2 DM und Triton Belco um 8,50 DM. Die Versorgungswerte lagen ungeschoren. HEW VZ bei 170 DM unverändert. Von den Regionalbankaktien die Fortis- und Westbank um 10 DM auf 170 DM und die Münchener Agrob St. fielen um 2 DM auf 275 DM. Augsburgs Kammgarn gaben um 0,50 DM auf 105 DM nach und Hellert verbesserten sich um 1 DM auf 105 DM. Audi NSU zogen um 1 DM auf 261 DM an. Dywidag erhöhten sich um 2 DM auf 180 DM. Gehe AG befestigten sich um 1 auf 298 DM. Die Aktien der Chemischen Industrie stiegen um 5 DM befestigten. Steinhilber um 4 DM. Herlitz St. lagen um 2 DM leichter. Herlitz VZ um 1,50 DM und Berthold um 1 DM.

**Nachbörse:** beauptet

**WEST-Altindex:** 144,7 (147,2)  
**WEST-Unterindex:** 200,7 (229,5)

den an deutschen Märkten weiter freundlich.

**Düsseldorf:** Huchtiert befestigten sich um 30 DM auf 580 DM. Stünces zogen um 10 DM auf 600 DM. Huchtiert befestigten sich um 8 DM auf 583 DM verbessern. Keramik fielen um 6 DM auf 188 DM und Scheidemandel verringerten sich um 5 DM auf 138 DM.

**Düsseldorf:** Huchtiert befestigten sich um 0,80 DM auf 98,20 DM. BWK zogen um 3 DM auf 389,50 DM an. Conli verbessern sich um 2,60 DM auf 126,50 DM und Dalmler schlossen mit einem Plus von 6,80 DM auf 135,50 DM ab. B&S sanken um 0,50 DM auf 164,70 DM. Bayer verloren 0,20 DM auf 169,50 DM und Hoechst verminderten sich um 1 DM auf 166,50 DM.

**Düsseldorf:** Huchtiert und Dalmler stiegen auf 329 DM plus 4 DM. Reichelt verbessern sich um 2

DM und Triton Belco um 2,50 DM. Die Versorgungswerte lagen unsicher. HEW Vz bei 170 DM unverändert. Von den Regionalbankkrediten gingen die meisten in den Bankrott und wurden durch die Bank

**München:** Agrob St. fielen um 1 DM auf 275 DM. Augsburgs Kammgart gaben um 0,50 DM auf 108 DM. St. und Heilitz verminderten sich um 1 DM auf 108 DM. Audi NSU zogen um 1 DM auf 261 DM an. Dywidag erhöhten sich um 2 DM auf 180 DM. Geac AG befestigten sich um 1 auf 286 DM.

**München:** Concorde zogen sich um 1 DM auf 186 DM. Huchtiert befestigten sich um 1 DM auf 186 DM. Heilitz zogen um 1 DM auf 150 DM. B&S sanken um 4 DM. Herlitz St. lagen um 2 DM. Ielecher. Herlitz Vz. um 1,50 DM und Berthold um 1 DM.

**Nachbörse:** behauptet

**WEIT-Abnehmer:** 144,7 (147,2)  
**WEIT-Unterstützer:** 205 (229,5)

Märkten weiter  
schief befestigt-  
um 380 DM  
10 DM auf 600  
DM verbessern  
6 DM auf 188  
mandel verrin-  
DM auf 138 DM  
10 DM auf 188  
DM, BSW  
auf 389,50 DM  
an sich 2,80  
DM und Daimler  
Flus von 6  
an 1,80 DM  
auf 164,70 DM  
20 DM auf 169,50  
1 verminderten  
169,50 DM  
1000 Kubik-  
DM plus 4 DM  
Derten sich von 2

DM und Triton Bolco um 2,50 DM  
Die Versorgungswerte liegen un-  
scher, HSW Vz. bei 170 DM unver-  
ändert. Von den Regionalbanken  
gingen der Regionalbank für Bank-  
und Kredit der Markt.  
München: Agrob St. flicion um 1  
DM auf 273 DM. Augsburg:  
Kammargraben gaben um 0,50 DM auf  
105 DM neu und Hellit vermin-  
derten um 0,50 DM auf 50 DM  
DM. Audi NSU zogen um 1 DM auf  
261 DM an. Dywidag erhielten sich  
um 2 DM auf 180 DM. Gehe AG  
befestigten sich um 1 auf 288 DM.  
Die Concordia AG, die sich ver-  
minderten um 1 auf 169,50 DM  
ten sich um 1 auf befestigten, Sche-  
ring um 4 DM, herlitz St. lagen um  
2 DM leichter, Herlitz Vz. um 1,50  
DM und Borthold um 1 DM.  
Nachbörse: behauptet

WEIT-Altindex: 144,7 (147,2)  
WEIT-Unterindex: 2076 (2295)

DM und Triton Balco um 0,50 DM.  
Die Versorgungswerte liegen un-  
sicher. HEW VZ bei 170 DM unver-  
ändert. Von den Regionalbanken  
gingen die des Ost- und Westban-  
ks unverändert aus dem Markt.  
München: Agrob St. fclen um 2  
DM auf 273 DM. Augsburg:  
Kammgarn gaben um 0,50 DM auf  
108 DM. Darm und Heilit vermin-  
gten um 1 DM auf 105 DM.  
DM. Audi NSU zogen um 1 DM auf  
261 DM an. Dywidag erholten sich  
um 2 DM auf 180 DM. Gehe AG  
befestigten sich um 1 auf 288 DM.  
Die 2000er des Chem. W. zogen  
sich um 1 DM auf 205 DM.  
DM befestigten. Scheer-  
ung um 4 DM. herlitz St. lagen um  
2 DM leichter. Herlitz VZ um 1,50  
DM und Berthold um 1 DM.  
Nachbörse: behauptet

WEIT-Absender: 144,7 (147,2)  
WEIT-Unabsender: 2076 (2295)

n Beiko um 2,50 DM.  
 agswerte lagen un-  
 bei 170 DM unver-  
 Regionalbanker  
 reins- und Westbank  
 us dem Markt.  
 grob St. fielen um 3  
 DM. Augsburg  
 ben um 0,50 DM auf  
 und Hellit vermin-  
 n 2,50 DM auf 287,50  
 zogen um 1 DM auf  
 widig erhielten sich  
 180 DM. Gehe AG  
 h um 1 auf 286 DM.  
 rda Chemie konn-  
 m befestigen. Sche-  
 herlitz St. lagen um  
 Herlitz Vz. um 1,50  
 old um 1 DM.  
 ohauptet

DM.  
nsi-  
ver-  
ker  
ank

um 2  
rger  
auf  
min-  
7,50  
auf  
sich  
AG  
DM.  
nn-  
che-  
um  
1.50

2)  
5)

[illegible][illegible]

	7.6	7.6	6.6
1957	1957	1957	1957

[illegible]

H Aachm Beseit. 9	195G	975	H Breitenb.-C. 28	580G	580	M En. Ostb. 5-1	269	270bE	H Hosten-Br. 6-1	266	267
H Aachm. M. Vers. 6-1	297G	975bG	H Br. Strabb. "0	455G	440T	H Elbrach 0	38	37	F Holzmann 10	425G	426
D Aach. Rück. 9	299G	928G	H Br. Vulkan 0	62.6	62	R Engelhardt 7	240G	245	D Hosten 0	195.2	195.1
							245bE	245	D H. W. W. 11.2	245.1	245.2

[illegible]

7.4.		8.4.		9.4.		10.4.		11.4.		12.4.		13.4.		14.4.		15.4.		16.4.		17.4.		18.4.		19.4.		20.4.		21.4.		22.4.		23.4.		24.4.		25.4.		26.4.		27.4.		28.4.		29.4.		30.4.		31.4.		32.4.		33.4.		34.4.		35.4.		36.4.		37.4.		38.4.		39.4.		40.4.		41.4.		42.4.		43.4.		44.4.		45.4.		46.4.		47.4.		48.4.		49.4.		50.4.		51.4.		52.4.		53.4.		54.4.		55.4.		56.4.		57.4.		58.4.		59.4.		60.4.		61.4.		62.4.		63.4.		64.4.		65.4.		66.4.		67.4.		68.4.		69.4.		70.4.		71.4.		72.4.		73.4.		74.4.		75.4.		76.4.		77.4.		78.4.		79.4.		80.4.		81.4.		82.4.		83.4.		84.4.		85.4.		86.4.		87.4.		88.4.		89.4.		90.4.		91.4.		92.4.		93.4.		94.4.		95.4.		96.4.		97.4.		98.4.		99.4.		100.4.		101.4.		102.4.		103.4.		104.4.		105.4.		106.4.		107.4.		108.4.		109.4.		110.4.		111.4.		112.4.		113.4.		114.4.		115.4.		116.4.		117.4.		118.4.		119.4.		120.4.		121.4.		122.4.		123.4.		124.4.		125.4.		126.4.		127.4.		128.4.		129.4.		130.4.		131.4.		132.4.		133.4.		134.4.		135.4.		136.4.		137.4.		138.4.		139.4.		140.4.		141.4.		142.4.		143.4.		144.4.		145.4.		146.4.		147.4.		148.4.		149.4.		150.4.		151.4.		152.4.		153.4.		154.4.		155
------	--	------	--	------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-----

[illegible]

<b>DM-Anleihen</b>	9,25 dgl. 80	91,95	91,95	8 Dealm.Fin.Hold.70	101	101,5	5,25 dgl. 78	92,5
	5,75 Bt. America 78	90,35	90,75-8	8,25 Dom. Credit 74	100,25	100,5	6 dgl. 78	91,25

[illegible][illegible][illegible]

General Electric	53.25	53.125	Singer	25.50	25.625	Hiram Walker Res.	22.125
General Foods	53.50	51.875	Sperry Corp.	37.875	37.25	Hudson Bay Mng.Sp.	12
General Motors	64.50	64.875	Stand. Oil Calif.	37.50	37.375	Musky Oil	11.50

[illegible][illegible]

Paris			
	7.6	6.6	
Air Upside	534	321	
Airchem Alert	201	244	
Bentley	361	244	
Bentley-Guy-Donane	2570	2570	
Camargo	1320	1320	
Chapman	301	319	
Francis Perot B	305	305	
Elizabinski	305	305	
Gov. Lafayette	185	184	
Hechtman	185	189	
Inverto	97.4	1399	
Lafarge	354	354	
Lafayette	291	292	
Macphines Buil	33	32.1	
Mach	748	685	
Molot-Hannaway	1534	1530	
Molot	78.5	78.5	
L'Orbre	776	765	
Panorama	61	61.4	
Panorama	776	776	
Perrier (Source)	514	515	
Perrier	776	777	
Philips	120.5	120.5	
Radio Tech.	785.3	295.5	
Radio Tech.	151.5	160	
Schneider	97.9	99	
Schneider Millen	110	102	
Thomas C. S. F.	300	300	
Union	2.1		
Index: INSEE	712.9	772.2	

Sydney			
	1.72	1.72	
ACI	1.72	1.72	
Ampl. Emph	3.76	3.76	
Wireless Printing	3.76	3.76	
Bentley	3.76	3.76	
Brit. H&L. Prop.	2.94	2.94	
Camargo	5.90	5.92	
CRA	3.12	3.09	
CRA (Theatre)	3.12	3.09	
Memor. Publ.	0.48	0.48	
MIM-Holdings	2.97	2.98	
North Brisbane	1.47	1.47	
North Brisbane Bus	2.97	2.98	
Orpheo	0.85	0.85	
Orpheo Vehicle	4.50	4.50	
Powellton	0.40	0.40	
Radio Tech.	2.98	2.98	
Watkins Bond	0.39	0.42	
Watkins Bond	1.48	1.48	
Wireless Print.	1.80	1.80	

Aktien, davon 150 Verkaufsoptionen: = 7750 Aktien  
Kaufoptionen: AEG 1-80/18,6, 7-85/15, 7-85/  
7-125/21,3, 10-100/9, 10-100/10, 11-101, 1-100/8, B&W

[illegible][illegible][illegible]

Ansätze lagen am 7. Juni ½ Prozent-  
und führten zu höheren Abschlägen

[illegible]

ALLGÄUER ALPENMILCH / Export ausgeweitet

## Ziele wurden voll erreicht

DANKWARD SEITZ, München

Ihre gesteckten Ziele hat die Allgäuer Alpenmilch AG, München, in den ersten vier Monaten 1984 nach Angaben ihres Vorstandsvorsitzenden Hans D. Kalscheuer mit einem Umsatzplus von 8,3 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit voll erreicht. Wesentlichen Anteil daran hatte das Exportgeschäft, das um 15 bis 20 Prozent ausgeweitet werden konnte. Lediglich zwei Prozent mehr brachte dagegen das Inland, angesichts des weiterhin stagnierenden Absatzes des Lebensmittelhandels und unverändert sinkender Geburtenzahlen ein noch zufriedenstellendes Ergebnis.

Wenn Kalscheuer auch sagt, daß man weiter wachsen will, so hat er dennoch selbst erhebliche Zweifel, ob am Jahresende 1984 noch ein Umsatzplus erreicht werden kann. Neben dem zu erwartenden Kaufkraftverlust aus den Tarifauseinandersetzungen wird vor allem die EG-Agrarmarkt-reform das zur Nestlé-Gruppe gehörende Unternehmen treffen. Die geringeren Milchlieferungen bedeuten für die Allgäuer Alpenmilch nach Schätzungen von Kalscheuer erst einmal einen Umsatzausfall von rund 14 Mill. DM. Auf den Ertrag, so hofft er, wird dies kaum Auswirkungen haben, da man vor allem die Herstellung geringwertiger Milchprodukte kappen wird. Zudem soll mit neuen Produkten der drohende Umsatzrückgang aufgefangen werden. Kalscheuer: „Innovationen und Sparmaßnahmen müssen jetzt das Wachstum schaffen.“

Mit dem Verlauf und dem Ergebnis

des abgelaufenen Geschäftsjahres zeigte sich Kalscheuer angesichts der schwierigen Marktlage recht zufrieden. Der Teilkonzernumsatz erhöhte sich um 9,8 Prozent auf 1,43 Mrd. DM. Dieser Zuwachs ist aber allein auf die im Oktober 1983 erfolgte Übernahme der Auer-Gruppe, Köln, zurückzuführen, ohne die eine Umsatzstagnation zu verzeichnen gewesen wäre. Einen doch recht erheblichen Rückschlag um 4,2 Prozent auf 297 Mill. DM mußte die Allgäuer Alpenmilch dabei wegen der finanziellen Schwierigkeiten einiger Abnehmerländer im Export hinnehmen. Die Exportquote sank auf 20,8 (23,8) Prozent. Die AG selbst erreichte einen Umsatz von 1,0 (1,02) Mrd. DM.

Nicht ganz Schritt gehalten mit der Umsatzentwicklung hat nach Angaben von Kalscheuer der Ertrag. Belastend hätten sich hier vor allem die Situation auf dem Kondensmilchmarkt und die Übernahme von Auer, die sich in der Bilanz mit einem Zugang bei Beteiligungen von 41,5 Mill. DM niederschlug. Bedingt durch Auer erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen auf 84,2 (57,5) Mill. DM und die sonstigen Verbindlichkeiten auf 12,0 (5,8) Mill. DM. Die kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Banken wurden total abgebaut. Nach einem Steuerantrag von 27,9 (31,1) Mill. DM weist die AG einen auf die Ausschüttung von wieder 14 DM zugewiesenen Jahresüberschuss von unverändert 18,6 Mill. DM aus. Der Teilkonzern schließt mit einem Überschuss von 23,9 (22,9) Mill. DM.

LANDESBANK STUTTGART / Weniger Wertpapiere

## Gute Vorsorge möglich

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Auf einen „hoffentlich geringeren“ Bedarf an Risikoversicherung stieß für das Jahr 1984 die Landesbank Stuttgart. Ihr Vorstandsvorsitzender Gerhard Volz fügt hinzu, daß er dies vor allem im internationalen Bereich erhoffe. Der Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen war in 1983 auf 137 (51) Mill. DM angestiegen. Wenn gleich der Zinsüberschuss und auch das Betriebsergebnis in den ersten vier Monaten dieses Jahres nicht mehr ganz auf dem Niveau der entsprechenden Vorjahreszahlen lagen, so rechnet Volz für das ganze Jahr doch mit einem „zufriedenstellenden“ Abschluß.

Weitgehend saisonbedingt hat sich die Bilanzsumme des Instituts per Ende April dieses Jahres um rund 1 Mrd. auf 25,8 Mrd. DM verringert. Zurück entwickelt haben sich hauptsächlich das Interbankengeschäft und der Wertpapierbestand. In 1983 führten bei der Landesbank die normalisierte Zinstruktur sowie das größere Geschäftsvolumen zu einer kräftigen Steigerung des Zinsüberschusses um 68 Prozent auf 281 Mill. DM. Da Personal- und Sachkosten

leicht reduziert werden konnten, verdoppelte sich das Betriebsergebnis auf 211 Mill. DM, was eine gute Vorsorge für alle in- und ausländischen Risiken möglich machte.

Der Jahresüberschuss verbesserte sich auf 25 (10) Mill. DM, wovon 13 Mill. DM den Rücklagen zugeführt wurden. An die Anteilseigner – das Stammkapital von 300 Mill. DM ist im Besitz der württembergischen Sparkassen – die im Vorjahr ohne Ausschüttung blieben, werden 9 Prozent (brutto) gezahlt. Die haftenden Eigenmittel belaufen sich nunmehr auf 513 (500) Mill. DM, doch verringerte sich die Eigenkapitalquote leicht auf 1,92 (2,00) Prozent.

Unter der selbst vorgegebenen Devise einer maßvollen Geschäftsausweitung wuchs die Bilanzsumme der Landesbank um 7,2 Prozent auf 26,8 Mrd. DM. Dabei hat die Bank ihren Schwerpunkt weiter vom Interbanken- zum Kundenkreditgeschäft verlagert mit entsprechender Verbesserung der Bilanzstruktur. Das Kreditvolumen weitete sich um 27 Prozent auf 21,8 Mrd. DM aus, wobei Kundenforderungen kräftig auf 13,6 (12,4) Mrd. DM anstiegen. Bei Auslandskrediten hielt sich das Institut zurück.

## NAMEN

Hermann Josef Russe (61) wird zum 31. Dezember aus dem Vorstand der VEB AG ausscheiden. Als Nachfolger wurde Dr. Helmut Gutz (53) mit Wirkung vom 1. Dezember in den Vorstand berufen. Ab 1. Januar übernimmt er die Funktion des Arbeitsdirektors.

Friedrich A. Neumann, Familienunternehmer aus Eschweiler und bis 1982 Präsident der Landesvereinigung der nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbände, wird heute 75 Jahre alt.

Reinhard Wagner, bisher Abteilungs-

lungsdirektor Vertrieb bei der Königsteiner Bausparkasse, wurde mit Wirkung vom 1. Juni zum Vorstandsmitglied der AFW-Bausparkasse, Hameln, bestellt. Er übernimmt die Ressorts Marketing/Vertrieb, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit von Werner Götte, der zum 1. September in den Ruhestand tritt.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Schrader, Vizepräsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, Braunschweig, verstarb im Alter von 64 Jahren.

ALBINGIA-VERSICHERUNGEN / Vorsichtige Zeichnungspolitik zahlte sich aus

## Reservekraft wurde deutlich gestärkt

HARALD POSNY, Hamburg

Auf den ersten Blick scheint die Albingia Versicherungs-AG, Hamburg, im Geschäftsjahr 1983 nur bescheiden vorangekommen zu sein. Der insgesamt mäßige Beitragszuwachs ist jedoch nur auf eine geringe Auslandsprämie, auf Zurückhaltung im übernommenen Geschäft sowie auf die weiterhin selektive Zeichnungspolitik zurückzuführen. Diese ertragsorientierte Geschäftspolitik wurde jedoch durch eine zu fallbedingte Zunahme von Großschäden (Feuer) und durch einen Anstieg von Schadenhäufigkeit und Durchschnittsschäden im Kfz-Geschäft überlagert.

Vorstandsvorsitzender Herbert Singer hob den technischen Gewinn von 7,7 Mill. DM im selbst abgeschlossenen Geschäft für eigene Rechnung hervor, der jedoch vom Verlust im übernommenen Geschäft von 7,3 Mill. DM fast aufgezogen worden ist. Der Rückgang des selbst abgeschlossenen Auslandsgeschäfts, das nur 6 (9) Prozent des Gesamtprämienvolumens ausmachte, beruht auf der Trennung von Teilen des französischen Feuergegeschäfts.

Trotz weitgehend gelungener Qualitätsverbesserung der Bestände

schließt die versicherungstechnische Nettoabrechnung mit einem kleinen Überschuss ab – bei erneuter Zuführung zur Schwankungsrückstellung und einer erstmals gebildeten Drohverlustrückstellung für Feuer-, Haus- und Einbruch-Diebstahlversicherung von 2,6 Mill. DM. Die auf Grund von Sondereinflüssen verminderten Kapitalanlagen und -erträge verbesserten jedoch insgesamt das Ergebnis vor Steuern (52 Mill. DM).

Die aus dem Jahresüberschuss von 17,4 (14,1) Mill. DM in die offenen Rücklagen gesteckten 10 (7) Mill. DM geben zu erkennen, daß trotz der auf 16 Prozent erhöhten Dividende (Hauptaktionär ist die britische Guardian Royal Exchange mit 86 Prozent) die Reservekraft der Gesellschaft gestärkt ist. Das Ergebnis je Aktie stieg auf 25,60 (22) DM.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres stiegen die Prämienentnahmen um neun Prozent, was sich nach den Worten Singers wegen einiger Sonderfaktoren nicht übers ganze Jahr durchhalten läßt. Mit neuen Vertriebsaktivitäten will die Albingia die Personenversicherung fördern, ohne ihre Position als bedeutender Industrieversicherer zu vernachlässigen. Mehr Gewicht soll

KRUPP STAHL / Durch Mengenschwund, Preisverfall und Umstrukturierungskosten tief in die Verlustzone

## Deutliche Besserung im laufenden Stahljahr

J. GEHLHOFF, Bochum

Erwartungsgemäß präsentiert die Krupp Stahl AG, Bochum, ihren 10.000 Aktionären zur Hauptversammlung am 28. Juni mit dem 1983er Abschluß eine tieferste Bilanz dieses Unternehmens, dessen 573 Mill. DM Aktienkapital zu 70 Prozent der Fried. Krupp GmbH und zu 25 Prozent dem Iran gehört. Der Betriebsverlust aus laufendem Konzerngeschäft wird ebenso wie im Vorjahr mit 344 Mill. DM genannt. Anders als 1982 wurden die Verluste kaum noch durch Auflösung offener und stiller Reserven wergelassen, sondern bei der AG mit 287 Mill. DM – bei 195 Mill. DM offenen Rücklagen – auf neue Rechnung vorgetragen. Im Konzern beträgt der Verlustvortrag nun bereits 494 (387) Mill. DM.

Doch hoffnungsfroh blickt Vorstandsvorsitzender Alfons Gödde in eine bessere Zukunft. Im Verlauf von 1984, das im ersten Quartal einen Anstieg der Rohstahlproduktion um fast 17 Prozent brachte, werde man die Verlustzone verlassen. Bei Edelstahl, der 1983 bereits 47 (46) Prozent vom Konzernumsatz und 52 (50) Prozent vom gesamten Stahlumsatz brachte, seien die Zahlen seit Frühjahr wieder schwarz. Bei Massenstein freilich sei-

en noch weitere Aufbesserungen um rund 5 Prozent nötig, um wieder Gewinne zu erzielen.

Der Weg zu diesem Renditeziel wird Krupp Stahl nun leichter, weil im Zeitraum 1981/83 ein Kraftakt der Umstrukturierung bewältigt wurde, der nun endlich seine Früchte zu bringen verspricht. Ein dicker Stolperstein liegt freilich mit dem Streik in der Metallindustrie auf dem Weg. Bislang hat sich Krupp Stahl aus dem Produktionsstillstand in der heimischen Autoindustrie durch vorgezogene Exportlieferungen und Vorratsproduktion herausgeholfen. Nach Pfingsten aber sei man auch bei diesem Ausweg am Ende.

Den dicken Verlust von 1983 verdankte der Krupp'sche Stahlbereich dem Dreifach-Druck von Mengenschwund, Preisverfall und hohen Umstrukturierungskosten. Letztere betragen seit 1981 rund 400 Mill. DM, die bis Ende 1985 zu leisten und in der 1983er Bilanz bereits berücksichtigt sind. Als erste und größte Rate aus dem Bonner 3-Milliarden-Stahlhilfeprogramm konnte das Unternehmen 1983 bereits 191 Mill. DM einbuchen. Circa 100 Mill. DM Staatshilfe könnten da also bis Ende 1985 noch ertragswirksam werden. Allerdings

mit der Maßgabe „bedingter Rückzahlbarkeit“ in Höhe von je 30 Prozent des Jahresüberschusses, wenn in den Jahren 1986/88 Dividenden gezahlt werden sollte. Vom zweiten Teil des Bonner Stahlhilfeprogramms, der (nicht rückzahlbaren) 20-Prozent-Zulage für strukturbessernde Investitionen, erwartet das nach früheren Kraftakten nun vom Zwang zu neuen Großinvestitionen freie Unternehmen (Gödde: „Andere haben da noch Probleme“) bis Ende 1985 nur etwa 80 Mill. DM.

Bilanz der Umstrukturierung bei Krupp Stahl: Auf „dornenvollem Weg“ wurden seit 1980 mit Konzentration vor allem auf Blech- und Edelstahlproduktion 13 Stahlwerksaggregate und 11 Walzwerksanlagen stillgelegt. Die Belegschaft, deren Sozialpläne den Hauptteil des Umstrukturierungsaufwands ausmachten, wurde im Konzern, wenn man den zu Ende 1983 wirksamen Abgang von 2900 Personen in die 50:50-Schmiedefusion mit Klöckner außer Betracht läßt, seit 1980 um knapp 11.000 oder um 27,7 Prozent reduziert. Von derzeit 28.500 Mitarbeitern soll sie bis Ende 1985 noch um weitere 3300 Personen kleiner werden.

Überlebensfähig auch im Allein-

gang sei Krupp Stahl nach dieser Rückschau allemal, resümiert Gödde mit dem einzigen Vorbehalt, daß die EG-Stahlindustrie den Subventionswettbewerb bis Ende 1985 tatsächlich vertragsgemäß beendet. Sein langjähriges Petition für den Aufbruch zu neuen Strukturen in der deutschen Stahlindustrie vergißt er darob jedoch nicht und betont Krupps Bereitschaft zu allem Sinnvollen. Mangels größter Lösungen hat Krupp Stahl da 1983 mit der Übernahme von Wuppermann (vorerst 45 Prozent echte Beteiligung) und der Schmiedeehe mit Klöckner Wesentliches auf kleinerer Ebene geschafft. Größeres ist nach Göddes Andeutungen und trotz des Scheiterns aller großen Fusionspläne in 1983 in naher Zukunft zumindest nicht unwahrscheinlich.

Krupp Stahl *)	1983	± %
Umsatz (Mill. DM)	5520	- 4,3
Exportanteil	31281	(29)
Rohstahl (t/1000 t)	3204	- 2,2
Walzstahl	2540	- 3,9
Belegschaft	29 075	- 10,9
Sachinvestitionen	140	- 49,5
Abschreibungen	332	+ 8,9
Betriebsergebnis *)	- 344	(- 344)
Jahresergebnis (Mill. DM)	- 344	(311)
*) Inlandskonzern; *) Vorstandsangebe.		

RAIFFEISEN

## Durststrecke durchstehen

HENNER LAVALL, Bonn

Als Beweis für das Vertrauen der Mitglieder in ihre Genossenschaften und für die bäuerlichen Selbsthilfeeinrichtungen sieht der Deutsche Raiffeisenverband (DRV), Bonn, die Entwicklung im Jahr 1983. Generalsekretär Hans-Jürgen Wick konnte gestern von einem zufriedenstellenden Geschäft berichten: Die Gesamtumsätze aller Waren-, Verwertungs- und Dienstleistungs-Genossenschaften stiegen um 4,3 Prozent auf 83,7 Mrd. DM an. Der reale Zuwachs habe 4,8 Prozent betragen nach nur 0,3 Prozent im Jahr zuvor. Der Strukturwandel hat sich nach Wick weiter verlangsamt; die Zahl der Genossenschaften nahm um 3,3 Prozent auf 6784 ab.

Für das laufende Jahr werden die Entwicklungsmöglichkeiten vom DRV-Generalsekretär allerdings nicht optimistisch gesehen. Die von Brüssel geschaffenen Rahmenbedingungen ließen dies nicht zu. „Durch Preissenkungen, Abbau des Währungsausgleichs, Quotenregelung bei Milch und flankierende Maßnahmen werden die Marktpreispreise in Deutschland spürbar abgesenkt“, meinte Wick.

Gerade der DRV, über dessen Genossenschaften die Landwirte mehr als die Hälfte ihrer Ein- und Verkäufe tätigen, das sind zur Zeit 47 Mrd. DM, werde davon betroffen sein. Immerhin verarbeitet die genossenschaftlichen Molkereien im Jahr über 20 Mill. Tonnen Milch, in den Schlachtbetrieben werden 11,8 Mill. Schweine und Rinder geschlachtet, mit Obst, Gemüse und Blumen werden 1,4 Mrd. DM umgesetzt und die Winzergenossenschaften verkaufen für 1,2 Mrd. DM Wein.

Die von Bundeskanzler Helmut Kohl angekündigten Hilfen für die deutsche Landwirtschaft in Höhe von jährlich 3 Mrd. DM begrüßt der DRV. Dieser Ausgleich gebe Auftrieb und nähere die Hoffnung, daß die Durststrecke durchgestanden werden kann. Allerdings dürften dabei nicht die Lagerbestände vergessen werden, meinte Wick, die mit dem Abbau des Grenzausgleichs um fünf Prozentpunkte zum 1. Januar 1985 ebenfalls um diesen Betrag weniger wert würden. Hierfür müsse gleichfalls ein Ausgleich geschaffen werden.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hanns Porst gestorben

Nürnberg (dpa/VWD) – Im Alter von 88 Jahren ist der Gründer des Hauses Photo-Porst, Hanns Porst, am Mittwoch in Nürnberg gestorben. Der Ehrensenator der Universität Erlangen-Nürnberg hatte das Unternehmen rund 40 Jahre lang bis 1960 geleitet. Der geborene Nürnberger gab im Jahre 1919 seine Stellung als Magistratssekretär auf und gründete mit 600 geliehenen Goldmark Anfangskapital einen kleinen Photo-Laden. 1927 erreichte Hanns Porst die erste Umsatzmillion. Seine Firma wurde zum Spezialversandhaus für das gesamte Photo- und Filmsortiment.

Mühlen-Überkapazitäten

Bonn (dpa/VWD) – Überkapazitäten sind nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Handelsmüh-

len nach wie vor das drängendste Problem der Mühlenwirtschaft. Bei einer Kapazität von etwa 6,25 Mill. Tonnen Getreide und einer Vermahlung 1983 von nur rund 5,2 Mill. Tonnen fanden derzeit ruinöse Verdrängungskämpfe statt. Am Ende des Getreidewirtschaftsjahres 1982/83 (August/Juli) gab es noch 742 Mühlen – 19 weniger als im Vorjahr. Die Brotgetreidevermahlung ging um 7 Prozent auf 5,21 Mill. Tonnen zurück. Die Ursache lag in erster Linie an den eingeschränkten Exportmöglichkeiten.

Lieferfähig

Frankfurt (adh) – Zu einem Produktionsausfall von rund 60.000 Fahrzeugen hat der Streik im Rüsselsheimer Werk der Adam Opel AG bisher geführt. Die aktuelle Lieferfähigkeit der Opel-Händler sei derzeit aber noch nicht betroffen, erklärte Opel-

Vorstand Hans Wilhelm Gäb. Die Händler haben sich gut eingedockt, als sich der Arbeitskampf ankündigte; nach Gäbs Angaben haben sie derzeit rund 50.000 Fahrzeuge auf Lager.

Tucher: Umsatz verringert

Nürnberg (VWD) – Die Umsatzerlöse der Tucher Brau-AG, Nürnberg, verminderten sich 1983 – gebremst durch eine Erhöhung der Bierpreise zur Jahresmitte – um 1,5 Prozent auf 117,8 (119,6) Mill. DM, in der Gruppe um ein Prozent auf 156,8 (158,3) Mill. DM zurück. Aus dem unveränderten Bilanzgewinn von 0,946 Mill. DM erhalten die Aktionäre – die zu Reemtsma gehörende deutsche Brau GmbH hält mehr als 50 Prozent, die Bayerische Vereinsbank mehr als 25 Prozent der Tucher-Aktien – eine unveränderte Dividende von sechs Prozent.

## DER NEUESTE STERN AM NACHTHIMMEL: INTERCARGO VON DER GÜTERBAHN.



Durch das InterCargo-System wird die Güterbahn über Nacht zum leuchtenden Beispiel für Schnelligkeit und Zuverlässigkeit. InterCargo verbindet nämlich die elf bedeutendsten Wirtschaftszentren der Bundesrepublik in wahren Eiltempo. Und ist dabei auch noch unerhört pünktlich. Aber so ist es eben, wenn man allen 88 planmäßigen InterCargo-Zügen absolute Vorfahrt gibt. Dann schafft es die Güterbahn nämlich, die Güter erst am späten Nachmittag (ab etwa 16 Uhr) abzuholen und sie in aller Regel trotzdem schon am nächsten Morgen bis spätestens 9 Uhr bereit zu stellen. Wenn Ihre Güter es auch so eilig haben, sprechen Sie am besten mit Ihrer DB-Generalvertretung oder Güterabfertigung. Sie wären nicht der erste, der mit der Güterbahn besser fährt.

DB InterCargo

## KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Jacques Bey Vertrieb technischer Neuheiten GmbH; Detmold: A. u. R. Tief- u. Straßenbau GmbH & Co. KG, Bad Salzuflen-Holzhausen; Bielefeld: Baumarkt N. Zedler GmbH, Lage; Essen: Rainer Engelmöhr & Wilhelm Haupt Malerbetrieb GmbH; Fürt/ Bay.: Nachl. d. Jakob Erhard Diemer; Hameln: Nachl. d. Irmingard Schulz, Bad Pyrmont; Hamm: S. A. Wolf GmbH; Kamen: Hansover Harry Falk; Heidelberg: Fritz Bauer; Köln: A. I. L. Agentur f. Auto- & Industrie Leasing Norman Müller GmbH; Köln/Gesler/ Rk.: Nachl. d. Werner Helmut Hofmann; Köln/Heim/Tv.: Langen Jutta Özkan; Ludwigshafen/Rhein: Nachl. d. Maria Ternovits geb. Brinich; Mönchengladbach: GFV Ges. f. Finanzierungs- u. Versicherungsvermittlung mbH i. L.; München: Waldemar Haager; Nachl. d. Helmut Wilhelm Baumann; Nachl. d. Maria Wühr; BZ Dentaltechnischer Kundendienst; Pader: Möbiel-Markt GmbH; Stuttgart-Rad Cannstatt: Nachl. d. Elsa Weber geb. Prietzel.

Vergleich beantragt: Münster: Jeffrey &amp; Whitehead OHG.

## Warenpreise – Termine

**Schwächer schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Gewinne in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.**

Getreide und Getreideprodukte			
Weizen Chicago (chust)			
Jul.	355,00	358,50	
Aug.	359,00	363,00	
Dez.	377,00	378,50	
Weizen Winnipeg (can. 54)			
Jul.	240,45	244,50	
St. Lawrence 1 Clw	241,25	238,45	
Amber Duro			
Roggen Winnipeg (can. 54)			
Jul.	142,50	143,00	
Aug.	142,50	143,50	
Dez.	152,50	152,50	
Hafer Winnipeg (can. 54)			
Jul.	141,40	140,00	
Aug.	139,40	139,50	
Dez.	129,20	129,50	
Hafer Chicago (chust)			
Jul.	185,50	186,75	
Aug.	179,25	181,00	
Dez.	181,50	181,50	
Mais Chicago (chust)			
Jul.	348,75	345,50	
Aug.	321,75	322,00	
Dez.	298,75	299,25	
Mais Winnipeg (can. 54)			
Jul.	142,00	141,40	
Aug.	133,00	132,50	
Dez.	133,10	132,90	
Getreidemittel			
Kaffee			
New York (cib)			
Terminmarkt Jul.	144,75	144,00	
Aug.	144,15	144,00	
Dez.	144,75	144,00	
Zucker			
London (54), Nr. 6			
Aug.	152,40-152,60	150,20-150,80	
Dez.	171,00-171,20	168,00-169,00	
Unsett.	178,20-179,60	176,00-177,00	
Unsett.		4493	2511
Pflaster			
Singapore (Straits-Sing.) (50 kg)		7, 8.	6, 8.
schw. Sumatraesp.	345,00	345,00	
schw. Sumatraesp.	336,00	336,00	
whiter Mandak.	642,50	642,50	
Kakao			
London (54)			
Terminmarkt Jul.	1962-1965	2007-2008	
Sept.	1944-1945	1976-1977	
Dez.	1903-1965	1908-1911	
Unsett.	3552	4894	
Kakao			
London (54)			
Terminmarkt Jul.	1962-1965	2007-2008	
Sept.	1944-1945	1976-1977	
Dez.	1903-1965	1908-1911	
Unsett.	3552	4894	

<b>Dungeness</b>			<b>Hilaka</b>		
New York (c/s)	6. 6.	5. 5.	Chicago (c/s)	6. 5.	5. 4.
Jul.	180,50	181,00	Chicago (c/s), schwem		
Nov.	178,40	178,50	New Northern	64,00	64,00
Jan.	176,80	178,75	Winn. dist., schwem		
Jan.	176,00	178,75	New Northern	62,00	62,00
Jan.	176,10	178,75			
Jan.	175,00	700			
<b>Öle, Fette, Tierprodukte</b>					
<b>Schmalz</b>			<b>Stacheler</b>		
New York (c/s)	5. 5.	5. 5.	Chicago (c/s)		
US-Wirtschafts-			Jul.	827,50	821,50
tion Job Markt	60,00	60,00	Aug.	817,00	817,00
			Sept.	785,00	785,00
			Oct.	729,50	728,50
			Nov.	727,50	727,50
			Dez.	720,00	720,00
			Jan.	763,50	760,00
			Feb.		
			Mar.		
			Apr.		
			May		
			Jun.		
			Jul.		
			Aug.		
			Sept.		
			Oct.		
			Nov.		
			Dez.		
			Jan.		
			Feb.		
			Mar.		
			Apr.		
			May		
			Jun.		
			Jul.		
			Aug.		
			Sept.		
			Oct.		
			Nov.		
			Dez.		
			Jan.		
			Feb.		
			Mar.		
			Apr.		
			May		
			Jun.		
			Jul.		
			Aug.		
			Sept.		
			Oct.		
			Nov.		
			Dez.		
			Jan.		
			Feb.		
			Mar.		
			Apr.		
			May		
			Jun.		
			Jul.		
			Aug.		
			Sept.		
			Oct.		
			Nov.		
			Dez.		
			Jan.		
			Feb.		
			Mar.		
			Apr.		
			May		
			Jun.		
			Jul.		
			Aug.		
			Sept.		
			Oct.		
			Nov.		
			Dez.		
			Jan.		
			Feb.		
			Mar.		
			Apr.		
			May		
			Jun.		
			Jul.		
			Aug.		
			Sept.		
			Oct.		
			Nov.		
			Dez.		
			Jan.		
			Feb.		
			Mar.		
			Apr.		
			May		
			Jun.		
			Jul.		
			Aug.		
			Sept.		
			Oct.		
			Nov.		
			Dez.		
			Jan.		
			Feb.		
			Mar.		
			Apr.		
			May		
			Jun.		
			Jul.		
			Aug.		
			Sept.		
			Oct.		
			Nov.		
			Dez.		
			Jan.		
			Feb.		
			Mar.		

[illegible]

<b>Zinn-Preis Penang</b>			
Stations-Zinn			
am Werk prompt	7. 6.	8. 6.	
(Penang) 200	29.17		
<b>Deutsche Alu-Gießlegierungen</b>			
(DM je 100 kg)	7. 6.	8. 6.	
AluG. 225	412-415	412-415	
AluG. 225	415-417	415-417	
AluG. 225	415-417	415-417	
AluG. 225	456-457	456-457	
AluG. 225	456-457	456-457	
Die Preise verstehen sich für Abrechnungen von 1 bis 5 t frei Werk.			
<b>Alumetalle</b>			
	7. 6.	8. 6.	
Platte (DM je kg)	36.40	36.58	
Roßl (DM je kg Feingut)	34.20	34.350	
Barren-Vier	33.600	33.600	
Flüchsen			
Roßl (DM je kg Feingut)			
(Basis Lond. Penang)			
Deutsche-Vier	34.220	34.350	
Flüchsen	33.810	33.810	
Flüchsen	33.925	33.910	
verpackt			
Roßl (Deutscher Block- mark) (DM je kg)	33.550	34.080	
Stanne			
(DM je kg Feingut)			
(Basis Lond. Penang)			
Deutsche-Vier	809.50	816.90	
Flüchsen	789.10	790.70	
verpackt	846.40	852.30	
<b>Internationale Metallpreise</b>			
Gold (US-Dollarn)	7. 6.	8. 6.	
London	392.00	392.40	
10.30	392.00	392.40	
15.30	391.20	391.80	
20.30	391.70	392.30	
25.30	391.70	392.30	
30.30	391.70	392.30	
35.30	391.70	392.30	
40.30	391.70	392.30	
45.30	391.70	392.30	
50.30	391.70	392.30	
55.30	391.70	392.30	
60.30	391.70	392.30	
65.30	391.70	392.30	
70.30	391.70	392.30	
75.30	391.70	392.30	
80.30	391.70	392.30	
85.30	391.70	392.30	
90.30	391.70	392.30	
95.30	391.70	392.30	
100.30	391.70	392.30	
105.30	391.70	392.30	
110.30	391.70	392.30	
115.30	391.70	392.30	
120.30	391.70	392.30	
125.30	391.70	392.30	
130.30	391.70	392.30	
135.30	391.70	392.30	
140.30	391.70	392.30	
145.30	391.70	392.30	
150.30	391.70	392.30	
155.30	391.70	392.30	
160.30	391.70	392.30	
165.30	391.70	392.30	
170.30	391.70	392.30	
175.30	391.70	392.30	
180.30	391.70	392.30	
185.30	391.70	392.30	
190.30	391.70	392.30	
195.30	391.70	392.30	
200.30	391.70	392.30	
205.30	391.70	392.30	
210.30	391.70	392.30	
215.30	391.70	392.30	
220.30	391.70	392.30	
225.30	391.70	392.30	
230.30	391.70	392.30	
235.30	391.70	392.30	
240.30	391.70	392.30	
245.30	391.70	392.30	
250.30	391.70	392.30	
255.30	391.70	392.30	
260.30	391.70	392.30	
265.30	391.70	392.30	
270.30	391.70	392.30	
275.30	391.70	392.30	
280.30	391.70	392.30	
285.30	391.70	392.30	
290.30	391.70	392.30	

## FINANZANZEIGEN

# ALBINGIA

Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Hamburg

— Wertpapier-Kenn-Nr. 845 700 —

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der

**am Donnerstag, dem 12. Juli 1984, 10.00 Uhr,**

im Sitzungssaal der ALBINGIA-Hauptverwaltung, Hamburg 1, Ballindamm 39, III.  
Obergeschoß, stattfindenden

## ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

### Tagesordnung

1. Entgegennahme des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983  
aus den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats.
2. Vorlage des Teilkonzernabschlusses mit dem Teilkonzerngeschäftsbericht für das  
Geschäftsjahr 1983.
3. Verwendung des Bilanzgewinns 1983.  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn 1983 in Höhe von ..... DM 10 283 818,—  
wie folgt zu verwenden:  
16 % Dividende ..... DM 1 637 309,—  
auf das Grundeigentum von DM 45 200 000,— ..... DM 7 392 000,—  
Weitere Zuweisung an andere (freie) Rücklagen ..... DM 2 000 000,—  
Zusätzlicher Aufwand hierfür ..... DM 625 000,—  
Vortrag auf neue Rechnung ..... DM 266 818,—  
DM 10 283 818,—
4. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983.  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.
5. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.
6. Zuzahl zum Aufsichtsrat.  
Ernst F. Biegand schied mit der Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung  
am 12. Juli 1984 aus dem Aufsichtsrat aus.  
Der Aufsichtsrat schlägt vor, an seine Stelle  
John E. H. Collins, London  
Chairman of the Board  
Guardian Royal Exchange Assurance plc, London  
für die mögliche Amtszeit als Aktionärsvertreter in den Aufsichtsrat zu wählen.  
Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats bestimmt sich nach § 96 Abs. 1 Aktiengesetz  
in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Mitbestimmungsgesetz. Die  
Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.
7. Sonstiges.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung ist jeder Aktionär berechtigt, der im  
Aktionenbuch eingetragen ist und seine Teilnahme spätestens am dritten Tag vor der  
Hauptversammlung beim Vorstand der Gesellschaft schriftlich angemeldet hat.

Jeder teilnahmeberechtigende Aktionär kann sich in der Hauptversammlung durch seinen  
gesetzlichen Vertreter oder durch einen schriftlich Bevollmächtigten vertreten lassen.

Hamburg, den 8. Juni 1984

Der Vorstand

# Electricity Supply Commission (ESCOM)

Sandton/Südafrika

**6 1/4 % Anleihe von 1972/87 über DM 100 000 000,-**  
- Wertpapier-Kenn-Nr. 482 401 / 410

Die am 1. September 1984 fällige siebte Tilgungsrate ist am 8. Mai 1984 gemäß § 3 der Anleihebedingungen ausbezahlt worden.

Gezogen wurde die Serie 5 in Höhe von DM 10 000 000,-  
- Kenn-Nummer 482 405 -  
umfassend  
10 000 Teilschuldverschreibungen  
in die DM 1000,-  
Nr. 040 001 - 050 000

Die ausgetauschten Teilschuldverschreibungen (mit Zinsscheinen zum 1. September 1985) unter den inhiibaren Kosten für den Austausch eingetauscht.

a) In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend aufgeführten Banken und deren Niederlassungen:

Dresdner Bank Aktiengesellschaft  
Bank für Handel und Industrie  
Aktiengesellschaft  
Commerzbank Aktiengesellschaft  
Berliner Comptenzbank  
Aktiengesellschaft  
Baden-Württembergische Bank  
Aktiengesellschaft  
Bankhaus Gebrüder Bachmann  
Bankhaus Hermann Lampe  
Kommanditgesellschaft  
Bayerische Hypotheken- und  
Wechsel-Bank Aktiengesellschaft  
Bayerische Landesbank Girozentrale  
Bayerische Anstaltspark  
Aktiengesellschaft  
Joh. Berenberg, Gossler & Co.  
Bankhaus Aktiengesellschaft  
Berliner Handels- und Filialbank  
Bank Credit Commercial de France & Co. sG  
Delnische & Co.  
Deutsche Bank Aktiengesellschaft  
Deutsche Bank Berlin  
Aktiengesellschaft

DK Bank Deutsche Genossenschaftsbank  
Deutscher Genossenschaftsbank  
- Deutsche Kommunitätsbank -  
Deutsche Länderbank  
Aktiengesellschaft  
Erfurter Bank-Werburg  
Aktiengesellschaft  
Georg Hauck & Sohn Bankiers  
Kommanditgesellschaft auf Aktien  
Heussische Landesbank  
Aktiengesellschaft  
Merck, Finck & Co.  
S. Meißner sen., Sohn & Co.  
Norddeutsche Hypotheken- und  
Wechselbank Aktiengesellschaft  
Norddeutsche Landesbank  
Girozentrale  
St. Oettershagen J. & Cie.  
Reuschel & Co.  
Schroder, Münchmayer, Hergst & Co.  
Strombank Aktiengesellschaft  
Trinkaus & Burhard  
Versime- und Wechselbank  
Aktiengesellschaft  
M.M. Warburg - Brinckmann, Wirtz & Co.  
Westfälische Landesbank  
Girozentrale  
Westfälische Bank Aktiengesellschaft  
b) außerhalb der Bundesrepublik  
Deutschland und Österreich und in der  
Hauptniederlassungen der in den Anleihebedingungen aufgeführten Banken  
unter den dort genannten Bedingungen.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet mit dem Tage, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden.


Für noch nicht fällige Zinsscheine, die bei der Einlösung nicht mit eingezahlt werden, wird der Kapitalbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibungen um Übertrag der fälligen Zinsscheine gekürzt.

Von dem zu dem 1. September 1978, 1979, 1980, 1981, 1982 und 1983 ausstehenden Teilschuldverschreibungen der Serien 4, 10, 3, 1, 6 und 2 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Im Auftrag

**Dresdner Bank**  
Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main,  
im Jahr 1984



# Lufthansa

## Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft Köln

Wir laden Hiermit unsere Aktionäre ein zu der am Mittwoch,  
den 18. Juli 1984, um 11.00 Uhr im Internationalen Congress Centrum,  
Berlin, stattfindenden

### ordentlichen Hauptversammlung.

#### Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsbereichsberichts für das Geschäftsjahr 1983.
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 1983.
3. Beschlussfassung über die Entlassung des Mitgliedes des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983.
4. Beschlussfassung über die Entlassung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.
5. Beschlussfassung über die Festsetzung einer Vergütung und eines Stimmpreises für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.
6. Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

#### Vorschläge zur Beschlussfassung

**Zu Punkt 2 der Tagesordnung**  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluss ausgewiesenen Bilanzgewinn von DM 63.000.000,- zur Zahlung einer Dividende von DM 3,- je Stamm- und Vorzugsaktie im Nennbetrag von DM 50,- zu verwenden.

**Zu Punkt 3 der Tagesordnung**  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlohnung zu erteilen.

**Zu Punkt 4 der Tagesordnung**  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats Entlohnung zu erteilen.

**Zu Punkt 5 der Tagesordnung**  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 1983 eine Vergütung von DM 5000,- je Mitglied, das Anwaltskanzlei an den stellvertretenden Vorsitzenden und das Doppelte an den Vorsitzenden zu zahlen sowie ein Sitzungsgeld von DM 100,- je Mitglied und Sitzung zu vergüten.


**Zu Punkt 6 der Tagesordnung**  
Der Aufsichtsrat schlägt für die Treusberlin Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung ist gemäß § 15 unserer Satzung berechtigt, wer seine Aktien bis spätestens 11. Juli 1984 bei einer Hinterlegungsstelle hinterlegt hat und sie bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belässt.

**Vertrauliche Spezialanfrage**  
im In- und Ausland erledigt seriöser  
Einzelkäufer.

Zuschr. unter H 6982 an WELT-Verlag,  
Postfach 10 08 64, 4300 Essen

... ganz klar!  
Notiz-Quader von  
**KNAUER**



— **KNAUER**  
**NOTIZ QUADER**

Engagierter, zuverlässiger und  
erfolgreich arbeitender

**Verkaufsleiter**

mit langjähriger und vertrauens-  
vollen Kontakten zum führenden  
*Handel der gehobenen De-  
potkosmetik* (beste Referenzen)  
übernimmt interessante und se-  
riösen Vertretungen exklusiver  
Accessoires im Bereich Parfüm-  
erien, Drogerien und Warenhaus  
für die Postleitzahlgebiete 4 - 3

— 6. Lager vorhanden.

Anfragen unter H 6982 an WELT-  
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300  
Essen

**Namhafter europäischer Hersteller von Autopflege- und Zubehörprodukten sucht**

**Kooperationspartner**

für den Absatz in der Bundesrepublik an Großhandel, Warenhäuser, Märkte usw.

Angeb. erb. u. D 7120 an WELT-Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen.

Für den Vertrieb von Spezialkühlchränken für die Weinlagerung  
suchen wir

**Handelsverter oder Vertriebsfirma**

Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Mme. Rouyer, 101, Av. du Gl. Leclerc, F - 75014 Paris

## MAKLER

Wöchentlich stellen Ihnen Kunden ohne Geldanlage, an der ein bedeutendes Geldstille beteiligt ist, zu einer hohen garantierten Rendite anbieten!

Sieben Sie sofort das ganze, was Ihre eigenen Renditen von durchschnittlich 60 % p.a. und mehr aus jährlichen Erträgen in den USA erziehen! Dieser Anlageplan wurde von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und für gut befunden.

Sichere Fortsetzung und Kapitalsteigerungsbeteiligung warten auf für uns geeignete Makler. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind uns willkommen.

Diebstahlversicherung des Vermögens durch die Versicherungsgesellschaft Bepos 24 - GE-1005 Lüssener (Schweiz), Tel. (00 41 31) 22 35 12 - Telex 55 185 MELAS CH


**Passionsspiele**  
**1984**  
Arrangementwünsche erfüllt Ihnen

  
**Königshof**  
**HOTEL**  
St.-Martin-Str. 4  
8100 Garmisch-Partenkirchen 2 · Tel.: 0 88 21 / 5 30 71 · Tx.: 59 644

**Spezialist**  
f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Holoverdell** Wer nimmt f. Hbg. Pa. Telefonate an? Bew. aus al. Ort. Plz. 243, Tel. 400 / 37 17 30 u. 37 17 44, b. 20 Uhr.


**Bei Antworten auf Chiffrenzeilen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!**



**Veronika Carstens,  
Ärztin und Frau des Bundespräsidenten,  
Schirmherrin der Deutschen Multiple  
Sklerose Gesellschaft**  
**„Multiple Sklerose Kranke dürfen nicht länger  
im Schatten leben“**

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

# Erwirtschaften Sie bis zu


%  

p.a.

## Lombard

### Festgeldanlagen

1 Jahr Festgeld	9	p.a.
2 Jahre	9	%
3	10	p.a.
4	10	%
5	11	p.a.

Für Anlagen von £1.000 bis £100.000. Zinsen werden jährlich ausgezahlt.  
*Der obige Zinssatz wurde zum Zeitpunkt der Übergabe an die Presse quoted.*

---

**Nachfolgend einige der Vorteile einer Festgeldanlage bei Lombard:**

- \* Ihre Gelder erwirtschaften einen guten Zinssatz, der sich während der Anlagezeit nicht mehr ändert.
- \* Alle Zinserträge werden ohne Abzug von Steuern ausgezahlt.
- \* Ihr Konto wird vertraulich gehandhabt.
- \* Da die Devisenkontrolle in Großbritannien nicht mehr besteht, können Ihre Gelder zum Zeitpunkt der Rückzahlung in £-Sterling oder in einer anderen Währung in jegliches Land überwiesen werden.
- \* Wir sind ein Mitglied einer der größten Bankgruppen der Welt.
- \* Für die Führung des Kontos entstehen keine Gebühren.

**Wir quotieren unsere Zinssätze für Anlagen von 1-5 Jahren, wobei die Zinssummen beliebig, vierteljährlich oder halbjährlich eintufen und für Anlagen mit einer 3- oder 6-monatigen Kündigungsfrist.**

**Für weitere Details über unsere Anlagemöglichkeiten und Zinssätze bitten wir Sie, uns noch heute den Computer zuzuschicken.**

**Wir unterhalten bei der Deutschen Westminster Bank AG, Zweigniederlassung, 4000 Düsseldorf 1, Kleinstraße 33, das Konto 01 87518 914, auf das Sie Ihre Einzahlungen vornehmen können.**

---



## Lombard North Central

**Anlagekonten**

**An:**  
Lombard North Central PLC  
Abt. 840  
17 Bruton Street  
London W1A 3QH, England  
Telefon: 347 3434

**NAME:** \_\_\_\_\_

**ANSCHRIFT:** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

(BEKLEBUNGSTABEN BITTEN)

In England registriert. Nummer 337004. Sitz der Gesellschaft: Lombard House, Curzon Street, London W1A 9EU.  
**Ein Mitglied der National Westminster Bankgruppe**

**KARSTADT**  
Aktiengesellschaft · Essen

Wertpapier-Kenn-Nummer 527 500

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am  
Montag, dem 16. Juli 1984, 10.00 Uhr,  
in unserer Hauptverwaltung in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Straße 2,  
stattfindenden

**ordentlichen Hauptversammlung**

ein.

**Tagesordnung:**

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrates sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983.
2. Beschlussfassung über die Gewinnverwendung.
3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1983.
4. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Eingliederung der Neckermann Versand AG, Frankfurt am Main, in die Karstadt AG gem. §§ 319, 320 AktG.
5. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 1. 07. 1984 bei der Hauptversammlung oder der Hauptversammlung bei unserer Geschäftsfiliale, Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Straße 2, oder bei einer der nachstehend aufgeführten Stellen hinterlegen:

Deutsche Bank AG, Düsseldorf, Frankfurt/Main,  
mit ihren sämtlichen Niederlassungen;  
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin;  
Commerzbank AG, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg,  
mit ihren sämtlichen Niederlassungen;  
Berliner Commerzbank AG, Berlin;  
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin;  
Bayrische Vereinsbank AG, München, Berlin, Frankfurt/Main,  
Stuttgart;  
Delbrück & Co., Hamburg, Berlin, Köln;  
Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main,  
mit ihren sämtlichen Niederlassungen;  
M. M. Wurgub-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg;  
Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn;  
Commerz-Credit-Bank AG, Europartner, Saarbrücken;  
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken;  
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg;  
Trikhaus & Burkhardt, Düsseldorf;  
Westdeutsche Landesbank – Girozentrale –, Niederlassung Essen.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für die bei anderen Banken verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapierammelbank erfolgen. In diesem Falle ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am 12. 07. 1984 bei der Gesellschaftskasse in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Straße 2, einzureichen.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlussfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 107 vom 08. 06. 1984 veröffentlicht.

Aktionäre, die die nach dem Aktiengesetz zu übersendenden Unterlagen nicht erhalten haben, können diese bei der Gesellschaft oder bei den in dieser Bekanntmachung genannten Hinterlegungsteilen anfordern oder einsehen.

Essen, den 08. 06. 1984

**DER VORSTAND**

Bank für Handel und Industrie AG  
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG  
Bayerische Vereinsbank AG  
Berliner Bank AG  
Befliner Commerzbank AG  
Berliner Handels- und Frankfurter Bank  
Commerzbank AG  
Deirlich & Co  
Dresdner Bank AG  
Eisenbahn-Werbung AG  
Akten sind auch dem ordnungsgemäß hinterlegt, wenn es mit Zustimmung einer Anteilsgesellschaft für diesen bei einem Kreditinstitut zur Besicherung der Hauptversammlung gespend werden.  
Aktion können auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. Diese Bescheinigung über die Hinterlegung ist spätestens am 12. Juli 1984 bei unserer Geschäftsstelle einzureichen.

Köln, den 8. Juni 1984

**Deutsche Luftfahrt Aktiengesellschaft**  
**Der Vorstand**

[illegible]

# WELT

## ITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zentralelektionen: 5300 Bonn 2, Codesberger  
Allee 101  
Tel. (02 30) 30 90 14, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion:  
Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen:  
(0 30) 25 11 52-1216, Telex 1 84 611

3600 Hamburg 36, Kalauer-Willens-Strasse 1  
Tel. (0 40) 24 71 01, Telex Redaktion und Vertriebs:  
2 170 041, Telex (0 40) 24 71 01  
2 47 43 80, Telex 2 37 001 777

4300 Essen 18, Im Teichweg 105, Tel.  
(0 20 54) 19 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54)  
10 15 94, Telex 8 979 104  
Postfach (0 20 54) 57 26 und 5 27 29

5000 Hannover 1, Lange Laube 3, Tel. (03 31)  
1 72 14, Telex 2 32 819  
Anzeigen: Tel. (03 31) 6 49 09 09  
Telex 2 320 160

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel.  
(02 11) 97 30 42/44, Anzeigen: Tel. (02 11)  
37 60 18, Telex 5 287 758

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 4, Tel.  
(06 11) 77 30 11-13, Telex 4 12 409  
(06 11) 77 30 11-13  
Telex 4 182 833

7600 Stuttgart, Rotebühlplatz 32a, Tel.  
(07 14) 22 15 80, Telex 7 32 896  
Anzeigen: Tel. (07 14) 1754 50 72

8000 München 60, Scheffelsring 20-43, Tel.  
(0 89) 28 12 14, Telex 5 23 813  
Anzeigen: Tel. (0 89) 28 12 30 20  
Telex 5 23 838

Montabismonten bei Zerstörung durch die Post oder andere Ereignisse. Das 2,50 ein- schließlich 7 % Mehrwertsteuer Aufschlag- abnommen DM 2,- einschließlich Porto. Der Preis des Leserscheinabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnements- gebühren sind im Voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlegers oder anderer vom Stützpunkt der Arbeitsstellen besendeten keine Ansprüche gegen den Verlag. Eventuelle Ansprüche können nur zum Monatsende angesprochen werden und müssen bis zum 1. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

**GÜLTIG Abnahmepreise für die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion:**  
Die WELT ist ab SOFFIZIAL Nr. 13 im Druckmaschinen-Druck gültig ab 1.1.1984, für die Hamburg-Vertriebs-Druck ab 1.1.1984.

**Ärztliches Publikationsorgan der Berliner Börsen, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hannoverschen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börsen, München, und der Rheinisch-Westfälischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.**

Für ungenutzte einbezogene Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-KOPIERT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG,  
2000 Hamburg 56, Kalauer-Willens-Str. 1  
Nachdrucktechnik: Schmidt Preisch

Herstellung: Werner Koschak  
Anzeigen: Dietrich Wolfarth  
Vertrieb: Gerd Dieter Ludwig

Verlegerin: Dr. Erna-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teichweg 105,  
2000 Hamburg 56, Kalauer-Willens-Str. 1



## DANKE, HERR GAUSS!

Er veröffentlichte weniger als die Hälfte seiner über 400 Originalideen, Konzepte, Entdeckungen, Theoreme und Erfindungen. Aber schon das reichte, ihn zu einem der drei größten Mathematiker der Geschichte zu machen.

Die andere Hälfte seiner Ideen findet sich in seinen Briefen und Tagebüchern. Wer die kennt, versteht auch, warum Carl Friedrich Gauss die Erleuchtungen jüngerer Kollegen oft etwas kühl und unenthusiastisch aufnahm: er hatte längst alles selber durchgedacht, nicht-euklidische Geometrie, die Methode der klein-

sten Quadrate, das Rechnen mit hyperkomplexen Zahlen, die Funktionentheorie, was Sie wollen.

Der himmlische Teil unseres Geschäftes verdankt ihm am meisten — vornehmlich seinen Erkenntnissen zur Himmelsmechanik, zur Aerodynamik und zur Navigation.

Gauss lebte gerade lange genug, um die erste Eisenbahn in Göttingen ankommen zu sehen. Seine Ideen werden leben, solange Flugzeuge, Raketen und Raumschiffe fliegen.

United Technologies:  
das sind Pratt &  
Whitney Düsentriebwerke,  
Otis Aufzüge,  
Carrier Klimaanlage,  
Sikorsky Hubschrauber  
und Mostek Halbleiter.

In Deutschland gehören  
Fahrer Otis  
TELEFUNKEN Elektronik,  
EUROSIL Elektronik,  
Immont und Hartmann  
Druckfarben dazu.



## Hans Andreas Bendixen

Nun aber Neid, Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei:  
aber die Liebe ist die Größte unter ihnen.  
(1. Kor., Kap. 13, Vers 13)

Kapitän

7. Dezember 1901 5. Juni 1984

Wir haben viel verloren.

Im Namen aller Angehörigen

Anna Margareth Bendixen geb. Feddersen  
Hans-Holger und Helga Bendixen geb. Ahlers  
Hans-Edgar, Anna Margaritha, Klaus und Michael  
Bernhard und Elke Sondermann geb. Bendixen  
Imme, Karen, Olav und Wiebke

Brandorfweg 9  
2 Hamburg 52

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 14. Juni 1984, um 12 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Hamburg-Bergstedt.

## Hans A. Bendixen

Kapitän

7. Dezember 1901 5. Juni 1984

Wir trauern um einen Mann der ersten Stunde.

Verbunden mit Christian Ahrenkiel durch gemeinsame nordschleswigsche Heimat hat Hans Bendixen von der Gründung unserer Reederei an mit großer Tatkraft an deren Entwicklung, besonders in den schweren Anfangsjahren, führend mitgewirkt.

Er prägte unsere erste Generation von Kapitänen, Offizieren und Besatzungen.

Der Aufbau unserer Reederei ist ohne Hans Bendixen nicht denkbar, und wir werden uns seiner stets in Dankbarkeit erinnern.

Christian F. Ahrenkiel

Reederei und Schiffahrtskontor  
Hamburg

An der Alster 45

Unsere liebe und fürsorgliche Mutter, Schwiegermutter  
und Großmutter ist im gesegneten Alter von fast 89  
Jahren sanft entschlafen.

## Gertrud Versmann

geb. Arning

\* 24. Juni 1895 † 5. Juni 1984

In Liebe und Dankbarkeit

Margaret v. Marchtaler geb. Versmann  
Elisabeth Barchard geb. Versmann  
Amand v. Marchtaler  
Marie-Louise Versmann geb. v. Brauchitsch  
Dieter Barchard  
und ihre Enkel und Urenkel

2000 Hamburg 52, Dornstückenweg 8  
2000 Hamburg 52, Meyerhofstraße 6

Beerdigung am Dienstag, dem 12. Juni 1984, um 13 Uhr Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Kapelle 10.

Es wäre im Sinne der Entschlafenen, statt eventueller Blumen dem „Helferbund Rita v. Gudecker e. V.“ eine Spende zukommen zu lassen. Kto.-Nr. 5 03 87 32, Deutsche Bank, BLZ 200 700 00.

## Helmuth Schulze

\* 2. Dezember 1898 † 1. Juni 1984

In stiller Trauer  
Lotte Schulze  
Erica Schulze  
Hedwig Richau

früher Haynstr. 9, 2000 Hamburg 20  
Wintergasse 1, 8900 Augsburg

Die Trauerfeier fand auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis statt.

## Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder  
ferschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:

Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80,  
- 39 42 oder - 42 30

Berlin (0 30) 25 91-29 31

Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24

Telex:

Hamburg 2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

## Ottfried Kiesewetter

- Verkaufsbüro Hamburg -

ist unerwartet im Alter von 62 Jahren verstorben.

Herr Kiesewetter ist bereits im Jahr 1958 in unser Unternehmen eingetreten. Er war ein stets einsatzbereiter und überaus pflichtbewusster Mitarbeiter, dem wegen seines aufrichtigen Charakters und seiner ausgezeichneten Fachkenntnisse sowohl von Vorgesetzten und Kollegen, wie auch von unseren Kunden ein hohes Maß an Sympathie und Anerkennung entgegengebracht wurde.

Wir sind tief bewegt über seinen zu frühen Tod und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsleitung, Betriebsrat  
und Mitarbeiter der  
DLW Aktiengesellschaft

Die Trauerfeier findet am Dienstag, 12. 6. 1984 um 10.45 Uhr im Krematorium in Ohlsdorf, Halle C, statt. Anstelle von Kranz- und Blumenspenden wird um eine Spende gebeten an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger e. V., auf das Konto der Vereins- und Westbank Hamburg Nr. 1 07557 (BLZ 200 300 00).

Am 6. Juni verstarb im Alter von 71 Jahren unser Seniorchef, Herr

## Dr. rer. pol. Peter Koch

\* 17. April 1913

Herr Dr. Peter Koch hat unser Unternehmen vor 27 Jahren gegründet und nach vielen Anfangsschwierigkeiten zur heutigen Bedeutung geführt. Es war ihm vergönnt, das Familienunternehmen, das sein Lebenswerk war, in bester Verfassung in die Hände der nachfolgenden Generationen zu legen.

Das Andenken an ihn ist gleichzeitig Verpflichtung für uns.

Gesellschafter, Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter der

Synthopol Chemie

Dr. rer. pol. Koch &amp; Co., Buxtehude

Die Trauerfeier findet am 13. Juni 1984, um 11 Uhr auf dem Waldfriedhof in Buxtehude statt.

## Dr. med. dent. Karl Winter

geboren am 14. Januar 1900

gestorben am 5. Juni 1984

Mehr als 50 Jahre war Dr. Winter der zahnärztlichen Berufspolitik eng verbunden. Nach dem Kriege war er maßgeblich am Wiederaufbau der zahnärztlichen Organisationen beteiligt und 25 Jahre lang als Präsident der Zahnärztekammer Nordrhein im standespolitischen Geschehen in Nordrhein mit großem Erfolg tätig.

Als Gründer des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Nordrhein und als langjähriger Vorsitzender des Verwaltungsausschusses hat er sich besondere Verdienste um die Altersversorgung der nordrheinischen Zahnärztschaft erworben.

Er leitete die Ständige Konferenz aller zahnärztlichen Versorgungswerke im Bundesgebiet und West-Berlin.

Viele Jahre war er Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Zahnärzte und gehörte zu den Mitbegründern des Bundesverbandes der Freien Berufe, zu dessen Präsidenten er 1962 gewählt wurde.

Im Laufe der Jahre erhielt er hohe und höchste Auszeichnungen für sein engagiertes Wirken.

Mit Dr. Winter verlieren wir eine hervorragende Persönlichkeit und einen vorbildlichen Kollegen und Freund, der sich durch seine Tatkraft und sein großes menschliches Verständnis bei allen, die mit ihm zusammenarbeiteten, Verehrung und Dankbarkeit gesichert hat. Wir werden seiner immer gedenken.

Zahnärztekammer Nordrhein  
Der Präsident  
Dr. Pfortner

Versorgungswerk  
der Zahnärztekammer Nordrhein  
Verwaltungsausschuß Geschäftsführung  
Dr. Baczek ZA. Oppermann Direktor Dr. Ingenhoven

Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein  
Vorsitzender des Vorstandes  
Dr. Osting

Düsseldorf, den 5. Juli 1984

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 12. Juni 1984, um 12.00 Uhr in der Kapelle des Nordfriedhofes statt.

Auf Wunsch des Verstorbenen bitten wir anstelle von Kranzen um eine Spende zugunsten des Sozialfonds der Zahnärztekammer Nordrhein auf das Konto 001 50 500 bei der Deutschen Apotheker- und Ärztekasse Düsseldorf.

# Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.

Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen\*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen - von Röntgen selbst X-Strahlen genannt - welche die Eigenschaft haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikkollege dies zunächst an Papier, Hartgummi, Blei und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.

Dann wagte Röntgen die „Premiere“, vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anomomen Albert von Kölliker. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedachte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.

\*) \* 27. 3. 1845 in Lennep; † 10. 2. 1923 in München.

„Die Entdeckung von Strahlen Röntgen“  
gibt uns die ersten Schritte an  
mit denen wir in der Zukunft  
Sinn aus dem menschlichen Leben

Auch heute - fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen - bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinitiativen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Einnahmen der von ihm betreuten Stiftungen - unabhängig vom Staat - Wissen

schaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung - vor allem die Früherkennungsforschung - und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.



Stifterverband für die  
Deutsche Wissenschaft e.V.  
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft  
Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

## DIE SLOAN BLINDEN- UND AUSSÄTZIGEN MISSION SIEGEN

bekämpft weltweit Hunger  
Blindheit  
und Aussatz

Helfen Sie uns, damit wir weiterhelfen können:  
DM 10 blinderhaltende Medikamente  
DM 30 für eine das Augenlicht rettende Operation  
DM 50 für monatliche Medikamente für 10 Aussätzige

SLOAN BLINDEN- UND AUSSÄTZIGEN MISSION SIEGEN 51, Postfach  
Postfach 157 994-506 / Sparkasse Siegen 5100 5275

**Faszination Technik: Erleben, was die Welt verändert.**

hobby, das Magazin der Technik. Kompetent, präzise, unterhaltend. Holen Sie sich das neue Heft bei Ihrem Zeitschriftenhändler. DM 5,-

**hobby jetzt neu. Monatlich.**

Kanaltunnel  
Neue Kampfflugzeuge  
Atom-Rennbahn  
Medizin  
Interview  
Laser-Technik  
Kraftwerke

Solar-Energie  
Die Fabrik die Sonne tankt









**Ärger beim Rückflug – kein Türkei-Trip über Griechenland**

Seite III

**Reisemacher: Dr. Helmut Baark, Chefarzt der Lufthansa**

Seite III

**Waldviertel – hier ist Österreich noch urtümlich**

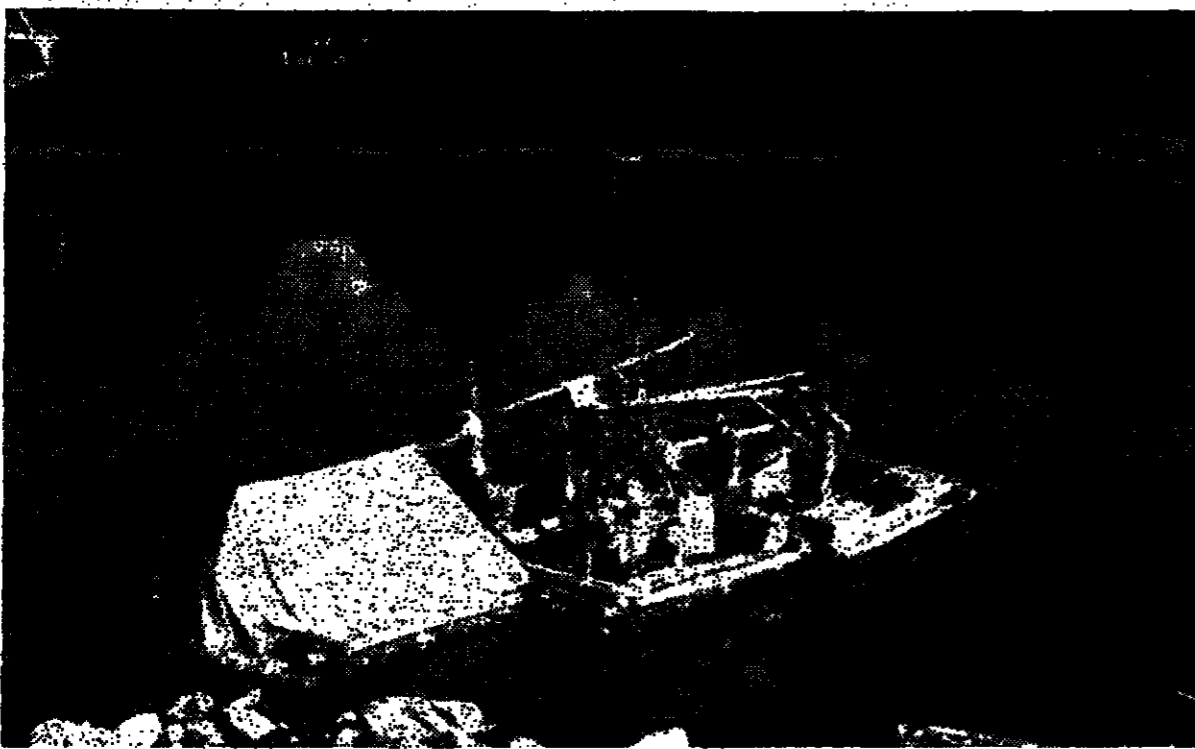
Seite VII

**Ausflugstip: Glentleiten – neues Leben für das alte Bayern**

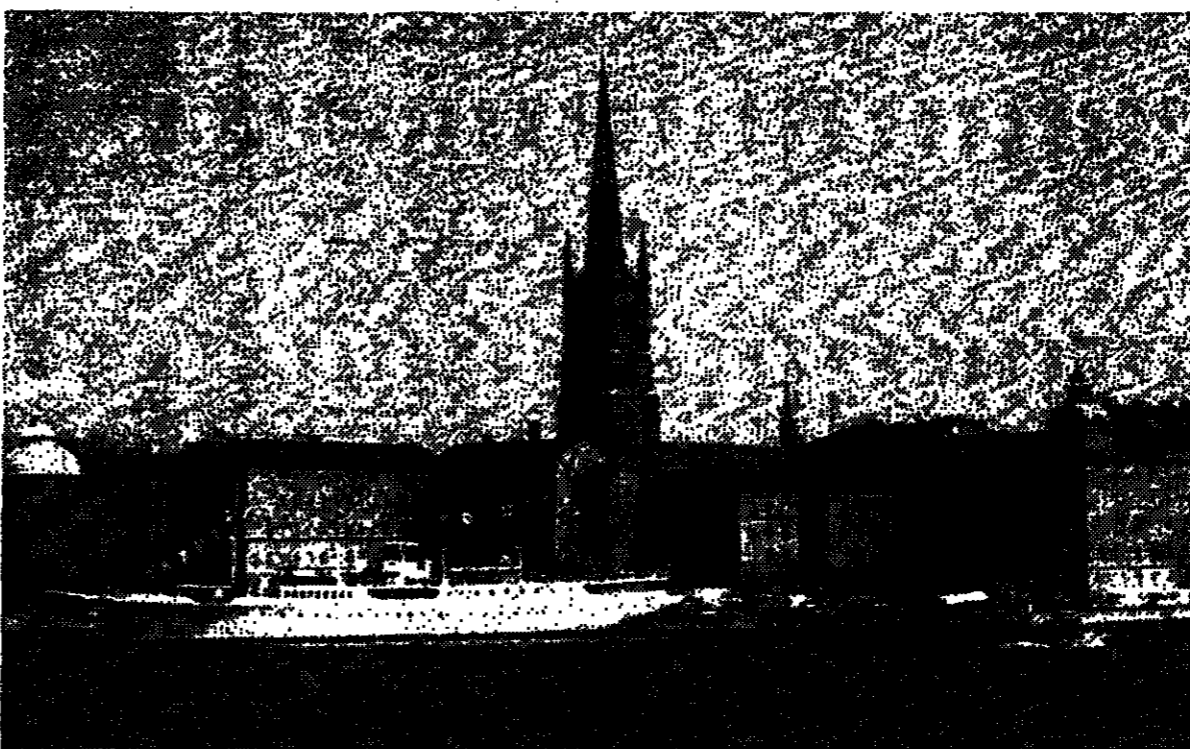
Seite X

**Frankenalb – wo auch die Hirten ein Museum haben**

Seite X



Vor Einbruch der Dunkelheit wird das Floß am Ufer festgemacht. FOTO: WOLFGANG BAUER



Die ehemalige Franziskanerkirche auf der Insel Riddarholm. FOTO: CHRISTOPH WENDT

Auf einer Floßfahrt im Südwesten von Schweden die Biber beim Hausbau beobachten

Stockholm – Schwedens Metropole, auf Felsen gebaut und von Wasser umgeben

## Mit 2 Knoten durch Värmland

**Karlstad**  
Links um die Insel herum oder rechts? Zu spät. Der Strom treibt das Floß auf die linke Seite des Flusses. Ein leises Knirschen, dann ein Ruck, und man sitzt fest. Das hölzerne Ungetüm gegen die Strömung schieben zu wollen, wäre Zeit- und vor allem Kraftverschwendung. Da hilft nur eins: hinein ins knöcheltiefe, kühle Wasser und gemeinsam nach vorn drücken.

Szene einer Floßfahrt auf dem Klarälven in der westschwedischen Landschaft Värmland. Ein Abenteuer, das sich wachsender Beliebtheit erfreut. Denn man kann gerade bei dieser Art Urlaub zu machen, etwas wiederentdecken, was im Trübel der Städte schon fast verloren schien: Stille und Gemeinschaftsgefühl.

Pannen wie das Festsitzen auf einer Sandbank oder einem Felsen, der unter der Wasseroberfläche verborgen war, ist eine recht seltene und daher willkommene Abwechslung dieser siebentägigen Reise.

Ansonsten gleitet das Floß, durch die Strömung getrieben, mit der geradezu rasanten Geschwindigkeit von nicht ganz zwei Knoten durch Värmland dahin. Vorbei an dichten Nadelwäldern, in denen nur die Birke die Erinnerung an die heimischen Laubwälder wachhält. Vorbei an hohen Hängen, an mit roten Häusern gesprenkelten Feldern und saftig grünen Lichtungen.

Während der Fluß die ganze Arbeit tut, bleibt Zeit zum Bestaunen der fast unberührten Landschaft, zum Lesen, Träumen, Ruhen, Schreiben, Reden und Schweigen. Diese Tage sind mehr als eine flüchtige Begegnung. Man kann sich auf das Wagnis einlassen, mit (vorher) fremden Menschen die Reise zu bestehen, oder man unternimmt sie mit Freunden. Schon aus ganz praktischen Gründen sollte eine Zwei-Personen-Besetzung die Mindestteilnehmerzahl je Floß sein.

Vor den Erfolg, so heißt es, haben die Götter den Schweiß gesetzt. So beginnt die Fahrt erst am späten Nachmittag des ersten Tages. Vorher will die schwimmende Insel noch zusammengebaut sein. Unter fachkun-

diger Anleitung werden bei Bränäs, das 100 Kilometer nördlich vom Zielort Edebock liegt, die frischgeschlagenen Stämme ins Wasser gerollt. Dort wird das Floß auch zusammengezimmert. Denn schließlich wiegt das Ganze mehr als eine Tonne.

Empfehlenswert ist der Bau von zwei neun Quadratmeter großen Flößen, die miteinander verbunden sein sollten. Das eine beherbergt ein Zeit mit dem Proviant und der Ausrüstung. Das andere ist der leicht schwankende Aufenthaltsort für den Tag und die Nacht.

Schlafen kann man übrigens auch am Flußufer in den Zelten. Sie gehören ebenso zur Ausrüstung wie Paddel, Staken, Schwimmwesten, Chemielotterie, Spaten, Rettungsring, Gaskocher, Leuchten und – ein Erste-Hilfe-Kasten. Man kann ja schließlich nie wissen, ob ein wildgewordener Biber... In unseren Gefilden fast gänzlich verschwunden, fristet der Stauwerk- und Burgenbauer in Schweden ein munteres Dasein. Dabei war der Biber in diesem Land schon vor Ende des 19. Jahrhunderts ausgerottet. Erst ab 1922 begann das braune Pelztier mit menschlicher Hilfe zuerst in Jämtland wieder heimisch zu werden. Heute sind zahlenmäßig starke Stämme vor allem am Oberlauf des Klarälven anzutreffen.

Meist in den frühen Abendstunden, bevor wir das Floß für die Nacht festmachten, wurden wir auf ihn aufmerksam. In der Stille ist sehr deutlich das pumprartige Geräusch zu vernehmen, wenn der fast ein Meter lange Kerl nach Weidenästen am Ufer schnappt.

Auch wenn es in den Wäldern ringsum Beeren in Hülle und Fülle gibt, so müssen die Floßfahrer nicht seine Neigung teilen. Sie versorgen sich selbst oder erwärmen die vom Veranstalter fertig zubereiteten Mahlzeiten im Freien auf dem Gaskocher.

Zum Auffüllen der Vorräte legt man das Floß fest und geht an Land. Dort liegen die weitgezogenen, großzügigen Dörfer, in denen die schmucken roten Holzhäuser das typisch schwedische Kleinstadtbild prägen. Oder man nutzt den Landgang, um einige Sehenswürdigkeiten

anzuschauen. So beispielsweise die Kirche mit dem höchsten hölzernen Kirchturm des Landes in Dalby, das nur wenige Kilometer vom Ausgangspunkt entfernt liegt. Oder die Schindeldkirche in Stöllet aus dem Jahr 1764. Dort erinnert noch eine kleine Statue von Sankt Olov aus dem 13. Jahrhundert an die damaligen Pilgerfahrten ins norwegische Trondheim.

Bevor die Rückreise angetreten werden kann, werden am letzten Tag die mühsam verknoteten Hölzer in viel zu kurzer Zeit bei Edebock gelöst. Dann setzen die Baumstämme allein ihre Reise fort. Zurück bleibt das Gefühl und die Erinnerung, daß die Zeit auch ab und zu stillstehen kann.

HORST BIALLOWONS

**Angebote:** Vildmark i Värmland, Sundbergsvägen 13, S-685 00 (Anreise mit dem eigenen Pkw bis Gunnerud); Reisebüro Norden, Ost-West-Str. 70, 2000 Hamburg 11 (mit dem Bus von Hamburg und zurück, zwölf Tage einschließlich Elch-Safari für rund 900 Mark pro Person; Stena Line, Schweden, 2000 Kiel (individuelle Anreise, zwölf Tage einschließlich Elch-Safari für rund 770 Mark); Wikinger-Reisen, Tillmannstr. 13, 58 Hagen (mit dem Bus von Deutschland und zurück, rund 12 Tage für knapp 1000 Mark).

Reisesett: Juni, Juli und August.



Musik, Volkstänze und farbenfrohe Trachten bei einem „Midsummer“-Fest in Westschweden. FOTO: DIE WELT

## Stolze Königin des Nordens

**Stockholm**  
Stockholm muß man vom Wasser her erleben. Vielleicht bei einer Fahrt mit dem Dampfer durch die unendliche Vielfalt des Schärengürtels. Zwischen jenen 24 000 Felsinseln, wo die Sunde und Fahrinnen eng sind, aber doch weit genug, um seit jeher die größten Frachtschiffe bis ins Zentrum der schwedischen Hauptstadt zu lassen.

Und ganz plötzlich, eingerahmt von Felsen, Wald und Wasser liegt sie da, die Stadt mit ihren Türmen und Kirchen, ihren Schlössern, Paläsen und alten Kaufmannshäusern. Und alles beherrscht von der jäh aufsteigenden Gestalt des Stadthauses, dessen drei goldene Kronen auf der Turmspitze in der Sonne blitzen.

Dieses Stadthaus ist Stockholms Wahrzeichen. Auf Kungsholmen, der Königsinsel erhebt es sich, nur durch einen schmalen Sund von der Stadt getrennt. In seinem Blauen Saal findet alljährlich nach der Verleihung der Nobelpreise einer der berühmtesten Bälle der Welt statt. Anfang dieses Jahrhunderts gebaut, wirkt es, als hätte man versucht, den vielbeschworenen Beinamen der Stadt – „Venedig des Nordens“ – durch einen modernen Dogenpalast zu unterstreichen. Doch Stockholm, vor 700 Jahren ge-

gründet und sich hinziehend auf 14 Inseln zwischen Ostsee und Mälarsee, „Venedig des Nordens“ zu nennen, ist Unsinn. Denn trotz aller Bausünden, die hier in dem Bestreben, die perfekte Stadt des 20. Jahrhunderts zu gestalten, begangen wurden, ist Schwedens Metropole immer noch eine der schönsten Städte Europas.

Felsen und Wasser. Auch das moderne Stockholm, das mit seinen Vorten etwa 1,4 Millionen Einwohner hat, ist immer noch Teil dieses einzigartigen Archipels, von dem man den besten Eindruck von den Höhen des Skinnarvskärsbergs bekommt oder von der Fjällgata auf Södermalmen.

Zu Fuß muß man dieses Reich von Wasser, Inseln und Brücken durchbummeln. Über die winzige Insel Helgeandsholmen am alten Reichstagsgebäude vorbei zum Königlichen Schloß aus dem 18. Jahrhundert. Einige Säle kann man besichtigen. Die königliche Familie wohnt nicht mehr hier, seit Königin Silvia durchsetzte, die Wohnung der Familie hinaus nach Schloß Drottningholm zu verlegen.

Gleich hinter dem Schloß liegt die Domkirche, Storkyrkan genannt, ein Bau aus dem 13. Jahrhundert. In dieser Hochzeits- und Krönungskirche der schwedischen Könige steht eines der schönsten gotischen Kunstwerke, die es in Nordeuropa zu sehen gibt, das Reiterstandbild des hl. Georg, ein Werk des Lübecker Bildhauers Bernd Notke.

Reizvolle Bauten aus dem 17. und 18. Jahrhundert umstehen den Stortorget und geben dem Mittelpunkt der Altstadt hier auf der Insel Stadens immer noch ein wenig den Hauch einer Kulisse für ein altes Theaterstück. Wie kaum ein anderes Gebäude hat die in der Nähe gelegene Deutsche oder St. Gertrudkirche Stil und Atmosphäre des 17. Jahrhunderts bewahrt. Sie ist heute noch die Kirche der ältesten deutschen Gemeinde im Ausland.

Auf der kleinen Insel Riddarholm liegt die einstige Franziskanerkirche, die Riddarholmskirche, heute Grabkirche der schwedischen Könige. Vom Birger-Jarlstorg, wo ein Standbild des Reichsverwesers Birger Jarl steht, der Stockholm mit einer Mauer

umgeben ließ, hat man einen faszinierenden Blick zum Stadthaus hinüber.

Ohne Rücksicht auf erhaltenen Wertbauten wurde im Stadteil Norrmalm in den fünfziger Jahren für den Bau der U-Bahn, der Tunnelbahn abgerissen, gesprengt, neu gebaut. So entstanden die stadtteilbeherrschenden Hochhäuser, der neugestaltete Sergels torv, aber auch die weitläufigen unterirdischen Ladenpassagen der „Gallerien“. Und auch Stockholms altertümlicher Marktbetrieb wurde unter die Erde verlegt.

Mit den Restaurants ist das so eine Sache in Stockholm. Zwar gibt es mehr als 500 Restaurants in der Stadt, aber ein Speiselokal zu finden, das mitteleuropäischen Vorstellungen entspricht, ist schwierig. Es gibt aber doch ein paar erste Adressen. Wie etwa den Opernkeller, Berns Salonger oder natürlich Den Cyllene. Freuden, wo immer noch die Erinnerung an den populären Stockholmer Sänger und Dichter Fred Belmann aufrecht erhalten wird, der hier im 18. Jahrhundert Stammgast war.

Mit dem Bummeln und Schauen über die Inseln im Stadtzentrum kann man Tage vertun. Und dann braucht man nochmals Tage für all das, was rund um die City seherenswert, zum Teil einmalig ist. Das Wasa-Schiff zum Beispiel, oder Skansen, das große Freilichtmuseum. Man muß nach Lidingsö hinaus, wo der Millespark Originale und Duplikate der Werke des Bildhauers Carl Milles zeigt. Und schließlich sind die Schlösser in der Umgebung, wie Drottningholm oder Gripsholm, besuchenswert.

Eines aber sollte man nicht machen: Mit dem eigenen Wagen ins Zentrum von Stockholm fahren. Man stellt ihn besser auf einen Parkplatz am Stadtrand ab und nimmt Tunnelbahn oder Bus. Denn in kaum einer anderen Stadt Europas ist Parken ein solches Problem und sind die Politessen so rigoros...

CHRISTOPH WENDT

\*

Auskunft: Schwedische Touristikinformation, Glockengießerwall 2-4, 2000 Hamburg 1.

## NACHRICHTEN

### Fähre nach Nordafrika

Eine neue tägliche Express-Verbindung zwischen Spanien und Marokko wurde jetzt durch die moderne Autofähre „Bismillah“ geschaffen. Sie verkehrt ab Malaga (19 Uhr) und zurück ab Tanger (10 Uhr). Die Fahrzeit beträgt jeweils sechs Stunden. Preise für eine Strecke: Erwachsene 35 Mark, Kinder ab vier Jahren 18 Mark. Ein Pkw kostet je nach Länge ab 96 Mark.

### Schneller an die Küste

Frankreich eröffnet zwei neue Autobahnabschnitte. Damit können Urlauber, die auf der Autobahn A 31 an die französische Mittelmeerküste reisen wollen, auf der Strecke Metz – Beaune zwischen Toul und Montigny le Roi 92 Autokilometer befahren. Auch in Richtung Atlantik, zwischen Feurs und Chabreloche, auf der Strecke von St. Etienne nach Clermont-Ferrand (A 72), wird ein 52 Kilometer langer Autobahnabschnitt am 13. Juni dem Verkehr übergeben.

### Benzinpreis erhöht

Jugoslawien hat die Preise für Benzin- und Diesel-Gehaltsenergie drastisch erhöht. Nach Angaben des ADAC wurden Super- und Normalbenzin um 20 und Diesel um 27 Prozent teurer. Ausländische Autofahrer, die nur gegen Bons tanken können, müssen jetzt für einen Liter Super 1,59 Mark, für Normal 1,52 und für Diesel 1,18 Mark bezahlen.

### Hotelbau in Peking

In der Nähe des Botschaftsviertels im Osten von Peking wurde mit dem Bau eines 29stöckigen Hotels begonnen. Nach Angaben der „Peking Times“ wird es 1050 Zimmer, eine Tiefgarage und einen Tennisplatz haben.

### Reiseveranstalter haftet

Wird in einem Urlaubshotel der Safe „geknackt“, haftet der Reiseveranstalter für abhanden gekommene Wertsachen des Pauschalisten. Der Reiseveranstalter nimmt nämlich gegenüber dem Urlauber die Stellung eines Gastwirts ein. (Urteil des Amtsgerichtes Charlottenburg, Aktenzeichen: 11 c 574/83)

## WÄHRUNGEN

Ägypten	1 Pfund	2,60
Belgien	100 Franc	4,94
Dänemark	100 Kronen	28,00
Finnland	100 Fmk	48,00
Frankreich	100 Franc	33,50
Griechenland	100 Drachmen	3,00
Großbritannien	1 Pfund	3,82
Irland	1 Pfund	3,14
Israel	1 Schekel	0,03
Italien	1000 Lire	1,67
Jugoslawien	100 Dinare	2,50
Luxemburg	100 Franc	4,94
Malta	1 Pfund	6,45
Marokko	100 Dirham	34,50
Niederlande	100 Gulden	39,75
Norwegen	100 Kronen	35,75
Österreich	100 Schilling	14,33
Portugal	100 Escudos	2,45
Rumänien	100 Lei	6,50
Schweden	100 Kronen	34,50
Schweiz	100 Franken	121,50
Spanien	100 Peseten	1,66
Türkei	100 Pfund	1,05
Tunesien	1 Dinar	3,50
USA	1 Dollar	2,71
Kanada	1 Dollar	2,10

Stand vom 5. Juni – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

**Jetzt in Urlaub nach Spanien – eine gute Idee. Und einen preisgünstigen Flug bekommen Sie so auf die Schnelle auch noch.**



## Bei Iberia. Zum „flieg & spar“-Tarif.

Mit Iberia jetzt nach Spanien – komfortabel per Linienflug zum preisgünstigen „flieg & spar“-Tarif. Rufen Sie gleich Iberia an. Oder das nächste IATA-Reisebüro.

Übrigens: Kleinkinder unter 2 Jahren haben 90%, Kinder zwischen 2 und 12 Jahren 50% Ermäßigung auf den „flieg & spar“-Tarif!

**IBERIA**  
INTERNATIONAL AIRLINES OF SPAIN  
Die Sonnenländer-Experten

100

\_\_\_\_\_





VERSCHIEDENE BENZINLEISTEN IN ITALIEN

**Italien direkt**  
in Deutschland buchen

Wenn Italien Ihr nächstes Zielort ist, fragen Sie uns – wir kennen uns aus!

zu Original-Preisen reservieren wir für Sie: Gute bis sehr gute Mittelklassehotels in allen Regionen von Bella Italia.

Das exzellente Preis-Leistungs-Verhältnis pro Person und Tag DM 29,- im Familienkeller stimmt eine Länge an.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

**ayala viaggi**

In den Reisebüros 18 - 8072 Duisburg  
Telefon 09103/62893

**1 Kind incl. Vor- und Nachsaison**

**ABRUZZEN • ADRIA • CERVIA • PINARELLA**  
**CLUB Hotel MONTESILVANO • PESCARA**

**• KUR- und Wellness- • SPA- und Thermalbäder •**

**• auch Ferien- •**  
**wohnungen •**

**ABANO-MONTEGROTTO Terme • Fango**

# Gute Dienste

bei der Gestaltung von Urlaub, Freizeit und Wochenende leisten die Reiseteile von WELT und WELT am SONNTAG mit ihren vielfältigen Anzeigen.

**Wasser am See - Hotel Brenzone -**

1-37010 Brenzone 3. Tel. 0039/43/  
60 21 28. Direkt am See gelegene Villa  
im Liberty-Stil mit Garten, Privat-  
parking, 21 m. Du/W.C., Frühstücks-  
buffet und Selbstbedienungs-  
bar. Wahl aus Abend + 14. Wein  
gratis. Gepl. Atmosphäre, familien-  
geführt, abends Unterhaltg., Ausfüh-  
rung mit Polyr. HP DM 62, bis DM 62,-

**217 001 777 asd**

ist unsere  
FS-Nummer für die  
Anzeigenabteilungen  
**WELT am SONNTAG**  
und **DIE WELT**

*Klosters*

Grainbünden  
Schweiz

Das erste 5-Stern Hotel in Europa  
mit vegetarischen Restaurants

**Offizielle Eröffnung:**  
**15. Juni 1984**

- grosszügig, mit höchstem Komfort ausgestattete Zimmer und Luxus-Suiten (120 Betten)
- vegetarische Gourmet-Restaurants, Kneipen/Mineralbäder, Sonnenterrassen, Dampfbad, gemilderte Sen ultramoderne Heil- und Fitness Center, Kosmetik

**Aktiv und fit in den Sommer mit unseren Spezialwochen:**

- Bergwanderausflüge
- Fotografiereisen
- Bergsteigerreisen
- Reiseliteratur
- Reiseliteratur
- Reiseliteratur
- Reiseliteratur

Verzagen Sie unsere  
Spezialwochenprogramme!

AABA HEALTH HOTEL \*\*\*\*\*  
Direktion: G. L. Bazzini  
CH-7250 KLOSTERS  
Tel. 0041(0)83 - 412 12 - Tel. 820 81

# Hotelführer SCHWEIZ

## GRABUNDEIN

**CIUR - Hotel ABC** - Touristen garni,  
1. Bg., N. Bf., Paroli, eig. Garage,  
Tel. 0041(0)1722 50 33, Telex 74580

## ZENTRALSCHWEIZ

**Weggis, Hotel Alexander**  
am Vierwaldstättersee, Komfortabel,  
ruh. lg., gehehertes Schwimmbad, Bar  
Tel. 0041(0)41793 22 22 - Tx 72 284

**Hotel Hertenstein, Weggis**  
direkt am Vierwaldstättersee, ruh. lg.,  
Wildpark, heisse Sauna u. Solarium,  
Fam. G. John, CH-6352 Hertenstein  
Fam. G. John, CH-6352 Hertenstein  
Tel. 0041(0)41793 14 44, Telex 72 284

## BERNER OBERLAND

**NEU: Chalet-Hotel Gerni Gletscher**  
kl. Gletscher, elegant, ruhig u.  
sonnig, eig. Zl. m. Balkon, Bad, Dusche  
und WC, TV/Radio, inkl. Frühstücksbett  
ab st. 45,-, Fam. R. Bowernd - Bubi  
CH-3818 Grindelwald.

**Interlaken Hotel ELITE Gerni**  
kl. Gerni, Haus Zl. m. Balkon, Bad,  
ab st. 35,-, inkl. reichhaltigen Frühstück,  
Fam. Hugger, Seestr. 72, CH 3800 Interla-  
ken, Tel. 0041(0)561 22 74 85

## WALLIS

**Zermatt - Hotel Alpiterra**  
neu, erstklassig, zentr. u. ruhig, Luxus-  
konn., Sauna, Solarium, st. 75,-  
Tel. 0041(0)28 67 16 31, Telex 3 85 49

**im Herzen der Berge**

**Hotel Waldhaus**

Leitung: Fam. R. Kienberger & F. Dietrich

**Sommersaison vom 8. Juni bis 20. Oktober**

**TENNIS - HALLENBAD - KINDERGARTEN - ORCHESTER**

**CH - 7514 Sils - Maria (Engadin/Schweiz)**

**Tel. 004182-4 53 31 Tx. 74 444**



# Reiseanzeigen

helfen mit, Urlaub, Freizeit und Wochenende richtig zu planen. Studieren Sie die Anzeigen der Reiseräte von WELT und WELT AM SONNTAG, und Sie werden jede Menge verlockender Angebote entdecken.

**„Die Reise erscheint uns allen etwas wie eine Frau, die auf uns zukommt. Eine Frau, die in der Menge verloren ist und die es zu entdecken gilt.“**

Antoine de Saint-Exupéry

**Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.**


## Davos

**Hotel Europe**  
Dir. Fam. A. Fühler,  
Tel. 0041/81/3 59 21 - Tx 74 311

Gemütliches, komfortables Erholungs-  
haus mit Annehmlichkeiten. Große Lage  
neben Schatzalpalmen. Hallenbad -  
Sauna - Fitnesscenter - Dancing -  
Restaurant «Europe-Suisse».  
Feierabendkonzerte, Parkhaus.  
Gemühtliches Ferien das ganze Jahr!

---

## Davos

**Cresta**  **Hotels**

**Fr. Gastgeber: L. Zimmernann**  
Tel. 0041/82/0 Davos, Tel. 0041/82/5 54 13  
Telex 74 305

● **HERZLICH WILLKOMMEN**  
● Alle Zimmer mit Bad/WC  
● Frigo-Bar, Telefon, Radio etc.  
● **HALLENBAD, SAUNA,**  
    **WASCHBÄDER**  
● Speise-Wander- u. Surfwochen  
● 7 Tage Halbpension ab Fr. 395,-  
    Senioren ab Fr. 365,-

---

## Wiesen

**Hotel Sonnenhalde**  
Fam. E. Schmidli, Tel. 0041/08/172 11 38

Für Ihre Ferien immer beliebt.  
Geplantes Familienhotel an sonniger,  
ruhiger Lage. Gute Küche, Liegewiese,  
Parkplatz, Tagesausflugspreise.  
Halbpension Fr. 35,- bis Fr. 65,-

---

## Klosters

**alpina**

Kfz-7250 Klosters  
Tel. 0041/82/4 12 33 - Tx 74 547

Neues, komfortables Erholungs-Hotel im  
Bündner-Stil, bei der Engadiner Göt-  
schen, Korkkanten.  
Hotelsauna mit Apparatments. Hallen-  
bad, Sauna, Massage, Fitness, Restau-  
rant, Grill, Bar, Kondensier- u. Garage.

---

## Schwefel HEILBAD KLOSTERS- SERNEVS

1906 bis 1914

Hallenbad 38°C (7 x 17 m).  
Nach der Anspannung die Ent-  
spannung!  
Kur- und Sporthotel Bad Semeus  
Kfz-7248 Klosters-Serneus  
Tel. 0041/82/4 14 64

# Ferien in Graubünden. Aufleben.



Arosa

**zauberhaft –  
preiswürdig  
als Sie glauben!**

Kurort Arosa, Postfach 230,  
CH-7050 Arosa

Der reizvolle Urlaubsort im  
Charme. Golf-, Tennis-  
Pauschwochen.

Aussicht/Prospekt: Im R  
Schweizer Verkehrsbüro,  
6000 Frensdorf oder Spen  
2500 Hemberg 1 oder Kas  
4000 Chausdorf oder Les  
8000 München 40.

Arosa

**Hotel  
Alexandra Palace**

Dir. H. + V. Jacob, CH-7050 Arosa  
Tel. 0041/81/31 01 11 – Tx 74 291

Neuzeitliche Komfort,  
sorgfältige Lage, Hallenbad,  
Präparatung;  
Zimmerfrühstück ab Fr. 70,-  
Halbpension ab Fr. 70,-  
Vorstehende Familienkern

Arosa

**Golf & Sporthotel \*\*\*\***

Hofli Mervat  
Direktion: E. Traub-Diason  
Tel. 0041/81/31 01 05 – Telefax 74 323

Familienhotel an einzigarti  
sonniger Lage direkt am  
19 h/Pro-S Tennisparkett/T  
Tennis-Resort.  
Mit Bitte Juli und nach Mit  
stark reduzierte Preise.

Arosa

**Waldhotel National \*\*\*\***

Dir. W. Huber, CH-7050 Arosa

Hallenbad und Sauna, Ruh  
grosser Park, alle Zimmer  
mit grossem Balkon

	Engadin	Gemütlich – ruhige Lage.
	Motels <b>Penthesina LA COLLINA</b> Farm, 9 km Engadinerstrasse CH-7504 Pontresina Tel.: 004182/676421	Liegeplätze, Sonnenrastzone, Neues Restaurant, Grill, Bar.
Wasserfall und Angel-	Engadin 1800 m <b>Penthesina</b> <b>Hotel am Engeljoch</b> Farm, P. Schmid, CH-7504 Pontresina Tel.: 004182/677675	● Neueste + Hotel Garni (50 B.) ● Komfortabel und gemütlich ● Selbstverpf.-Teil, Radio, Minibar ● Solarium – Saunabereich – P. ● Privatwägen Wanderferien
Seebäder, Ruder-, Boot-, Kanu-, Wasser-, Tennis, 13 Kabinen	<b>Sent</b> Verkehrswegweis., CH-7554 Sten Tel. 0041/89/19 15 44 (10.00–10.00 Uhr)	Unterengadin, 1440 m, 30 Autokilometer von Scuol auf hochl. Sonnenterrasse über d. Inn, ruhige, exklusive Hotels, Wandermwege, Ausgangspunkt für ganz besondere Ausflüge im Engadin, Rafting, Ferienwohnungen, Camping Spur C.
Höhlen und urne	<b>Bergün</b> — das Familienkondorf Aussicht: Verkehrswegweis. 7462 Bergün Telefon 004181/73 11 52	● 120 km markierte Wandermwege ● Frühbucher/2 Hallenbad ● Tannen/Squash, Mini-/Volleyballplatz ● Naturerlebnis/Wald- und Waldcamping ● 1 Woche Halbpension ab Fr. 220.—
Alpen, Skizentrum, August	<b>Vals-Vakertal</b> 1250 m Entdecken einer wunderschönen Bergwelt für nordische Sommer und Herbstferien.	Eindeutiges Halbpensionsangebot, Gefälltes Bergkulturn, Saasgallie, Thermal-Mineral-Hallenbad und Wellnessmineralbad, Tannen-Angelg., Sportplätzen. Verkehrswegweis. CH-7232 Vals Tel. 004189/5 12 42
Immer eine Lage in der Schlucht	<b>Falera</b> Hôtel La Gioia Dr. Renato Comandini	Das moderne Sport- und Familienhotel zur Tannenspitze, Sommerküche, Schwimmbad, Wänterland, Sauna – Saunarium, Grill-Bar – Tennisplatz, Holzpavillon

## VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

# Badenweiler



**Der kurze Weg in den Süden**

Info: Kurverwaltung, 7847 Badenweiler / Südlicher Schwarzwald, Tel. 07632/72110

---

## Hotel Anna

Ihre Gewähr für eine gute Erholung, 60 Betten in modernster, behaglicher Ausstattung, Tübinge, aussichtsreiche Lage, Halleschenheim, Scharium, Massage, Fitnessraum, Frühstückbuffet, Schonkost-Menüs. Bitte fordern Sie unseren Hausprospekt an. Familie Gmein, Telefon 07632/5031, 7847 Badenweiler

---

## Hotel Schwarzmatt

**Neues 80-Betten-Komfort-Hotel.**  
Bitte fordern Sie unsere ausführlichen Prospektunterlagen an. Familie Mast-Bares, 7847 Badenweiler / Südschwarzwald, Telefon 07632/5285 - 5285

---

## Hotel Sonne

**Romantik-Hotel - 100 Jahre in Familienbesitz, ruhig und zentral, alle Zimmer mit Bad / Dusche, WC, Kleiderkasten, Kamin, Kachelofen, neuere, heimische Weinstuben, neue Ferienwohnungen mit allem Komfort, auch mit Hotel-service. Rufen Sie an: 07632/56033.**

---

## Hotel Viktoria

Badestraße 5. Einmalig schöne, ruhige Aussichtslage, 3 Minuten zum Kurpark und Sädem. Neu eingerichtet, alle Zimmer mit Bad / WC, Telefon, Thermoheizkörper, Benutzung, Balkon. Eine gepflegte Atmosphäre und gute Küche erwarten Sie. Telefon 07632/5037, Vornabsonst.

---

## Hotel garni Villa Strüwer

Wegen Betriebsübernahme 20% Ermäßigung bei einem Aufenthalt von mind. 14 Tagen (Einschlager 14 Tage) ab DM 32,- 80 (incl. Frühstückbuffet). Neuer Haus liegt direkt am Kurpark, sehr ruhig, Garten, kein Autoverkehr. Mod. Zimmer u. Außenbalkons. Hausprospekt anfordern. Schloßbergstr. 1, 7847 Badenweiler, Tel. 07632/7173

---



### KURHOTEL-PRIVAT-SANATORIUM KELLNER GmbH

Erstranges, beihilfefähiges Haus für innere Krankheiten und Naturheilverfahren - Revitalisierung wie O<sup>2</sup>-THX - Serum, Quellschlüssel an der Thermal-Römerquelle für Badeabteilung und Halleschenheimbad. Kosmetikabteilung. Alle Anwendungen im Hause. Neu aus USA: Die Chelat-Therapie bei Arteriosklerose u. Durchblutungsstörungen.

**7847 Badenweiler - Telefon 07632/751-0**


**\* HANSLEIHOFF \***

Städt. Odenwald, herrl. Wald- u. Wandergebiet, öst. a. Walde, Städtgarte,  
21. WC. Dm., Balk. (VP, BP, Ur), Terr., Lager-, Sportplatz (WBG u. Besa-  
spez.), Hotel-Rest. Waldtrieder, 5945 Wald-Eichenbach 2, 05237/29 58

**Waidmannsruh**  
DIAT- UND NATURHEILHAUS  
3118 Bad Döbenhausen, 05821/30 93  
Sehr ruhige Lage, geschmackvolle  
Zimmer, 118 Betten, Du-/WC,  
Tel., Baden, Nebenzimmer 29,  
Sauna, LR

**Bergshotel Schwarzwald**  
im Nockarschauer, 550-600 m  
— Eine Oase der Ruhe u. Erholung

Herrl., sehr ruhige, freie Waldlandschaft, bequeme Wege ab Haus, gr.  
Liegeparten, ex. Frei- u. Hallenbad, Hot-Whirl-Pool, Sauna, Solarium, Tischtennis,  
Billard, Fahrradver. Bucher, Alle 25, CURVE, Bad Britten-Wald, Abholung  
5780 Britten-Waldgärten, Tel. (0 29 81) 34 45, Prospekt




# Quelle zur Gesundheit


Grüner-Lungen-Quellen


Wer Anden Sie alles, was gesund und gut hält:  
die frische Luft, grüne Wälder, weite Felder,  
tiefe Wälder, reine Luftver- und Erholungs-  
räume. Fordern Sie kostenlos den kostenlosen  
Kartenführer mit umfassenden Preisangaben  
an:

**RW Linsinger Heide**  
**AS Fremdenverkehrsr. Alt. 3304**  
 Postfach 775, 3102 Uetzen  
 Telefon: 05 817 30 40



**Vollständige  
Landschafts-  
führer**





1951/52 **Quelle zur Gesundheit**

**Dies kleine  
Fremdenverkehrs-  
führer**

**Famille  
Schilling**

**7540 Embsiegershof/Schwarzwald**  
 Hohenstaufen, Säbn, Trossenitz, Heide bei den  
 Gärten von Wabburg, Prospekt anfordern.  
 Telefon 0 70 85 77 11

[illegible][illegible]


**KURHAUS PALMIENWALD** 7290 Freudenstadt Schwabengau  
 Christ. Kur- u. Ferienhotel, eig. Park, dir. am Wald. Nahe Kurort, Wald, Hallenbad, Seilgarten, Mountain, Arzt im Haus, jede ÖkO. Best. Kassa mit der bes. Abrechnung! Feriengrupp. auf Wunsch! Tel. 0744 41401.



*Lindau Bodensee*  
**Hotel Reutemann**  
 In einmaliger Lage an der Seepromenade der Inselstadt.  
 Ruhe – behaglich – vielseitig – gefestetes Preis/Wertverhältnis im Hotelgast – Ausgangspunkt für Ausflüge in die Schweizer und österreichischen Alpen.  
**Telefon 08382 • 5055 – Telex 054340**

[illegible]

**Reservierungsbüro 21 Rhein-Lahn**  
Postfach 2125, 5420 Lahnstein

**DEN SOMMER WIEDER GENIEßEN: RÖMERBAD**  
*Lines der besten Traumhotels – One of the Leading Hotels of the World*

Das Richtige: unser Wochenarrangement – 7 Übernachtungen mit Halbpension, pro Person DM 1100,- im Doppelzimmer, DM 1300,- im Einzelzimmer. Dafür erhalten Sie alles, was ein gut geführtes Hotel bietet.

**HOTEL RÖMERBAD**  
 BADENWEILER

Am Fuße des südlichen Schwarzwaldes zwischen Freiburg und Basel, 10 Minuten von der Autobahn

D-7847 Badenweiler  
 Telefon 07633-700  
 Telex 772933 ro-bad  
 ganzjährig geöffnet

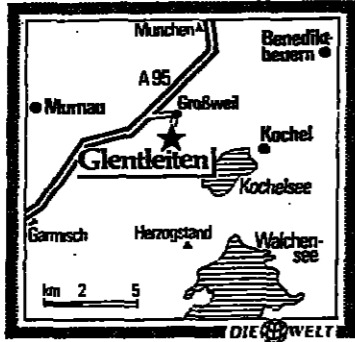






## AUSFLUGS-TIP

Anfahrt: Autobahn A 95 München-Garmisch bis zur Ausfahrt Kachel, Richtung Großweil, im Ort nach rechts der Beschilderung nach.  
 Preise: Erwachsene vier Mark, Schüler eine Mark, Kinder unter sechs Jahren frei.  
 Öffnungszeiten: außer Montag von 10 bis 18 Uhr.



## Heimatmuseum Großweil

Den Maibaum, das Schmuckstück von Glentleiten, haben wir hinter einer Scheune versteckt gefunden: Den weißblau gestrichenen Stamm auf handliche zwei Meter gesägt und in ein halbes Dutzend Bretter geschnitten. Ein Sturm hatte ihn gespalten, das gesplittete Holz war zu schwach, die schweren Figuren zu tragen, die nun für die Besucher nicht sichtbar eingelagert sind.

Ein neuer Baum wird erst in zwei Jahren aufgestellt. Das hat nichts mit dem Waldsterben zu tun, wohl aber mit dem bayerischen Brauch: Ein im Mai aufgerichteter Baum mit dem Tannenzweig steht vier Jahre und symbolisiert die früher geübte Vier-Felder-Wirtschaft. Der Baum von Glentleiten wurde 1982 aufgestellt, so ist der nächste erst '88 dran. So streng ist der Brauch.

Viele der Viertelmillion Besucher, die alljährlich ein Billett kaufen, nehmen's mit dem alten Bauernbrauch wohl weniger ernst. Sie wollen sich einnisten lassen von bäuerlicher Wohn-Nostalgie. Denn Glentleiten bei Großweil ist ein Freilichtmuseum, das schönste in Oberbayern.

Mit dem Elektroherd daheim läßt sich leicht über die offene Feuerstelle im Zehentmaierhaus staunen, und mit der Gewißheit, abends wieder unter weiche Daun zu schlüpfen, weckt die zugelegte Schlafkammer im Milchhof romantische Gefühle.



Der "Hoderer-Hof" in Glentleiten

FOTO: DIE WELT

Von Nürnberg aus ist es nur ein Katzensprung in die Frankenalb. Diese Ferienlandschaft im Südosten der Bundesrepublik wird von den großen Touristenströmen bislang kaum berührt. Vielleicht hat sich deshalb ursprüngliches Leben und gelassene Heiterkeit in Städten und Dörfern bewahrt, ist die Natur noch reichhaltig und unverfälscht.

## In der Alb haben sogar die Hirten ein Museum

Die meisten brausen an ihr vorbei, auf den Autobahnen Richtung Frankfurt, München und Hamburg. Und doch birgt das Gebiet der Frankenalb eine Fülle von Urlaubserlebnissen. Abenteuerliche Felspartien, Kalkkriege und schroffe Dolomitsteile, die so gar Alpinistenherzen höher schlagen lassen; auf der anderen Seite sanfte, bewaldete Hügel, und auf dichtbewachsenen Wiesen an den Ufern der klaren Bäche findet der Wanderer Schafgarbe, Löwenzahn, roten Klaterschmuck, Butterblumen. Blütenpracht auch in den kleinen Dörfern, wo sich spitzgiebige Häuser neugierig an verwinkelten Dorfstraßen drängen. Fränkisches Fachwerk prägt das Bild. Und fast in jedem Ort trifft man auf Burgen, Ruinen, Schlösser, Patrizierhäuser oder sehenswerte Kirchen.

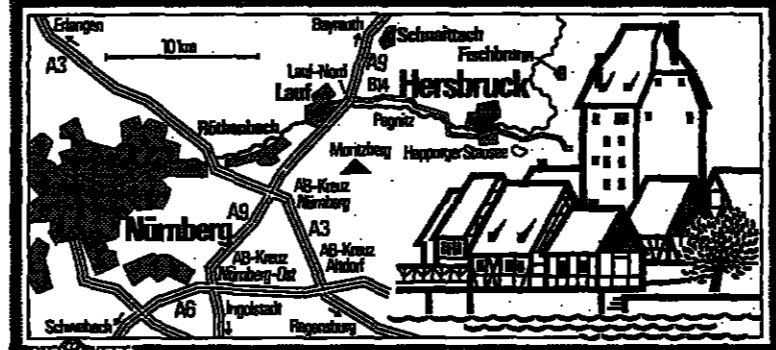
Hersbruck ist der Hauptort der Frankenalb. Das 1000jährige Städtchen gab dieser Gegend früher auch seinen Namen: Hersbrucker Alb. Umgeben von den Resten mittelalterlicher Ummauerung begeistert der Stadtkern mit seinen wunderschönen alten Bürgerhäusern, mit Fachwerk und gotischen Treppengiebeln.

Die evangelische Pfarrkirche, die in ihrer Gründung auf die Bayernherzogin Wiltrud zurückgeht, ist heute in ihrem Chor gotisch und im Langhaus im späten Barock gehalten. Glanzstück der Kirche ist der Flügelaltar des nach ihm benannten "Hersbrucker Meisters", eines namentlich unbekannten Künstlers.

Das Heimatmuseum am Eisenhüttlein verdankt seine Entstehung der Sammelleidenschaft eines Hersbrucker Bäckermeisters, der alles Kulturgut zusammentrug und seinen Besitz später der Stadt schenkte. Das Haus stammt aus dem Jahr 1524 und beherbergt auch Deutschlands einziges Hirtenmuseum. Es zeigt Hirtenbräutchen und Gerätschaften aus allen Erdteilen: Kleidung, Musikinstrumente, Herdengeläute, eine Schellenschmiede und das Rüstzeug des Schellenrichters, dessen Aufgabe es war, das Geläut der Herde harmonisch abzustimmen. Alljährlich am 6. Januar, dem Dreikönigstag, lebt das Brautchen in Trachten und Erzählungen wieder auf, beim großen Hirtentreffen im Museum am Eisenhüttlein.

Da wir gerade bei den Museen sind, sollte auch das Schnaittacher Heimatmuseum nicht unerwähnt bleiben. Bend den Aufstieg zur Festung Rothenberg. Eine gute Stunde dauert die Wanderung. Doch die Mühen werden belohnt: 17 Meter hohe Mauern, riesige Kasematzen, sechs Ausfalltürme, 80 Wälle und 1000 Mann. Von oben gleißelt man einen herrlichen Ausblick.

Sehenswertes birgt auch das mittelalterliche Lauf an der Pegnitz, heute Kreisstadt mit rund 22 000 Einwohnern. Der Marktplatz mit dem freistehenden alten Rathaus mutet eher bayerisch an als fränkisch. Nachdem



Allein der Gebäudekomplex verdient schon Aufmerksamkeit. Der typisch fränkische Fachwerkbau besteht aus drei Teilen, der älteste war eine Synagoge. Die an der westlichen Außenwand in hebräischer Schrift angebrachte Zahl weist auf das Jahr der Erbauung hin: 1570. Der Legende nach soll hier die älteste Schnaittacher Kirche gestanden haben. Im Innern des alten Gemäuers erwartet den Besucher eine historische Möbel- und Schmuckstube, die ältesten aus dem Mittelalter, mächtige Kachelöfen, alter Christbaum und Modell, mit denen das fränkische Märzipan in Pagen gebracht wurde.

Wer gut zu Fuß ist, wagt anschließend

legte Wappen aus dem böhmischen Gefolge des Kaisers ein farbenfrohes Bild. Nur noch als Ruine zu besichtigen ist die Leonhardskirche, in deren weitläufigen Gartenanlagen manch Besucher ein Pfläuschen einlegt.

Trommelwirbel und Fanfaren übernehmen das morgendliche Wecken jedes Jahr am ersten Sonntag im Juli. Die "Kunalskärwa" ist vor allem ein Fest der Kinder. Blumengeschmückt mit Musikkapellen, Trachten und reichverzierten Wagen bewegt sich der Festzug hinaus auf den Kunigundenberg.

Nach so viel Geschichte wird man gern einen Wandertag einlegen. Und wandern kann man in der Frankenalb überall: Ein Netz von 1500 Kilometer Wegen erschließt alle Höhen und Täler dieser Landschaft. Einen der schönsten Ausblicke genießt der Wanderer von der Burg Hohenstein aus dem Wahrzeichen der Hersbrucker Alb, die sich auf steilen Dolomitfelsen über dem gleichnamigen kleinen Erholungsort erhebt.

Besonders reizvoll für Touren zu Fuß sind das Pegnitz- und das Hirschbachtal. In Fischbrunn, am "Noristörle", hängen bei gutem Wetter die Kletterer in der Wand. Weniger waghalsig ist der Aufstieg zum 600 Meter hohen Moritzberg. Der Hausberg der Nürnberger wäre beinahe Standort für die nun bei Regensburg stehende Walhalla geworden. Doch auch ohne Ruhmestempel wird der Moritzberg gern besucht. Während der Sommermonate werden in der Kapelle aus dem Jahr 1419 regelmäßig Gottesdienste gehalten. Und wie es sich für ein richtiges Kirchlein gehört, steht gleich nebenan ein Berggasthof, wo in der Stube am Kachelofen die weltlichen Probleme diskutiert werden.

PETRA S. HARDT

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

Auskunft: Verkehrsamt, Frankenalb, Waldhuststr. 1, 92660 Lauf an der Pegnitz

## Wenn die Crew nicht will

Das war schon immer so: Das beliebteste Gesprächsthema der Vielreisenden ist das Fliegen. Eigene Erfahrung über Pünktlichkeit und Service werden ausgetauscht, Anekdoten erzählt, Ranglisten der Gesellschaften erstellt, Plazierungen und Abstufungen schließlich mit Engagement diskutiert. Ist die Business-Class der Swiss-Air die beste oder doch die Asiaten? Die persönlichen Erlebnisse sind natürlich nicht in jedem Fall deckungsgleich mit dem allgemeinen Standard und schon gar nicht mit den sorgfältig erstellten Konzepten der Gesellschaften. Wenn die Luftbans aus JAL-Stewardess aus Bequemlichkeit auch in der Geschäftsklasse den Service-Anweisung.

Ganz spektakulär wird der Unterschied zwischen "Soll" und "Ist" bei den Erfahrungen deutlich, die ein

Frankfurter Vielflieger machte. In einer Maschine der australischen Fluggesellschaft Quantas, die sonst für ihren guten Service gerade in der Business-Class gelobt wird, erlebte er, daß es vom Start an in den total verschmutzten Toiletten weder Seife noch Papiertücher gab. Der Service war schleppend, unfreundlich und die servierten Speisen noch halb gefroren. Der "Flight-Director", seit 29 Jahren im Dienst der Gesellschaft, entschuldigte sich dafür. Die Stimmung in der Kabinencrew sei wegen aktueller Personalreduzierung derart schlecht, daß die Leute einfach keine Lust hätten, gut zu arbeiten.

Leidtragende solcher internen Auseinandersetzungen sind immer die zahlenden Passagiere. Sie müssen sich stets damit abfinden, daß auch das beste Konzept und die pflügigsten Service-Richtlinien dort in eine Sackgasse geraten, wo die Ausführenden an Bord nicht mehr mitziehen. HOR

## Bayerisch Eisenstein / Die Grenze geht mitten durch den Bahnhof

Teil vom Grenzverkehr, der nun gestoppt ist. Erst 1969 wurde diese Grenze wieder einen Spalt breit geöffnet und heute ist der Verkehr dort in geringem Umfang möglich.

Bayerisch Eisenstein wurde erst im 16. Jahrhundert gegründet, als man hier nach Erz schürfte und die Wasserkraft nutzte, um mit ihr Eisenhammer zu treiben. Glashütten kamen hinzu, mit kurzer Blüte im 18. Jahrhundert. Heute ist wieder der schier unermessliche Wald die Erwerbsgrundlage, aber immer stärker auch der Fremdenverkehr.

Dem längst hat sich der Bayerische Wald - vor allem im Winter - seinen festen Platz unter den deutschen Urlaubslandschaften erworben. Allen voran Eisenstein, finden doch im Arbergebiet ständig nationale und internationale Meisterschaften im Skisport statt. Doch im Sommer und Herbst, wenn die Wälder besonders schön sind, ist es immer noch

ruhig, kann man stundenlang wandern, ohne einem Menschen zu begegnen, findet dafür aber manch seltene oder fast ausgestorbene Tier- und Pflanzenart und genießt bei klarem Wetter den weiten Blick vom Gipfel des Arber, den man auch bequem mit dem Sessellift erreichen kann.

Für Abwechslung sorgen Tagesausflüge nach Prag, den böhmischen Bädern Karlsbad, Marienbad und Franzensbad, nach Regensburg und Zwiesel, Besichtigungen in der Glashütte in Regenhütte und anderen Glas- und Kristallhütten der weiteren Umgebung und Rundfahrten durch den Nationalpark mit seinen urwaldähnlichen Tälern.

Bayerisch Eisenstein hat heute etwa 2 800 Einwohner und fast ebenso viele Gästebetten verschiedenster Kategorien, zu denen auch Ferienapartements in großer Zahl gehören. Jeder kann hier das finden, was er möchte, vom bescheidenen Privat-

quartier bis zum eleganten Hotel. Das Rauschen des Waldes hört er überall.

Doch mag es sein, daß man doch lieber in einem noch kleineren Ort Urlaub machen möchte, in dem nicht die Grenze vor Augen liegt, die in Eisenstein mitten durch den Bahnhof geht, dessen Gleise auf der 'anderen' Seite weggerissen wurden. Die Umgebung bietet viele kleine Dörfer, die dem Städter als Relikte einer heilen Welt erscheinen. Wir finden Böbrach in der Nähe von Bodenmais besonders schön. Ein blitzsauberes Dorf mit ein paar Gasthöfen, einer freundlicher als der andere. Wen es hoch hinauf gelistet, der ist rasch am Arber, aber auch derjenige, der lieber bequemere Waldwege geht, kommt hier voll auf seine Kosten.

PETER BORG

Auskunft: Verkehrsamt, 8371 Bayerisch Eisenstein; Verkehrsamt, 8371 Böbrach.

Wer es exklusiver will, den lädt Frankreich zum Golfen auf einen seiner 85 Plätze ein. So schlägt der Golfer in Nîmes den Ball an fünf Tagen zum Preis von 776 Mark inklusive Halbpension ab (Französisches Verkehrsamt, Postfach 2927, 69000 Frankfurt). Golfen unter südlicher Sonne bieten auch die portugiesischen Dom Pedro Hotels (Thorwaldsenstraße 43, 6000 Frankfurt) mit sieben Übernachtungen inklusive Leihwagen und Golf-Paß für 790 Mark an.

Für Pferde-Freunde, die etwas Außergewöhnliches erleben wollen, hat Fast Reisen (Alsterstr. 21, 2000 Hamburg) ein Programm von drei Reittouren durch Island arrangiert. Je nach Unterkunftskategorie kosten die Touren mit Flug bis 2329 Mark. Heimische Pferde-Liebhaber finden bei Ferien in Schleswig-Holstein auf einem der 250 Reiterhöfe zwischen Sylt, Dithmarschen und Stomarm Erholung (Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein, Niemannsweg 31, 2300 Kiel).

Wem es exklusiver will, den lädt Frankreich zum Golfen auf einen seiner 85 Plätze ein. So schlägt der Golfer in Nîmes den Ball an fünf Tagen zum Preis von 776 Mark inklusive Halbpension ab (Französisches Verkehrsamt, Postfach 2927, 69000 Frankfurt). Golfen unter südlicher Sonne bieten auch die portugiesischen Dom Pedro Hotels (Thorwaldsenstraße 43, 6000 Frankfurt) mit sieben Übernachtungen inklusive Leihwagen und Golf-Paß für 790 Mark an.

Für Pferde-Freunde, die etwas Außergewöhnliches erleben wollen, hat Fast Reisen (Alsterstr. 21, 2000 Hamburg) ein Programm von drei Reittouren durch Island arrangiert. Je nach Unterkunftskategorie kosten die Touren mit Flug bis 2329 Mark. Heimische Pferde-Liebhaber finden bei Ferien in Schleswig-Holstein auf einem der 250 Reiterhöfe zwischen Sylt, Dithmarschen und Stomarm Erholung (Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein, Niemannsweg 31, 2300 Kiel).

## Neu von SAS: Ganz Skandinavien zum halben Preis.



Gültig vom 1.7. bis 31.8.1984

Min- und Rückflug SAS Touristenklasse	Kopenhagen	Göteborg	Oslo	Stockholm
Hamburg	299,-	620,-	599,-	599,-
Düsseldorf	499,-	821,-	799,-	799,-
Frankfurt	559,-	773,-	839,-	839,-
Stuttgart	619,-	940,-	1064,-	1080,-
München	669,-	990,-	1114,-	969,-

AIRLINES DES JAHRES

SAS

Mit dem neuen „flieg & spar“-Tarif der SAS sparen Sie im Juli und August für Ihren Hin- und Rückflug nach Skandinavien bis zu 47 %

des normalen Flugpreises! Sie fliegen komfortabel per Linie in der Touristenklasse. Nur eben billiger. Für Kinder bis zu 2 Jahren kostet dieses Vergnügen 10 %, Kinder zwischen 2 und 12 Jahren erhalten 50 % Ermäßigung auf den „flieg & spar“-Tarif. Rufen Sie gleich SAS an und fragen Sie nach dem Prospekt mit den Bedingungen. Oder das nächste IATA-Reisebüro. Und sehen Sie rechts drüben schon mal nach, wie günstig es von Ihrem nächsten Flughafen aus ist, mit SAS zum „flieg & spar“-Tarif nach Skandinavien zu fliegen.

flieg & spar